

Bericht

über die

Prüfung des Jahresabschlusses
zum 31.12.2012
und des Lageberichtes
für das Haushaltsjahr 2012

der

Stadt Oelde

Bericht Nr. 44239 vom 16. Oktober 2013
Ausfertigung: 05

<u>Inhalt</u>	<u>Seite</u>
I. Prüfungsauftrag	1
II. Grundsätzliche Feststellungen	2
III. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung	4
IV. Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung	7
A. Ordnungsmäßigkeit der Haushaltsatzung	7
1. Haushaltssatzung 2012	7
2. Haushaltsplanverfahren	7
B. Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung	8
1. Vorjahresabschluss	8
2. Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen	8
3. Jahresabschluss	8
4. Lagebericht	9
C. Gesamtaussage des Jahresabschlusses	9
D. Ertrags-, Vermögens-, Schulden- und Finanzlage	11
1. Ertragslage	11
1.1 Ergebnisanalyse auf Basis des Jahresergebnisses 2012	11
1.2 Ergebnisanalyse auf Basis der Haushaltsplanung	19
2. Vermögens- und Schuldenlage	21
3. Finanzlage	28
3.1 Liquidität und Deckungsverhältnisse	28
3.2 Analyse der Finanzrechnung 2012	29
V. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks des Abschlussprüfers und Schlussbemerkung	31

<u>Anlagen</u>	<u>Blatt</u>
Anlage 1a: Ergebnisrechnung der Stadt Oelde für die Zeit vom 01.01. bis zum 31.12.2012	1
Anlage 1b: Finanzrechnung der Stadt Oelde für die Zeit vom 01.01. bis zum 31.12.2012	1
Anlage 1c: Schlussbilanz der Stadt Oelde zum 31.12.2012	1 - 2
Anlage 1d: Anhang zum Jahresabschluss 31.12.2012 nebst Anlagen-, Forderungs- und Verbindlichkeitspiegel, Zusammenstellung der Nutzungsdauern von Vermögensgegenständen der Stadt Oelde sowie die Angaben gem. § 95 GO NRW zum Jahresabschluss 2012	1 - 21
Anlage 2: Lagebericht der Stadt Oelde für das Haushaltsjahr 2012	1 - 37
Anlage 3: Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	1 - 2
Anlage 4: Rechtliche und steuerliche Grundlagen	1 - 3
Anlage 5: Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften vom 01.01.2002	1
<u>Anlagenband</u>	<u>Blatt</u>
Teilergebnis- und Teilfinanzrechnungen	1 - 77
Anlage: Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften vom 01.01.2002	1

Abkürzungsverzeichnis

AG	Aktiengesellschaft
AO	Abgabenordnung
EDV	Elektronische Datenverarbeitung
EPS	Entwurf Prüfungsstandard
ESt	Einkommensteuer
GemHVO NRW	Gemeindehaushaltsverordnung im Land Nordrhein-Westfalen
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GO NRW	Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen
HGB	Handelsgesetzbuch
IDW	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V., Düsseldorf
IDW PS	Prüfungsstandard des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V.
IKS	Internes Kontrollsystem
KAG	Kommunalabgabengesetz für das Land Nordrhein-Westfalen
NKF	Neues Kommunales Finanzmanagement
USt	Umsatzsteuer
WBO	WBO Wirtschafts- und Bäderbetriebe Oelde GmbH, Oelde

I. Prüfungsauftrag

Auf der Grundlage des Beschlusses des Rechnungsprüfungsausschusses der Stadt Oelde beauftragte uns die Rechnungsprüfung der

Stadt Oelde

(im Folgenden kurz: „Stadt“ genannt),

den Jahresabschluss zum 31.12.2012 unter Einbeziehung der zu Grunde liegenden Buchführung und den Lagebericht für das Haushaltsjahr 2012 gemäß § 101 GO NRW zu prüfen.

Der Jahresabschluss und der Lagebericht sind gemäß § 101 Abs. 1 GO NRW vom Rechnungsprüfungsausschuss zu prüfen. Gemäß § 101 Abs. 8 GO NRW i. V. m. § 103 Abs. 5 GO NRW bezieht sich der Rechnungsprüfungsausschuss zur Durchführung der Jahresabschlussprüfung unserer Gesellschaft als Abschlussprüfer.

Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns gemäß § 101 GO NRW und § 317 HGB durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss sowie den Lagebericht abzugeben.

Form und Inhalt des Prüfungsberichts entsprechen den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen nach IDW PS 450. Die von der Stadt aufgestellten Teilergebnis- und Teilfinanzrechnungen haben wir in einem gesonderten Anlagenband beigefügt. Der vorliegende Prüfungsbericht richtet sich an die Stadt Oelde.

Für die Durchführung des Auftrages und unsere Verantwortlichkeit gelten - auch im Verhältnis zu Dritten - die als Anlage beigefügten Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften vom 01.01.2002.

II. Grundsätzliche Feststellungen

Stellungnahme zur Lagebeurteilung durch die gesetzlichen Vertreter

Aus dem von dem gesetzlichen Vertreter aufgestellten Lagebericht und Jahresabschluss heben wir folgende Aspekte hervor, die unseres Erachtens für die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage der Stadt von besonderer Bedeutung sind.

Wirtschaftliche Lage und Geschäftsverlauf der Stadt

- Das Haushaltsjahr 2012 war für die Stadt Oelde laut Aussage des gesetzlichen Vertreters nach finanzwirtschaftlich schwierigen Jahren im Ergebnis positiv. Das positive Ergebnis (1.153 T€) konnte allerdings letztlich nur erzielt werden, weil die Gemeindehaushaltsverordnung durch das NKF-Weiterentwicklungsgesetz geändert wurde und damit bislang ergebnisbelastende Vorgänge in 2012 ergebnisneutral behandelt werden konnten.
- Durch Verbesserungen der Ertrags- und Aufwandspositionen hat sich das Ergebnis 2012 gegenüber der Planung 2012 verbessert. Die ordentlichen Erträge erhöhten sich gegenüber der Planung um 1,9 Mio. € bzw. 3,15 %. Die ordentlichen Aufwendungen verminderten sich gegenüber der Planung um 2,5 Mio. € bzw. um 4,0 %.
- Die Haushaltsplanung für 2012 (fortgeschriebener Ansatz) schloss mit einem Ergebnis von - 3,9 Mio. €. Das Haushaltsjahr schließt dagegen im Ist-Ergebnis mit einem positiven Jahresergebnis von rund 1,2 Mio. €. Die Ergebnisverbesserung resultiert mit 4,1 Mio. € aus der vorab erwähnten Änderung der Gemeindehaushaltsverordnung. Reale Verbesserungen in Höhe von 1,0 Mio. € resultieren dagegen aus der laufenden Bewirtschaftung des Haushaltes 2012.
- Die Eigenkapitalquote beträgt zum Bilanzstichtag 31,5 %.
- Die Stadt sah sich in 2012 jederzeit in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen. Kassenkredite mussten nur kurzfristig und in geringem Umfang in Anspruch genommen werden.

Zukünftige Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken

- Die kommenden Haushaltsjahre führen nach der Einschätzung des gesetzlichen Vertreters der Stadt zu einem weiteren Eigenkapitalverzehr, da nicht mit nachhaltig positiven Jahresergebnissen bzw. mit Jahresfehlbeträgen gerechnet wird. Daher steht nach Aussage des gesetzlichen Vertreters der städtische Haushalt in den kommenden Jahren unter dem Genehmigungsvorbehalt der Kommunalaufsicht.
- Wesentliche Risikofaktoren auf die zukünftige Entwicklung der Stadt sind:
 - die Entwicklung der Einnahmen aus Gewerbesteuer, da diese unmittelbar konjunkturabhängig sind,
 - der anhaltende Kapitalverzehr beim Sondervermögen Forum Oelde und
 - die Entwicklungen im Bereich des kommunalen Finanzausgleichs (GFG), insbesondere die Entwicklung der Schlüsselzuweisungen. Durch die Änderung der Berechnungsgrundlage der Schlüsselzuweisungen wird die Stadt Oelde absehbar keine Schlüsselzuweisungen erhalten. Gemeinsam mit mehreren Kommunen des Münsterlandes hat die Stadt Oelde Klage gegen das GFG 2011 eingereicht.
- Der gesetzliche Vertreter der Stadt geht davon aus, dass der Haushaltsausgleich für das Jahr 2013 nicht erreicht werden kann. Nur durch die weitere Verringerung der Allgemeinen Rücklage wird die Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes vermieden. Auch in der mittelfristigen Haushaltsplanung kann nur durch Inanspruchnahme und Verringerung der Allgemeinen Rücklage der Haushalt ausgeglichen werden.

Nach dem Ergebnis unserer Prüfung und den dabei gewonnenen Erkenntnissen ist die Beurteilung der Lage der Stadt einschließlich der dargestellten Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung plausibel und folgerichtig abgeleitet. Die Lagebeurteilung durch den gesetzlichen Vertreter ist dem Umfang nach angemessen und inhaltlich zutreffend.

III. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung

Gegenstand der Prüfung

Gegenstand unserer Prüfung waren der nach den Vorschriften des NKF aufgestellte Jahresabschluss zum 31.12.2012 - bestehend aus Ergebnisrechnung, Finanzrechnung, Teilergebnisrechnungen, Teilfinanzrechnungen, Bilanz und Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung, der Inventur, des Inventars und der Übersicht über örtlich festgelegte Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände - sowie der Lagebericht.

Wir prüften die Einhaltung der landesrechtlichen Vorschriften der GO NRW und GemHVO NRW und der sie ergänzenden Bestimmungen der Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen.

Die Verantwortung für die Rechnungslegung und die uns erteilten Angaben und Auskünfte trägt der gesetzliche Vertreter der Stadt. Unsere Aufgabe ist es, diese Unterlagen unter Einbeziehung der Buchführung und die gemachten Angaben im Rahmen unserer pflichtgemäßen Prüfung zu beurteilen.

Art und Umfang der Prüfung

Grundlage unserer Prüfung waren die landesrechtliche Vorschrift des § 101 GO NRW, die sie ergänzenden handelsrechtlichen Vorschriften (§§ 316 ff HGB) und die vom IDW festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Durchführung von Abschlussprüfungen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Schulden-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden.

Gegenstand unseres Auftrags waren weder die Aufdeckung und Aufklärung strafrechtlicher Tatbestände, wie z. B. Unterschlagungen oder sonstige Untreuehandlungen, noch die Aufdeckung und Aufklärung außerhalb der Rechnungslegung begangener Ordnungswidrigkeiten. Prüfungsplanung und Prüfungsdurchführung haben wir jedoch so angelegt, dass diejenigen Unregelmäßigkeiten, die für die Rechnungslegung wesentlich sind, mit hinreichender Sicherheit aufgedeckt werden. Der gesetzliche Vertreter der Stadt ist für die Einrichtung und Durchsetzung geeigneter Maßnahmen zur Verhinderung bzw. Aufdeckung von Unregelmäßigkeiten verantwortlich; die Überwachung obliegt dem Rat, der dabei auch das Risiko der Umgehung von Kontrollmaßnahmen berücksichtigt.

Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie die Nachweise für die Angaben in Buchführung, Inventar, Übersicht über örtlich festgelegte Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des gesetzlichen Vertreters sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes.

Der Prüfung lag eine Planung der Prüfungsschwerpunkte unter Berücksichtigung unserer vorläufigen Lageeinschätzung der Stadt und einer Einschätzung der Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems der Stadt zu Grunde. Hierbei haben wir unsere Kenntnisse über die Verwaltungstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Stadt sowie mögliche Fehlerrisiken berücksichtigt.

Aus den bei der Prüfungsplanung getroffenen Feststellungen ergaben sich nachfolgende Prüfungsschwerpunkte:

- Abstimmung der Finanzbuchhaltung mit ihren Nebenbüchern
- Werthaltigkeit der Forderungen
- Werthaltigkeit der Beteiligungsansätze
- Entwicklung des Anlagevermögens einschließlich der korrespondierenden Sonderposten
- Umsetzung des Ersten Gesetzes zur Weiterentwicklung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements (NKFWG)

Ausgehend von unserer Beurteilung des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems haben wir bei der Festlegung der weiteren Prüfungshandlungen die Grundsätze der Wesentlichkeit und der Wirtschaftlichkeit beachtet. Sowohl analytische Prüfungshandlungen als auch Einzelfallprüfungen wurden nach Art und Umfang unter Berücksichtigung der Bedeutung der Prüfungsgebiete und der Organisation des Rechnungswesens in ausgewählten Stichproben durchgeführt. Die Stichproben wurden so ausgewählt, dass sie der wirtschaftlichen Bedeutung der einzelnen Posten des Jahresabschlusses Rechnung tragen. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Bei der Prüfung des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie des IT-Systems als dessen Teil haben wir keine Schwachstellen festgestellt.

Analytische Prüfungshandlungen haben wir vor allem im Rahmen von Zeitreihenvergleichen und Plan-Ist-Abweichungen einzelner Posten der Bilanz sowie bei der Analyse der Vermögens-, Schulden-, Finanz- und Ertragslage vorgenommen. Einzelfallprüfungen haben wir in Stichproben durch bewusste Auswahl durchgeführt.

Der Bestand der im Umlaufvermögen als Waren bilanzierten Grundstücke sowie das Finanzanlagevermögen wurden im Rahmen einer Buchinventur nachgewiesen. An der Inventur der bilanzierten Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe haben wir nicht beobachtend teilgenommen, da diese in Bezug auf die Relationen des Jahresabschlusses von untergeordneter Bedeutung sind.

Im Rahmen der sonstigen substanziellen Prüfungshandlungen wurden uns Saldenbestätigungen und -mitteilungen sowie andere geeignete Unterlagen von beauftragten Kreditinstituten und verbundenen Unternehmen vorgelegt.

Bei der Prüfung der Pensionsrückstellungen zum Bilanzstichtag haben wir uns auf ein versicherungsmathematisches Gutachten der Heubeck AG, Köln, vom 18.01.2013 gestützt.

Den Lagebericht haben wir daraufhin geprüft, ob er mit dem Jahresabschluss und den bei unserer Prüfung gewonnenen Erkenntnissen im Einklang steht und insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage der Stadt vermittelt und ob die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung im Lagebericht zutreffend dargestellt worden sind.

Wir haben die Prüfung in den Monaten September und Oktober 2013 durchgeführt.

Aufklärungen und Nachweise im Sinne des § 320 HGB erteilten uns der gesetzliche Vertreter sowie die uns benannten Personen bereitwillig und im gewünschten Umfang. Die berufübliche Vollständigkeitserklärung des gesetzlichen Vertreters haben wir zu unseren Arbeitspapieren genommen.

Wir bestätigen gemäß § 321 Abs. 4a HGB, dass wir bei unserer Abschlussprüfung die anwendbaren Vorschriften zur Unabhängigkeit beachtet haben.

IV. Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung

A. Ordnungsmäßigkeit der Haushaltsatzung

1. Haushaltssatzung 2012

Der Haushaltsplan 2012 enthält die von der GO NRW geforderten Angaben. Er beinhaltet den Gesamtergebnis- und den Gesamtfinanzplan sowie die Teilergebnis- und Teilfinanzpläne auf Produktebene für das Haushaltsjahr 2012.

Die wesentlichen Merkmale des Haushaltsplans 2012 sind:

- Kreditaufnahmen für Investitionen: 5.564 T€
- Summe der Verpflichtungsermächtigungen: 2.817 T€
- Verringerung der Allgemein Rücklage: 3.967 T€
- Maximale Kreditneuaufnahmen zur Liquiditätssicherung: 5.000 T€

2. Haushaltsplanverfahren

Die Haushaltssatzung 2012 wurde vom Rat der Stadt mit Beschluss vom 23.04.2012 festgestellt. Die Kenntnisnahme erfolgte durch den Landrat des Kreises Warendorf mit Schreiben vom 16.05.2012 ohne kommunalaufsichtsrechtliche Bedenken. Die anschließende öffentliche Bekanntmachung erfolgte in der örtlichen Tagespresse am 26.05.2012.

B. Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung

1. Vorjahresabschluss

Der Jahresabschluss zum 31.12.2011 wurde in der von uns geprüften und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Fassung (Bericht Nr. 44239 vom 28.09.2012) vom Rat der Stadt am 25.02.2013 festgestellt. Dem Bürgermeister wurde Entlastung erteilt.

2. Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen

Die Buchführung entspricht den gesetzlichen Vorschriften und den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung. Die den weiteren geprüften Unterlagen entnommenen Informationen sind in der Buchführung, im Jahresabschluss und im Lagebericht ordnungsmäßig abgebildet.

Ohne diese Aussage einzuschränken weisen wir daraufhin, dass wir weitere Empfehlungen zur Weiterentwicklung der Rechnungslegung der Stadt unterbreitet haben.

3. Jahresabschluss

Der von uns geprüfte Jahresabschluss für das Haushaltsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2012 ist diesem Bericht als Anlage 1 beigefügt. Er entspricht nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse den gesetzlichen Vorschriften einschließlich der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung.

Bilanz, Ergebnis- und Finanzrechnung wurden ordnungsmäßig aus der Buchführung und den weiteren geprüften Unterlagen abgeleitet. Auf den Beständen des Vorjahresabschlusses zum 31.12.2011 wurde ordnungsmäßig aufgesetzt. Die für Gebietskörperschaften geltenden Ansatz-, Ausweis- und Bewertungsvorschriften nach dem NKF wurden beachtet.

Der Anhang enthält die vorgeschriebenen Angaben zu den einzelnen Posten der Bilanz, Ergebnis- und Finanzrechnung und beinhaltet die sonstigen Pflichtangaben richtig und vollständig.

4. Lagebericht

Der Lagebericht (Anlage 2 dieses Berichts) entspricht den gesetzlichen Vorschriften, steht mit dem Jahresabschluss und den im Verlauf unserer Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang und vermittelt insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage der Stadt. Die wesentlichen Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung sind zutreffend und vollständig dargestellt.

C. Gesamtaussage des Jahresabschlusses

Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses

Nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung stellen wir fest, dass der Jahresabschluss im Zusammenwirken von Ergebnisrechnung, Finanzrechnung, den jeweiligen Teilrechnungen, Bilanz sowie Anhang, unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung, ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt vermittelt.

Wesentliche Bewertungsgrundlagen

Die wesentlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sind zutreffend in dem als Anlage 1d beigefügten Anhang dargestellt.

Mit unseren nachfolgenden Ausführungen gehen wir auf die Sachverhalte ein, die unseres Erachtens für die Beurteilung der Vermögens-, Schulden-, Finanz- und Ertragslage sowie in ihrer Gesamtwirkung im Zusammenhang mit anderen Maßnahmen und Sachverhalten von wesentlicher Bedeutung sind:

- Das Haushaltsjahr schließt mit einem positiven Jahresergebnis von rund 1,2 Mio. €. Die Ergebnisrechnung 2012 der Stadt wurde im Saldo mit 4,1 Mio. € durch die Änderung der Gemeindehaushaltsverordnung buchmäßig entlastet. Infolge der Umsetzung des NKFVG konnten im Berichtsjahr Erträge und Aufwendungen aus der Veräußerung von Vermögensgegenständen (1,6 Mio. €) sowie aus Wertänderungen von Finanzanlagen (- 2,7 Mio. €) unmittelbar mit der Allgemeinen Rücklage verrechnet. Mit Billigung der zuständigen Kommunalaufsicht wurden in 2012 vorgenommene Wertkorrekturen auf den Beteiligungsansatz Forum Oelde ebenfalls erfolgsneutral vorgenommen.

- Aus EDV-technischen Gründen wird der Verbrauch von Rückstellungen grundsätzlich als Ertrag in der Ergebnisrechnung ausgewiesen. Dementsprechend sind die Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen und die korrespondierenden Aufwandsposten tendenziell überhöht bilanziert.
- Die Stadt Oelde hat im Einklang mit den gesetzlichen Vorschriften der GO NRW die Pensions- und Beihilfeverpflichtungen nach dem sog. Teilwertverfahren unter Berücksichtigung biometrischer Daten entsprechend der Richttafeln 2005 G (sog. Sterbetafeln von Prof. Dr. Klaus Heubeck) und einem Zinssatz von 5,0 % bewertet. Aufgrund nicht berücksichtigter zukünftiger Gehalts- und Vergütungstrends sowie zu erwartender steigender Lebenserwartungen ist mit weiteren signifikanten ergebniswirksamen Steigerungen des Rückstellungsbuchwerts in der Zukunft zu rechnen.

ANSICHTSEXEMPLAR

D. Ertrags-, Vermögens-, Schulden- und Finanzlage1. Ertragslage1.1 Ergebnisanalyse auf Basis des Jahresergebnisses 2012

Im Folgenden werden die tatsächlichen Ergebnisse der Haushaltsjahre 2012 und 2011 dargestellt und wie folgt analysiert:

	2012 T€	2011 T€	Ergebnis- veränderung T€
Steuern und ähnliche Abgaben	37.756	34.659	3.097
Zuwendungen und allgemeine Umlagen	6.161	7.043	- 882
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	11.939	11.565	374
Privatrechtliche Leistungsentgelte	413	546	- 133
Kostenerstattungen und -umlagen	3.096	3.075	21
Sonstige ordentliche Erträge	3.389	5.551	- 2.162
Andere Erträge	<u>369</u>	<u>174</u>	<u>195</u>
Ordentliche Erträge	<u>63.123</u>	<u>62.613</u>	<u>510</u>
Personalaufwendungen	- 14.052	- 14.015	- 37
Versorgungsaufwendungen	- 1.693	- 1.355	- 338
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	- 12.289	- 12.173	- 116
Bilanzielle Abschreibungen	- 7.523	- 9.862	2.339
Transferaufwendungen	- 23.058	- 23.160	102
Sonstige ordentliche Aufwendungen	- <u>2.377</u>	- <u>1.964</u>	- <u>413</u>
Ordentliche Aufwendungen	- <u>60.992</u>	- <u>62.529</u>	<u>1.537</u>
Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	2.131	84	2.047
Finanzerträge	628	277	351
Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	- <u>1.606</u>	- <u>1.696</u>	<u>90</u>
Finanzergebnis	- <u>978</u>	- <u>1.419</u>	<u>441</u>
Ordentliches Ergebnis / Jahresergebnis	<u>1.153</u>	- <u>1.335</u>	<u>2.488</u>

Insgesamt hat sich die Ertragslage der Stadt gegenüber dem Vorjahr deutlich verbessert. Wesentliche Ergebnisverbesserungen in Höhe von insgesamt 3.097 T€ sind auf erhöhte Steuern und ähnliche Abgaben zurückzuführen. Im Aufwandsbereich hat der Rückgang der bilanziellen Abschreibungen zur Verbesserung der Ertragslage beigetragen.

Die Erträge aus Steuern und ähnlichen Abgaben setzen sich wie folgt zusammen:

	2012	2011	Ver- änderung
	T€	T€	T€
<u>Realsteuern gemäß § 3 Abs. 2 AO</u>			
Gewerbesteuer	18.757	16.874	1.883
Grundsteuer	<u>4.348</u>	<u>4.335</u>	<u>13</u>
	23.105	21.209	1.896
<u>Gemeinschaftssteuern</u>			
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	11.273	10.182	1.091
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	<u>1.905</u>	<u>1.977</u>	- <u>72</u>
	13.178	12.159	1.019
<u>Sonstige</u>	<u>1.473</u>	<u>1.291</u>	<u>182</u>
	<u>37.756</u>	<u>34.659</u>	<u>3.097</u>

Die Steuerhebesätze der Stadt Oelde blieben verglichen mit dem Vorjahr konstant. Die Gewerbesteuererinnahmen nahmen im Berichtsjahr, resultierend aus der sich weiterhin gut entwickelnden wirtschaftlichen Lage der ansässigen Unternehmen um 1.883 T€ zu. Bei den Erträgen aus dem Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer änderte sich die zugrunde liegende Schlüsselzahl zugunsten der Stadt Oelde zum zweiten Quartal von 0,0017101 auf 0,0017603. Bei den Erträgen aus dem Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer veränderte sich die Schlüsselzahl von 0,002178322 auf 0,002042985, sodass verglichen mit dem Vorjahr geringere Erträge zu verzeichnen sind.

Die Zuwendungen und allgemeinen Umlagen gliedern sich wie folgt auf:

	2012	2011	Ver- änderung
	T€	T€	T€
Erträge Auflösung Sonderposten	1.948	1.791	157
Zuweisungen und Zuschüsse			
vom Land	4.200	5.223	- 1.023
Andere	<u>13</u>	<u>29</u>	- <u>16</u>
	<u>6.161</u>	<u>7.043</u>	<u>882</u>

Die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuwendungen ergeben sich in Höhe der auf die bezuschussten und geförderten Anlagegegenstände entfallenden anteiligen Abschreibungen. Insoweit werden diese bilanziellen Abschreibungen erfolgsneutral gestellt.

Im Berichtsjahr erhielt die Stadt Oelde vom Land Nordrhein-Westfalen keine Schlüsselzuweisungen. Zudem fallen die weiteren Zuweisungen vom Land im Zuge des Auslaufens des Konjunkturpaketes II geringer aus.

Die Erträge aus öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte setzen sich wie folgt zusammen:

	2012	2011	Ver- änderung
	T€	T€	T€
Benutzungsgebühren	9.645	9.234	411
Verwaltungsgebühren	495	562	- 67
Erträge Auflösung Sonderposten aus Beiträgen	<u>1.799</u>	<u>1.769</u>	<u>30</u>
	<u>11.939</u>	<u>11.565</u>	<u>374</u>

Unter dem Posten Benutzungsgebühren werden im Wesentlichen Gebühren aus dem Bereich Abwasser ausgewiesen, die im Vorjahresvergleich, bedingt durch eine Anhebung der Gebühren deutlich angestiegen sind. Die Gebührennachkalkulation 2012 des Abwasserbereichs ergab eine Kostenüberdeckung von 607 T€.

Der Rückgang der Verwaltungsgebühren resultiert im Wesentlichen aus rückläufigen Erträgen aus Baugenehmigungen.

Erträge aus Kostenerstattungen und -umlagen im Einzelnen:

	2012	2011	Ver- änderung
	T€	T€	T€
Erstattungen			
- von Gemeinden sowie Gemeindeverbänden	1.380	1.044	336
- vom Bund	0	252	- 252
- von verbundenen Unternehmen und von Sondervermögen	421	497	- 76
- vom Land	100	88	12
- von privaten Unternehmen	33	35	- 2
- Hausanschlussleistungen	229	174	55
- übrige Erstattungen	<u>933</u>	<u>985</u>	- <u>52</u>
	<u>3.096</u>	<u>3.075</u>	<u>21</u>

Die Entwicklung der Erträge im Bereich der Erstattungen vom Bund und von Gemeinden sowie Gemeindeverbänden beruht auf einer Umstellung bei der Aufgabenwahrnehmung für die Bearbeitung von Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch.

Die sonstigen ordentlichen Erträge setzen sich wie folgt zusammen:

	2012	2011	Ver- änderung
	T€	T€	T€
Konzessionsabgaben	1.278	1.335	- 57
Erträge aus Grundstücksveräußerungen	0	348	- 348
Ordnungsrechtliche Entgelte	153	133	20
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	1.316	2.773	- 1.457
Übrige	<u>642</u>	<u>962</u>	- <u>320</u>
	<u>3.389</u>	<u>5.551</u>	- <u>2.162</u>

Die Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen betreffen im Berichtsjahr im Wesentlichen Pensions- und Beihilferückstellungen (747 T€) sowie Instandhaltungen (431 T€). Die Veränderung im Jahresvergleich resultiert im Wesentlichen aus Auflösungen von verjährten Rückzahlungsverpflichtungen gegenüber der Bezirksregierung Münster für den Zuschuss Axtbach (800 T€) sowie der Auflösung einer Rückstellung für Sonderzahlungen an Beamte (823 T€) im Vorjahr.

Die Abnahme der Übrigen Erträge im Jahresvergleich beruht im Wesentlichen auf rückläufigen Erträgen aus Wertkorrekturen für Forderungen (- 143 T€) sowie gesunkenen Erträgen aus Pensions- und Beihilfeansprüchen gegenüber dem Forum Oelde (- 140 T€).

Die Personalaufwendungen setzen sich wie folgt zusammen:

	2012	2011	Ver- änderung
	T€	T€	T€
Dienstaufwendungen			
- Beamtenbezüge	2.839	2.826	13
- Tariflich Beschäftigte	<u>7.759</u>	<u>7.108</u>	<u>651</u>
	10.598	9.934	664
Beiträge zur Versorgungskasse	592	564	28
Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung	1.486	1.447	39
Beihilfen und Unterstützungsleistungen	233	244	- 11
Veränderung der Rückstellungen für Pensionen, für Beihilfen, Altersteilzeit, Überstunden u.ä.	<u>1.143</u>	<u>1.826</u>	- <u>683</u>
	<u>14.052</u>	<u>14.015</u>	<u>37</u>

Die Personalkennzahlen stellen sich wie folgt dar:

	2012	2011
Personalaufwendungen in T€	14.052	14.015
Mitarbeiter (einschl. Teilzeitkräfte und Auszubildende) zum 31.12.	335	335
Personalintensität in %	23,0	22,5
	<i>$\frac{\text{Personalaufwand} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$</i>	
Personalaufwand je Vollzeitäquivalent in rd. €	41.900	41.800

Die Versorgungsaufwendungen in Höhe von 1.693 T€ (Vorjahr: 1.355 T€) betreffen die Zuführungen zu Rückstellungen für Pensionen und Beihilfen sowie die Zahlungen an die Versorgungskasse für Beamte.

Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen stellen sich wie folgt dar:

	2012 T€	2011 T€	Ver- änderung T€
Instandhaltung, Unterhaltung und Bewirtschaftung des unbeweglichen Vermögens	6.010	5.737	273
Sondermaßnahmen Konjunkturpaket II	160	489	- 329
Kostenerstattungen an Gemeinden, Gemeinde- verbände und übrige Bereiche	1.016	1.057	- 41
Schülerbeförderung	588	559	29
Unterhalt Fahrzeuge, Maschinen, BGA	714	594	120
Aufwendungen sonstige Sachanlagen	458	453	5
andere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen	259	274	- 15
Übrige	<u>3.084</u>	<u>3.010</u>	<u>74</u>
	<u>12.289</u>	<u>12.173</u>	<u>116</u>

Der Posten bilanzielle Abschreibungen setzt sich wie folgt zusammen:

	2012 T€	
Immaterielle Vermögensgegenstände		53
Sachanlagen		
- Gebäude und Gebäudeeinrichtungen	2.028	
- Infrastrukturvermögen	4.622	
- Übrige	<u>820</u>	<u>7.470</u>
		<u>7.523</u>

Hinsichtlich der Abschreibungen auf das immaterielle Anlage- und das Sachanlagevermögen verweisen wir auf den Anlagenspiegel.

Die Transferaufwendungen gliedern sich wie folgt:

	2012	2011	Ver- änderung
	T€	T€	T€
Kreisumlagen	10.583	11.095	- 512
Sozialtransferleistungen	3.234	3.404	- 170
Aufwand Steuerbeteiligungen	3.119	2.855	264
Zuwendungen sonstiger öffentlicher Bereich	5.660	5.374	286
Übrige Transferaufwendungen	<u>462</u>	<u>432</u>	<u>30</u>
	<u>23.058</u>	<u>23.160</u>	- <u>102</u>

Die Höhe der Kreisumlagen orientiert sich grundsätzlich an der Höhe der Kosten des Kreises Warendorf.

Die sonstigen ordentlichen Aufwendungen setzen sich wie folgt zusammen:

	2012	2011	Ver- änderung
	T€	T€	T€
Wertberichtigungen und Bestandskorrekturen auf Forderungen	159	160	- 1
Steuern, Abgaben und Versicherungen	545	488	57
Geschäftsaufwendungen	579	554	25
Abschreibungen und Abgänge Grundvermögen im Handelsbestand	0	19	- 19
Zuführung Gebührenrücklage	336	61	275
Aufwand Verlustübernahmen	0	24	- 24
Mieten, Pachten, Leasing	182	186	- 4
sonstige Personalaufwendungen	196	158	38
Aufwandsentschädigungen	157	158	- 1
übrige ordentliche Aufwendungen	<u>223</u>	<u>156</u>	<u>67</u>
	<u>2.377</u>	<u>1.964</u>	<u>413</u>

Der deutliche Anstieg der Zuführungen zur Gebührenrücklage betrifft im Einzelnen die Abfallbeseitigung (41 T€) sowie die Entwässerungsgebühren für die Gebührenjahre 2011 und 2012 von 295 T€. Insgesamt ergab sich bei der Gebührennachkalkulation des Entwässerungsbereich eine Kostenüberdeckung von 811 T€ für die Jahre 2011 und 2012. Der Differenzbetrag von 516 T€ wurde den hierfür in Vorjahren gebildeten Rückstellungen entnommen.

Bei den Aufwendungen aus Verlustübernahmen des Vorjahres handelt es sich um die anteilmäßige Ergebnisübernahme der AUREA GmbH. Im Berichtsjahr hat diese Gesellschaft einen Gewinn erwirtschaftet.

Die sonstigen Personalaufwendungen entfallen vor allem auf Aus- und Fortbildungskosten.

Der Anstieg der übrigen ordentlichen Aufwendungen ergibt sich durch eine Korrektur der Jahresendabrechnung für die Konzessionsabgaben aus Vorjahren von 54 T€.

Das Finanzergebnis setzt sich wie folgt zusammen:

	2012	2011	Ver- änderung
	T€	T€	T€
<u>Finanzerträge</u>			
Zinserträge	24	18	6
Erträge aus Beteiligungen	468	144	324
Andere	<u>136</u>	<u>115</u>	<u>21</u>
	628	277	351
<u>Finanzaufwendungen</u>			
Zinsaufwendungen	- 1.603	- 1.696	93
Andere	- <u>3</u>	- <u>0</u>	- <u>3</u>
	- <u>1.606</u>	- <u>1.696</u>	<u>90</u>

Die Erträge aus Beteiligungen enthalten im Wesentlichen die Gewinnanteile der Sparkasse Münsterland Ost (183 T€) und der Aurea GmbH (275 T€).

Die Finanzaufwendungen enthalten Zinsaufwendungen für Investitionskredite i. H. v. 1.586 T€ und sonstige Zinsaufwendungen von 23 T€. Der Rückgang der Zinsaufwendungen ist auf die Abnahme des Darlehensbestandes von 40.423 T€ auf 39.101 T€ zum Bilanzstichtag zurückzuführen.

1.2 Ergebnisanalyse auf Basis der Haushaltsplanung

Maßgeblich für die Analyse und Beurteilung des Ergebnisses des Haushaltsjahres 2012 ist die Gegenüberstellung mit dem vom Rat beschlossenen Haushaltsplan und dem Nachtragshaushaltsplan für 2012 (fortgeschriebener Ansatz). Im Folgenden werden auf Basis der Gesamtertragslage der fortgeschriebene Ansatz und das Ist-Ergebnis für das Haushaltsjahr 2012 gegenübergestellt.

	Plan- Satz T€	Ist- Ergebnis T€	Ergebnis- veränderung T€
Steuern und ähnliche Abgaben	37.708	37.756	48
Zuwendungen und allgemeine Umlagen	5.565	6.161	596
Sonstige Transfererträge	147	227	80
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	11.621	11.939	318
Privatrechtliche Leistungsentgelte	691	413	- 278
Kostenerstattungen und -umlagen	3.020	3.096	76
Sonstige ordentliche Erträge	2.440	3.389	949
aktivierte Eigenleistungen	0	142	142
Ordentliche Erträge	<u>61.192</u>	<u>63.123</u>	<u>1.931</u>
Personalaufwendungen	- 14.012	- 14.052	- 40
Versorgungsaufwendungen	- 1.281	- 1.693	- 412
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	- 13.803	- 12.289	1.514
Bilanzielle Abschreibungen	- 7.198	- 7.523	- 325
Transferaufwendungen	- 23.488	- 23.058	430
Sonstige ordentliche Aufwendungen	- <u>3.530</u>	- <u>2.377</u>	<u>1.153</u>
Ordentliche Aufwendungen	- <u>63.312</u>	- <u>60.992</u>	<u>2.320</u>
Ergebnis der laufenden			
Verwaltungstätigkeit	- 2.120	2.131	4.251
Finanzerträge	583	628	45
Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	- <u>2.160</u>	- <u>1.606</u>	<u>554</u>
Finanzergebnis	- <u>1.577</u>	- <u>978</u>	<u>599</u>
Ordentliches Ergebnis / Jahresergebnis	- <u>3.697</u>	<u>1.153</u>	<u>4.850</u>

Die wesentlichen Abweichungen lassen sich wie folgt analysieren:

- Mehrertrag sonstige ordentliche Erträge (949 T€)

Die Auflösungen von Rückstellungen liegen oberhalb des Planansatzes.

- Minderaufwand Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (1.514 T€)

Der Minderaufwand ergibt sich im Wesentlichen durch geringere Aufwendungen für die Instandhaltung, Unterhaltung und Bewirtschaftung des unbeweglichen Vermögens (- 562 T€) sowie geringere Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen (- 462 T€).

- Minderaufwand sonstige ordentliche Aufwendungen (1.153 T€)

Es wurden Verluste aus Abschreibungen von Finanzanlagen von 1.550 T€ eingeplant. In Folge des NKFVG wurden Wertänderungen von Finanzanlagen erfolgsneutral mit der Allgemeinen Rücklage verrechnet.

- Minderaufwand Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen (554 T€)

Im Planansatz waren Zinsaufwendungen der WBO in Folge der seinerzeit geplanten Verschmelzung der WBO auf die Stadt enthalten.

2. Vermögens- und Schuldenlage

In der folgenden Übersicht haben wir die Aktiva und Passiva der Bilanz nach betriebswirtschaftlichen Kriterien zusammengefasst.

	31.12.2012	31.12.2011	Ver- änderung
	T€	T€	T€
Immaterielle Vermögensgegenstände, Sachanlagen	207.750	211.131	- 3.381
Finanzanlagen	<u>13.693</u>	<u>14.627</u>	- <u>934</u>
Langfristiges Vermögen	<u>221.443</u>	<u>225.758</u>	- <u>4.315</u>
Vorräte	2.563	3.670	- 1.107
Forderungen	4.509	5.126	- 617
Liquide Mittel	5.136	2.100	3.036
Andere Aktiva	<u>1.173</u>	<u>760</u>	<u>413</u>
Kurzfristiges Vermögen	<u>13.381</u>	<u>11.656</u>	<u>1.725</u>
Gesamtvermögen	<u>234.824</u>	<u>237.414</u>	- <u>2.590</u>
Eigenkapital	73.941	76.854	- 2.913
Sonderposten aus Zuwendungen und Beiträgen	83.825	84.066	- 241
Langfristige Rückstellungen	27.967	27.591	376
Verbindlichkeiten aus Investitionskrediten	39.101	40.423	- 1.322
Andere langfristige Verbindlichkeiten	<u>350</u>	<u>683</u>	- <u>333</u>
Langfristiges Kapital	<u>225.184</u>	<u>229.617</u>	- <u>4.433</u>
Kurzfristige Rückstellungen	1.361	1.679	- 318
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.519	1.575	- 56
Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	213	233	- 20
Erhaltene Anzahlungen	4.429	3.524	905
Sonderposten für den Gebührenaussgleich	955	102	853
Sonstige Verbindlichkeiten	<u>1.163</u>	<u>684</u>	<u>479</u>
Kurzfristiges Kapital	<u>9.640</u>	<u>7.797</u>	<u>1.843</u>
Gesamtkapital	<u>234.824</u>	<u>237.414</u>	- <u>2.590</u>

Die Immateriellen Vermögensgegenstände und Sachanlagen haben sich in 2012 wie folgt entwickelt:

	2012 T€
Stand 01.01.	211.131
Zugänge	<u>5.421</u>
	216.552
Abgänge / Umbuchungen	- 2.209
Umbuchungen	+ 840
Abschreibungen	- <u>7.433</u>
Stand 31.12.	<u>207.750</u>

Die Zugänge des Berichtsjahres gliedern sich wie folgt auf:

	2012 T€
Immaterielle Vermögensgegenstände	68
Grünflächen, Ackerland	128
unbebaute und bebaute Grundstücke sowie Gebäude	84
Infrastrukturvermögen	446
Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	388
Betriebs- und Geschäftsausstattungen	385
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	<u>3.922</u>
	<u>5.421</u>

Die geleisteten Anzahlungen und Anlagen im Bau betreffen insbesondere Hochwasserschutzmaßnahmen, Kanalerweiterungen sowie die Erstellung eines Hockeykunstrasenplatzes.

Bei den Umbuchungen handelt es sich im Wesentlichen um Grünflächen und Gebäude.

Die Finanzanlagen setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2012	31.12.2011	Ver- änderung
	T€	T€	T€
WBO Wirtschafts- und Bäderbetrieb Oelde GmbH	9.770	9.321	449
Sondervermögen Forum Oelde	2.366	3.649	- 1.283
Darlehen Sozialer Wohnungsbau	952	963	- 11
Familienzusatz- und Arbeitgeberdarlehen	91	147	- 56
Ausleihungen an AUREA GmbH	173	202	- 29
Anteile am Versorgungsfonds wvk	273	273	0
Anteile an Beteiligungsunternehmen	59	59	0
Übrige	<u>9</u>	<u>13</u>	- <u>4</u>
	<u>13.693</u>	<u>14.627</u>	- <u>934</u>

Die Abnahme der Buchwerte der Finanzanlagen resultiert aus außerplanmäßigen Abschreibungen des Sondervermögens Oelde sowie aus planmäßigen Tilgungen der Schuldner. Zusätzlich sind Tilgungen bei den Darlehen Sozialer Wohnungsbau zu verzeichnen. Der Anstieg des Buchwertes der WBO resultiert aus einer Wertaufholung der Beteiligung Energieversorgung Oelde GmbH bei der WBO. Die Wertänderungen des Berichtsjahres bei der WBO und beim Sondervermögen Forum wurden mit der Allgemeinen Rücklage verrechnet. Wir verweisen auf den Berichtsabschnitt C. Gesamtaussage des Jahresabschlusses.

Unter den Vorräten werden vor allem Grundstücke und Gebäude bilanziert, die zur Veräußerung vorgesehen sind.

Die Forderungen setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2012	31.12.2011	Ver- änderung
	T€	T€	T€
Öffentlich-rechtliche Forderungen			
- aus Steuern	864	1.160	- 296
- aus Gebühren und Beiträgen	1.026	1.413	- 387
- aus Transferleistungen	311	711	- 400
- sonstige	594	349	245
- Wertberichtigungen	- <u>326</u>	- <u>394</u>	<u>68</u>
	<u>2.469</u>	<u>3.239</u>	- <u>770</u>
Privatrechtliche Forderungen			
- gegen verbundenen Unternehmen	1.766	1.058	708
- gegen den privaten Bereich	109	647	- 538
- gegen dem öffentlichen Bereich	3	63	- 60
- gegen Beteiligungsunternehmen	165	158	7
- Wertberichtigungen	- <u>3</u>	- <u>39</u>	<u>36</u>
	<u>2.040</u>	<u>1.887</u>	<u>153</u>
	<u>4.509</u>	<u>5.126</u>	- <u>617</u>

Die bilanzierten Wertberichtigungen tragen dem allgemeinen Ausfallrisiko insbesondere bei Gewerbesteuerforderungen Rechnung. Die Wertberichtigungen wurden nach einem pauschalierten Verfahren in Abhängigkeit der Altersstruktur und der forderungsindividuellen Ausfallgefährdung vorgenommen.

Die liquiden Mittel bestehen neben dem Kassenbestand vor allem aus Guthaben auf Giro- und Festgeldkonten. Deren Veränderung wird in der Finanzrechnung dargestellt.

Das Eigenkapital setzt sich in 2012 wie folgt zusammen:

	31.12.2012	31.12.2011	Ver- änderung
	T€	T€	T€
Allgemeine Rücklage	72.730	78.190	- 5.460
Ausgleichsrücklage	58	0	58
Jahresergebnis	<u>1.153</u>	- <u>1.336</u>	<u>2.489</u>
	<u>73.941</u>	<u>76.854</u>	- <u>2.913</u>

Infolge der erstmaligen Anwendung des NKFVG wurden im Berichtsjahr Erträge (152 T€) und Aufwendungen (1.553 T€) aus der Veräußerung von Vermögensgegenständen sowie aus Wertänderungen von Finanzanlagen (- 2.665 T€) unmittelbar mit der Allgemeinen Rücklage verrechnet. Daneben wurde in Übereinstimmung mit dem NKFVG der Jahresüberschuss des Jahres 2008 von 58 T€ der Ausgleichsrücklage zugeführt.

Zum 31.12.2012 beträgt die Eigenkapitalquote 31,5 %, unter Berücksichtigung des Sonderpostens aus Zuwendungen und Beiträgen beträgt die Quote 67,2 %.

Die Sonderposten stellt sich folgt dar:

	31.12.2012	31.12.2011	Ver- änderung
	T€	T€	T€
Sonderposten für Zuwendungen	48.562	48.389	173
Sonderposten für Beiträge	35.262	35.677	- 415
Sonstige	<u>1</u>	<u>1</u>	<u>0</u>
	<u>83.825</u>	<u>84.067</u>	- <u>242</u>

Den Sonderposten aus Zuwendungen und Beiträgen wurden im Berichtsjahr 1.607 T€ zugeführt. Die planmäßigen Auflösungen von Sonderposten erfolgten in Höhe der geförderten anteiligen Abschreibungen. Diese Erträge aus der Auflösung neutralisieren insoweit die bilanziellen Abschreibungen.

Aus dem Vergleich der Sonderposten mit investivem Charakter und dem Sachanlagevermögen zuzüglich der immateriellen Vermögensgegenstände ergibt sich eine Quote aus Fördermitteln und Investitionszuschüssen von 40,4 % (Vorjahr: 39,8 %). Das heißt, dass das bilanzierte immaterielle Anlage- und das Sachanlagevermögen in Höhe dieses Anteils durch Investitionszuschüsse Dritter finanziert worden ist. Der verbleibende Anteil (59,6 %) wurde durch Fremdkapital (Kapitalmarktdarlehen) und Eigenmittel der Stadt finanziert.

Die langfristigen Rückstellungen gliedern sich wie folgt:

	31.12.2012	31.12.2011	Ver- änderung
	T€	T€	T€
Pensionsrückstellungen			
- Beschäftigte	10.657	10.279	378
- Versorgungsempfänger	10.606	10.383	223
Beihilferückstellungen			
- Beschäftigte	3.348	3.205	143
- Versorgungsempfänger	2.763	2.699	64
Instandhaltungsrückstellungen	<u>593</u>	<u>1.025</u>	- <u>432</u>
	<u>27.967</u>	<u>27.591</u>	<u>376</u>

Die zum 31.12.2012 bilanzierten Rückstellungen für Pensions- und Beihilfeverpflichtungen beruhen auf 79 Aktiven Versorgungsberechtigten (Vorjahr: 80) und 29 Versorgungsempfängern (Vorjahr: 29).

Die Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen haben sich wie folgt entwickelt:

	2012	2011	Ver- änderung
	T€	T€	T€
Stand 01.01.	40.423	41.379	- 956
Tilgung	- <u>1.322</u>	- <u>956</u>	- <u>366</u>
Stand 31.12.	<u>39.101</u>	<u>40.423</u>	- <u>1.322</u>

Die im Jahr 2012 bestehenden Darlehensverbindlichkeiten haben zu Zinsaufwendungen in Höhe von 1.586 T€ geführt; das entspricht einer rechnerischen Jahresdurchschnittsverzinsung von 3,99 % p. a..

Des Weiteren merken wir an dieser Stelle an, dass die bestehenden Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen nicht im Rahmen eines aktiven Schuldenmanagements verwaltet werden und daher keine Zusatzrisiken aus negativen Sicherungs- oder Optimierungsgeschäften den städtischen Haushalt belasten.

Die kurzfristigen Rückstellungen setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2012	31.12.2011	Ver- änderung
	T€	T€	T€
Rückstellungen für			
- offene Urlaubsansprüche	444	459	- 15
- Überstunden / Zeitguthaben	165	141	24
- Altersteilzeit	166	271	- 105
- Entschädigung Mehrarbeit Feuerwehrbeamte	280	0	280
- Drohverluste / ungewisse Verbindlichkeiten	0	517	- 517
- Übrige	<u>306</u>	<u>291</u>	<u>15</u>
	<u>1.361</u>	<u>1.679</u>	- <u>318</u>

Die Rückstellung für die Entschädigung von Mehrarbeit für Feuerwehrbeamte in Höhe von 280 T€ bezieht sich auf Arbeitsleistungen aus den Jahren 2001 - 2006. In dieser Zeit haben die städtischen Feuerwehrbeamten mehr Arbeitsstunden geleistet, als nach EU-Arbeitszeitrichtlinien zulässig ist. Für entsprechende Entschädigungen wurden Rückstellungen gebildet.

Die Rückstellung für Drohverluste / ungewisse Verbindlichkeiten wurde im Berichtsjahr zur bilanziellen Abgrenzung von Gebührenhaushaltsüberschüssen des Entwässerungsbereichs verwendet.

Die Zunahme der erhaltenen Anzahlungen um 905 T€ resultiert aus noch nicht verwendeten Zuwendungen insbesondere für den Hochwasserschutz.

Der Anstieg der sonstigen Verbindlichkeiten um 479 T€ resultiert im Wesentlichen aus kreditorischen Debitoren.

3. Finanzlage

3.1 Liquidität und Deckungsverhältnisse

Die Liquiditätslage stellt sich an den Bilanzstichtagen wie folgt dar:

	31.12. 2012 T€	31.12. 2011 T€	Ver- änderung T€
Flüssige Mittel	5.136	2.100	3.036
Kurzfristiges Kapital	- <u>9.640</u>	- <u>7.797</u>	- <u>1.843</u>
Liquidität I	- 4.504	- 5.697	1.193
Kurzfristige Forderungen	<u>4.509</u>	<u>5.126</u>	- <u>617</u>
Liquidität II	5	- 571	576
Vorräte	<u>2.563</u>	<u>3.670</u>	- <u>1.107</u>
Liquidität III	<u>2.568</u>	<u>3.099</u>	- <u>531</u>

Die Liquiditätslage der Stadt hat sich gegenüber dem Vorjahr verbessert. In Folge der gestiegenen Ertragskraft haben sich die liquiden Mittel um 3.036 T€ gegenüber dem Vorjahr erhöht. Die Liquidität II weist mit einem Saldo von 5 T€ dennoch einen in Bezug auf die laufende Geschäftstätigkeit der Stadt zu niedrigen Wert aus.

Die Nettoverschuldung der Stadt (Saldo aus liquiden Mitteln und langfristigen Investitionskrediten) zum 31.12.2012 beträgt 34,0 Mio. € nach 38,3 Mio. € im Vorjahr; sie hat sich damit deutlich um 4,3 Mio. € verringert.

Das Deckungsverhältnis der Finanzierung im langfristigen Bereich stellt sich an den Bilanzstichtagen wie folgt dar:

	31.12. 2012 T€	31.12. 2011 T€	Ver- änderung T€
Langfristig zur Verfügung stehendes Kapital	225.184	229.617	- 4.433
Langfristig gebundene Vermögenswerte	<u>221.443</u>	<u>225.758</u>	- <u>4.315</u>
Überdeckung	<u>3.741</u>	<u>3.859</u>	- <u>118</u>

Die betriebswirtschaftlich wünschenswerte fristenkongruente Finanzierung des langfristig gebundenen Vermögens durch langfristig zur Verfügung stehendes Kapital ist gegeben und verringerte sich in 2012 gegenüber den Vorjahresverhältnissen um 118 T€.

3.2 Analyse der Finanzrechnung 2012

In der Finanzrechnung als direkte Methode der Kapitalflussrechnung werden die Zahlungsströme des Berichtsjahres getrennt nach der laufenden Verwaltungstätigkeit, der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit in der durch das NKF gebotenen Form der direkten Methode dargestellt.

Anhand dieser Finanzrechnung, die diesem Bericht im Jahresabschluss als Anlage 1b beigefügt ist, werden die Veränderung des Finanzmittelfonds sowie die dafür ursächlichen Mittelbewegungen aufgezeigt. Zusammengefasst stellt sich die Finanzrechnung wie folgt dar:

	2012 T€	2011 T€
Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	5.329	2.305
Saldo aus der Investitionstätigkeit	- <u>1.351</u>	- <u>1.069</u>
<i>Finanzmittelergebnis</i>	3.978	1.236
Saldo aus der Finanzierungstätigkeit	- <u>942</u>	- <u>635</u>
<i>Änderung des Bestandes an eigenen Finanzmitteln</i>	3.036	601
Anfangsbestand an Finanzmitteln am 01.01.	<u>2.100</u>	<u>1.499</u>
Endbestand an Finanzmitteln am 31.12.	<u>5.136</u>	<u>2.100</u>

Das Finanzmittelergebnis hat sich im Vergleich zum Vorjahr deutlich verbessert. Diese Größe zeigt an, dass die Zahlungsmittelzuflüsse aus der laufenden Verwaltungstätigkeit und der Investitionstätigkeit auskömmlich waren und somit zusammen mit dem Ergebnis aus Finanzierungstätigkeit zu einer Erhöhung der vorhandenen Finanzmittel geführt haben.

Im Folgenden werden der fortgeschriebene Planansatz sowie das Ist-Ergebnis für das Haushaltsjahr 2012 gegenübergestellt:

	Planansatz	Ist	Ver- änderung
	T€	T€	T€
Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	2.258	5.329	3.071
Saldo aus der Investitionstätigkeit	- 8.258	- 1.351	6.907
Saldo aus der Finanzierungstätigkeit	<u>4.313</u>	- <u>942</u>	- <u>5.255</u>
Bestandsveränderung Finanzmittel	- <u>1.687</u>	<u>3.036</u>	<u>4.723</u>

Der Ist-Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit in Höhe von 5.329 T€ ist gegenüber dem Planansatz deutlich besser ausgefallen. Daneben sind Finanzmittelabflüsse insbesondere für Investitionen nicht in der Höhe angefallen wie sie zuvor im Haushalt veranschlagt waren. Darlehensaufnahmen waren anders als geplant nicht notwendig. Somit hat sich der Bestand der Finanzmittel in 2012 um 4,7 Mio. € besser entwickelt als zuvor veranschlagt.

V. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks des Abschlussprüfers und Schlussbemerkung

Wir haben nach dem abschließenden Ergebnis unserer auftragsgemäßen Prüfung den Jahresabschluss zum 31.12.2012 und den Lagebericht 2012 der Stadt Oelde mit dem folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen:

„An die Stadt Oelde:

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Ergebnisrechnung, Finanzrechnung, Teilergebnisrechnungen, Teilfinanzrechnungen sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung, der Inventur, des Inventars, der Übersicht über örtlich festgelegte Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände und den Lagebericht der Stadt Oelde für das Haushaltsjahr vom 01.01. bis 31.12.2012 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung dieser Unterlagen nach den gemeinderechtlichen Vorschriften von Nordrhein-Westfalen und den ergänzenden Bestimmungen der Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen liegen in der Verantwortung des Bürgermeisters der Stadt Oelde. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung, der Inventur, des Inventars und der Übersicht über örtlich festgelegte Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände sowie über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 101 Abs. 1 GO NRW und nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Tätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Stadt sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Inventar, Übersicht über örtlich festgelegte Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Bürgermeisters der Stadt Oelde sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt Oelde. Der Lagebericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt Oelde und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar."

Den vorstehenden Bericht einschließlich des im Prüfungsbericht wiedergegebenen Bestätigungsvermerks erstatten wir in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen (IDW PS 450). Eine Verwendung des oben wiedergegebenen Bestätigungsvermerks außerhalb dieses Prüfungsberichts bedarf unserer vorherigen Zustimmung. Bei Veröffentlichungen oder Weitergabe des Jahresabschlusses und/oder des Lageberichts in einer von der bestätigten Fassung abweichenden Form bedarf es zuvor unserer erneuten Stellungnahme, sofern hierbei unser Bestätigungsvermerk zitiert oder auf unsere Prüfung hingewiesen wird; auf § 328 HGB wird verwiesen.

Gütersloh, am 16. Oktober 2013

W R G
Audit GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Lüke
Wirtschaftsprüfer

Robbers
Wirtschaftsprüfer

Anlagen

ANSICHTSEBEISPIEL

Ergebnisrechnung 2012 der Stadt Oelde

Nr.	Beschreibung	Ergebnis des Vorjahres 2011	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres 2012	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres 2012	Vergleich Ansatz/Ist (Sp. 3 ./ Sp. 2)
		EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4
1	Steuern und ähnliche Abgaben	34.659.066,11	37.708.000,00	37.755.767,28	47.767,28
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	7.042.765,84	5.564.789,00	6.160.970,27	596.181,27
3	Sonstige Transfererträge	172.811,20	147.200,00	227.069,40	79.869,40
4	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	11.564.893,63	11.621.102,00	11.939.256,33	318.154,33
5	Privatrechtliche Leistungsentgelte	546.361,48	690.900,00	412.732,11	(278.167,89)
6	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	3.075.075,56	3.020.250,00	3.096.142,80	75.892,80
7	Sonstige ordentliche Erträge	5.394.550,46	2.440.012,00	3.389.187,57	949.175,57
8	Aktivierete Eigenleistungen	1.196,31	-	141.554,52	141.554,52
9	Bestandsveränderungen	-	-	-	-
10	Ordentliche Erträge	62.456.720,59	61.192.253,00	63.122.680,28	1.930.427,28
					-
11	Personalaufwendungen	14.014.576,60	14.011.861,00	14.051.764,91	39.903,91
12	Versorgungsaufwendungen	1.355.450,04	1.281.000,00	1.693.417,04	412.417,04
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	12.173.059,95	13.963.000,00	12.288.766,47	(1.674.233,53)
14	Bilanzielle Abschreibungen	9.861.463,51	7.197.910,00	7.522.424,60	324.514,60
15	Transferaufwendungen	23.160.445,85	23.487.962,00	23.058.143,48	(429.818,52)
16	Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.807.917,70	3.570.383,54	2.376.928,47	(1.193.455,07)
17	Ordentliche Aufwendungen	62.372.913,65	63.512.116,54	60.991.444,97	(2.520.671,57)
					-
18	Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	83.806,94	(2.319.863,54)	2.131.235,31	4.451.098,85
					-
19	Finanzerträge	276.775,60	582.600,00	627.884,84	45.284,84
20	Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	1.696.144,68	2.159.630,00	1.606.355,62	(553.274,38)
21	Finanzergebnis	(1.419.369,08)	(1.577.030,00)	(978.470,78)	598.559,22
					-
22	Ordentliches Ergebnis	(1.335.562,14)	(3.896.893,54)	1.152.764,53	5.049.658,07
					-
23	Außerordentliche Erträge	-	-	-	-
24	Außerordentliche Aufwendungen	-	-	-	-
25	Außerordentliches Ergebnis	-	-	-	-
					-
26	Jahresergebnis	(1.335.562,14)	(3.896.893,54)	1.152.764,53	5.049.658,07
Nachrichtlich: Verrechnung von Erträge und Aufwendungen mit der allg. Rücklage					
27	Verrechnete Ertr. bei Vermögensgegenst.			151.997,57	
28	Verrechnete Ertr. bei Finanzanlagen				
29	Verrechnete Aufw. bei Vermögensgegenst.			1.553.023,52	
30	Verrechnete Aufw. bei Finanzanlagen			2.664.847,02	
31	Verrechnungssaldo	€ -	€ -	€ (4.065.872,97)	€ -

Finanzrechnung 2012 der Stadt Oelde

Nr.	Beschreibung	Ergebnis des Vorjahres 2011	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres 2012	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres 2012	Vergleich Ansatz/Ist (Sp. 3 ./ Sp. 2)
		EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4
1	Steuern und ähnliche Abgaben	34.722.166,67	37.708.000,00	37.547.271,88	(160.728,12)
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	5.089.303,63	3.980.064,00	4.462.124,01	482.060,01
3	Sonstige Transfereinzahlungen	15.728.208,12	147.200,00	16.058.701,39	15.911.501,39
4	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	9.934.494,32	9.914.380,00	9.904.035,91	(10.344,09)
5	Privatrechtliche Leistungsentgelte	516.743,42	690.900,00	617.268,88	(73.631,12)
6	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	2.776.518,09	3.020.250,00	2.515.143,57	(505.106,43)
7	Sonstige Einzahlungen	1.995.360,66	2.017.750,00	2.068.700,64	50.950,64
8	Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	249.526,44	582.600,00	628.107,97	45.507,97
9	Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	71.012.321,35	58.061.144,00	73.801.354,25	15.740.210,25
10	Personalauszahlungen	12.302.913,04	12.890.862,00	12.499.980,21	(390.881,79)
11	Versorgungsauszahlungen	1.163.896,91	1.281.000,00	1.513.298,10	232.298,10
12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	11.914.368,10	13.963.000,00	12.134.571,83	(1.828.428,17)
13	Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	1.678.066,55	2.159.630,00	1.574.730,85	(584.899,15)
14	Transferauszahlungen	39.868.905,22	23.487.962,00	38.655.951,36	15.167.989,36
15	Sonstige Auszahlungen	1.779.632,39	2.020.383,54	2.093.648,75	73.265,21
16	Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	68.707.782,21	55.802.837,54	68.472.181,10	12.669.343,56
17	Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	2.304.539,14	2.258.306,46	5.329.173,15	3.070.866,69
18	Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	2.625.928,54	3.254.000,00	3.062.119,57	(191.880,43)
19	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	1.611.978,93	1.270.000,00	1.016.499,36	(253.500,64)
20	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	-	-	-	-
21	Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	1.657.827,08	1.305.900,00	2.123.797,86	817.897,86
22	Sonstige Investitionseinzahlungen	93.704,90	-	4.338,56	4.338,56
23	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	5.989.439,45	5.829.900,00	6.206.755,35	376.855,35
24	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	1.173.850,78	3.000.500,00	906.694,03	(2.093.805,97)
25	Auszahlungen für Baumaßnahmen	2.317.375,99	7.354.400,00	3.329.210,35	(4.025.189,65)
26	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	927.795,43	2.082.900,00	1.108.476,15	(974.423,85)
27	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	2.100.000,00	1.200.000,00	1.831.015,29	631.015,29
28	Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	539.823,00	449.750,00	344.304,00	(105.446,00)
29	Sonstige Investitionsauszahlungen	-	-	38.325,18	38.325,18
30	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	7.058.845,20	14.087.550,00	7.558.025,00	(6.529.525,00)
31	Saldo aus Investitionstätigkeit	(1.069.405,75)	(8.257.650,00)	(1.351.269,65)	6.906.380,35
32	Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag	1.235.133,39	(5.999.343,54)	3.977.903,50	9.977.247,04
33	Aufnahme und Rückflüsse aus Darlehn	4.809.352,08	5.619.030,00	105.270,10	(5.513.759,90)
34	Aufnahme von Krediten zur Liquiditätssicherung	-	-	600.000,00	600.000,00
35	Tilgung und Gewährung von Darlehn	5.444.322,92	1.305.820,00	1.047.062,00	(258.758,00)
36	Tilgung von Krediten zur Liquiditätssicherung	-	-	600.000,00	600.000,00
37	Saldo aus Finanzierungstätigkeit	(634.970,84)	4.313.210,00	(941.791,90)	(5.255.001,90)
38	Änderung des Bestandes an eigenen Finanzmitteln	600.162,55	(1.686.133,54)	3.036.111,60	4.722.245,14
39	Anfangsbestand an Finanzmitteln (Stand: 01.01.12)	1.499.378,03	2.099.540,58	2.099.540,58	-
40	Bestand an fremden Finanzmitteln	-	-	-	-
41	Liquide Mittel	2.099.540,58	413.407,04	5.135.652,18	4.722.245,14

Bilanz der Stadt Oelde zum 31. Dezember 2012

Aktiva	31.12.2012 in EUR	31.12.2011 in EUR	Differenz
1. Anlagevermögen			
1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände	145.698,87	130.980,60	14.718,27
1.2 Sachanlagen			
1.2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	24.026.411,75	25.254.686,88	-1.228.275,13
1.2.1.1 davon Grünflächen (incl. Aufbauten)	19.039.377,78	18.571.612,95	467.764,83
1.2.1.2 davon Ackerland (incl. Aufbauten)	2.699.157,45	4.059.790,15	-1.360.632,70
1.2.1.3 davon Wald, Forsten (incl. Aufbauten)	418.899,92	394.810,03	24.089,89
1.2.1.4 davon Sonstige unbebaute Grundstücke (Incl. Aufbauten)	1.868.976,60	2.228.473,75	-359.497,15
1.2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	58.739.798,36	60.118.821,15	-1.379.022,79
1.2.2.1 davon Kinder- und Jugendeinrichtungen (Boden)	73.950,00	73.950,00	0,00
1.2.2.2 davon Kinder- und Jugendeinrichtungen (Gebäude)	851.622,25	867.999,60	-16.377,35
1.2.2.3 davon Schulen (Boden)	3.199.862,90	3.199.846,90	16,00
1.2.2.4 davon Schulen (Gebäude)	29.367.022,87	30.262.879,64	-895.856,77
1.2.2.5 davon Wohnbauten (Boden)	1.760.350,00	1.784.920,00	-24.570,00
1.2.2.6 davon Wohnbauten (Gebäude)	2.429.479,79	2.549.022,24	-119.542,45
1.2.2.7 davon Sonstige Dienst- und Geschäftsgebäude (Boden)	1.217.938,58	1.218.673,58	-735,00
1.2.2.8 davon Sonstige Dienst- und Geschäftsgebäude (Gebäude)	19.839.571,97	20.161.529,19	-321.957,22
1.2.3 Infrastrukturvermögen	114.002.282,15	115.634.110,67	-1.631.828,52
1.2.3.1 davon Grund und Boden des Infrastrukturvermögens	16.290.896,90	15.831.473,90	459.423,00
1.2.3.2 davon Brücken und Tunnel	1.264.940,05	1.309.046,63	-44.106,58
1.2.3.3 davon Gleisanlagen mit Streckenausrüstung und Sicherheitsanl.	0,00	0,00	0,00
1.2.3.4 davon Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen	55.894.312,54	55.675.681,48	218.631,06
1.2.3.5 davon Straßennetz mit Wegen, Plätzen und Verkehrslenkungsanl.	39.805.995,22	42.061.656,67	-2.255.661,45
1.2.3.6 davon Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens	746.137,44	756.251,99	-10.114,55
1.2.4 Bauten auf fremden Grund und Boden	3.699.528,52	3.845.622,06	-146.093,54
1.2.5 Kunstgegenstände	3,00	3,00	0,00
1.2.6 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	3.029.566,58	2.685.819,55	343.747,03
1.2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattungen	1.953.701,12	1.873.769,11	79.932,01
1.2.8 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	2.153.422,84	1.587.124,38	566.298,46
1.3 Finanzanlagen			
1.3.1 Anteile an verbundenden Unternehmen	9.770.900,00	9.320.900,00	450.000,00
1.3.2 Beteiligungen/Übrige Beteiligungen	59.432,59	59.432,59	0,00
1.3.3 Sondervermögen	2.365.624,98	3.649.456,71	-1.283.831,73
1.3.4 Wertpapiere des Anlagevermögens	272.756,73	272.756,73	0,00
1.3.5 Ausleihungen	1.224.371,15	1.325.325,69	-100.954,54
1.3.5.1 davon an verbundene Unternehmen	0,00	0,00	0,00
1.3.5.2 davon an Beteiligungen	172.961,25	202.161,25	-29.200,00
1.3.5.3 davon an Sondervermögen	0,00	0,00	0,00
1.3.5.4 davon Sonstige Ausleihungen	1.051.409,90	1.123.164,44	-71.754,54
Summe Anlagevermögen	221.443.498,64	225.758.809,12	-4.315.310,48
2. Umlaufvermögen			
2.1. Vorräte	2.563.359,54	3.669.686,86	-1.106.327,32
2.1.1 Roh- Hilfs- und Betriebsstoffe, Waren	2.563.359,54	3.669.686,86	-1.106.327,32
2.1.2 Geleistete Anzahlungen	0,00	0,00	0,00
2.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
2.2.1 Öffentlich-rechtliche Ford. und Ford. aus Transferleistungen	2.468.886,06	3.239.109,76	-770.223,70
2.2.1.1 davon aus Gebühren	930.187,55	700.055,09	230.132,46
2.2.1.2 davon aus Beiträgen	64.739,00	689.085,62	-624.346,62
2.2.1.3 davon aus Steuern	585.964,20	828.897,26	-242.933,06
2.2.1.4 davon aus Transferleistungen	306.117,64	679.110,95	-372.993,31
2.2.1.5 davon sonstige öffentl.-rechtliche Forderungen	581.877,67	341.960,84	239.916,83
2.2.2 Privatrechtliche Forderungen	2.040.260,20	1.887.039,51	153.220,69
2.2.2.1 davon gegenüber dem privaten Bereich	106.509,91	610.289,93	-503.780,02
2.2.2.2 davon gegenüber dem öffentlichen Bereich	2.444,90	60.700,80	-58.255,90
2.2.2.3 davon gegen verbundene Unternehmen	1.687.285,60	931.579,89	755.705,71
2.2.2.4 davon gegen Beteiligungen	165.057,54	157.701,09	7.356,45
2.2.2.5 davon gegen Sondervermögen	78.962,25	126.767,80	-47.805,55
2.2.2.6 davon aus Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00
2.2.3 Sonstige Vermögensgegenstände	347.587,38	157.431,44	190.155,94
2.3 Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,00	0,00	0,00
2.4 Liquide Mittel	5.135.652,18	2.099.540,58	3.036.111,60
Summe Umlaufvermögen	12.555.745,36	11.052.808,15	1.502.937,21
3. Aktive Rechnungsabgrenzung			
3.1 Aktive Rechnungsabgrenzung	825.331,58	602.879,68	222.451,90
Summe Rechnungsabgrenzung	825.331,58	602.879,68	222.451,90
Summe Aktiva	234.824.575,58	237.414.496,95	-2.589.921,37

Bilanz der Stadt Oelde zum 31. Dezember 2012

Passiva	31.12.2012 in EUR	31.12.2011 in EUR	Differenz
1. Eigenkapital			
1.1 Allgemeine Rücklage	72.730.367,27	78.189.751,01	-5.459.383,74
1.2 Deckungsrücklage	0,00	0,00	0,00
1.3 Ausgleichsrücklage	57.948,63	0,00	57.948,63
1.4 Jahresüberschuss/-fehlbetrag	1.152.764,53	-1.335.562,14	2.488.326,67
Summe Eigenkapital	73.941.080,43	76.854.188,87	-2.971.057,07
2. Sonderposten			
2.1 für Zuwendungen	48.562.284,34	48.388.617,85	173.666,49
2.2 für Beiträge	35.262.296,53	35.676.543,22	-414.246,69
2.3 für den Gebührenaussgleich	955.230,38	102.287,27	852.943,11
2.4 Sonstige Sonderposten	445,49	533,13	-87,64
Summe Sonderposten	84.780.256,74	84.167.981,47	612.275,27
3. Rückstellungen			
3.1 Pensionsrückstellungen	27.373.946,00	26.566.297,00	807.649,00
3.2.1 davon Pensionsrückstellungen	21.262.488,00	20.661.621,00	600.867,00
3.2.2 davon Beihilferückstellungen	6.111.458,00	5.904.676,00	206.782,00
3.2 Rückstellungen für Deponien und Altlasten	0,00	0,00	0,00
3.3 Instandhaltungsrückstellungen	593.659,90	1.024.835,14	-431.175,24
3.4 Sonstige Rückstellungen	1.361.078,96	1.679.238,80	-318.159,84
Summe Rückstellungen	29.328.684,86	29.270.370,94	58.313,92
4. Verbindlichkeiten			
4.1 Anleihen	0,00	0,00	0,00
4.2 Verbindlichkeiten aus Krediten und Investitionen	39.100.775,12	40.422.846,05	-1.322.070,93
4.2.1 davon von verbundenen Unternehmen	0,00	0,00	0,00
4.2.2 davon von Beteiligungen	0,00	275.008,93	-275.008,93
4.2.4 davon vom öffentlichen Bereich	15.581.914,20	15.581.888,40	25,80
4.2.5 davon vom privaten Kreditmarkt	23.518.860,92	24.565.948,72	-1.047.087,80
4.3 Verbindlichk. aus Krediten zur Liquiditätssicherung	0,00	0,00	0,00
4.4 Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleich kommen	92.037,62	99.633,77	-7.596,15
4.5 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.519.387,66	1.575.223,16	-55.835,50
4.6 Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	212.749,04	232.826,60	-20.077,56
4.7 Erhaltene Anzahlungen aus nicht verwendeten Sopo's	4.428.965,55	3.524.027,81	904.937,74
4.8 Sonstige Verbindlichkeiten	1.162.393,33	683.648,17	478.745,16
Summe Verbindlichkeiten	46.516.308,32	46.538.205,56	-21.897,24
5. Passive Rechnungsabgrenzung			
5.1 Passive Rechnungsabgrenzung	258.245,23	583.750,11	-325.504,88
Summe Rechnungsabgrenzung	258.245,23	583.750,11	-325.504,88
Summe Passiva	234.824.575,58	237.414.496,95	-2.589.921,37

ANSICHTSEXEMPLAR

Anhang

ANSICHTSEXEMPLAR

Anhang zum Jahresabschluss 2012 der Stadt Oelde

I. Vorbemerkungen

1. Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss der Stadt Oelde wurde nach § 37 der Verordnung über das Haushaltswesen der Gemeinden im Land Nordrhein-Westfalen (GemHVO NRW) unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung, der Vorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) sowie den Maßgaben der GemHVO NRW aufgestellt.

Die Stadt Oelde hat gemäß § 37 Abs. 1 Nr. 5 GemHVO NRW zum Jahresabschluss einen erläuternden Anhang zu erstellen. Es gelten dabei die allgemeinen Grundsätze zum Anhang des Jahresabschlusses gemäß § 44 Abs. 1 und 2 GemHVO NRW. Dem Anhang ist ein Anlagenspiegel, ein Forderungsspiegel und ein Verbindlichkeitspiegel gemäß §§ 45 bis 47 GemHVO NRW beigefügt.

Das Neue Kommunale Finanzmanagement (NKF) stellt ein auf die Verhältnisse und Anforderungen der Kommunen angepasstes System der kaufmännischen doppelten Buchführung dar. Bei dessen konzeptioneller Erarbeitung wurde auf die kaufmännischen Buchführungs- und Bilanzierungsregelungen als Referenzmodell Bezug genommen. In den Fällen, in denen sich die neuen kommunalrechtlichen Regelungen lückenhaft oder als nicht hinreichend konkretisiert erwiesen haben, fanden die einschlägigen handels- und steuerrechtlichen Bestimmungen entsprechende Anwendung.

2. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Stadt hat im Haushaltsjahr 2012 die allgemeinen Bewertungsanforderungen des § 32 GemHVO NRW erfüllt. Die Bilanz enthält sämtliche Vermögensgegenstände, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten. Die jeweiligen Bilanzansätze sind zum Bilanzstichtag vorsichtig und grundsätzlich einzeln ermittelt worden.

Die Vermögenszugänge des laufenden Jahres erfolgten zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten. Gegenstände, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, wurden unter Anwendung der kommunalrechtlichen Nutzungsdauern planmäßig linear abgeschrieben. Für den Aufwuchs in den Parkanlagen und für die Dienstkleidung der Feuerwehr wurden Festwerte gebildet. Bei geringwertigen Vermögensgegenständen bis 410,-- Euro ohne Umsatzsteuer ist von der Möglichkeit der Sofortabschreibung im Jahr des Zugangs Gebrauch gemacht worden (vgl. § 33 Abs. 4 GemHVO NRW).

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind mit Nennbeträgen bilanziert worden. Den Ausfallrisiken wurde durch Pauschal- und Einzelwertberichtigungen Rechnung getragen. Erforderliche Abschreibungen wurden bei Notwendigkeit vorgenommen.

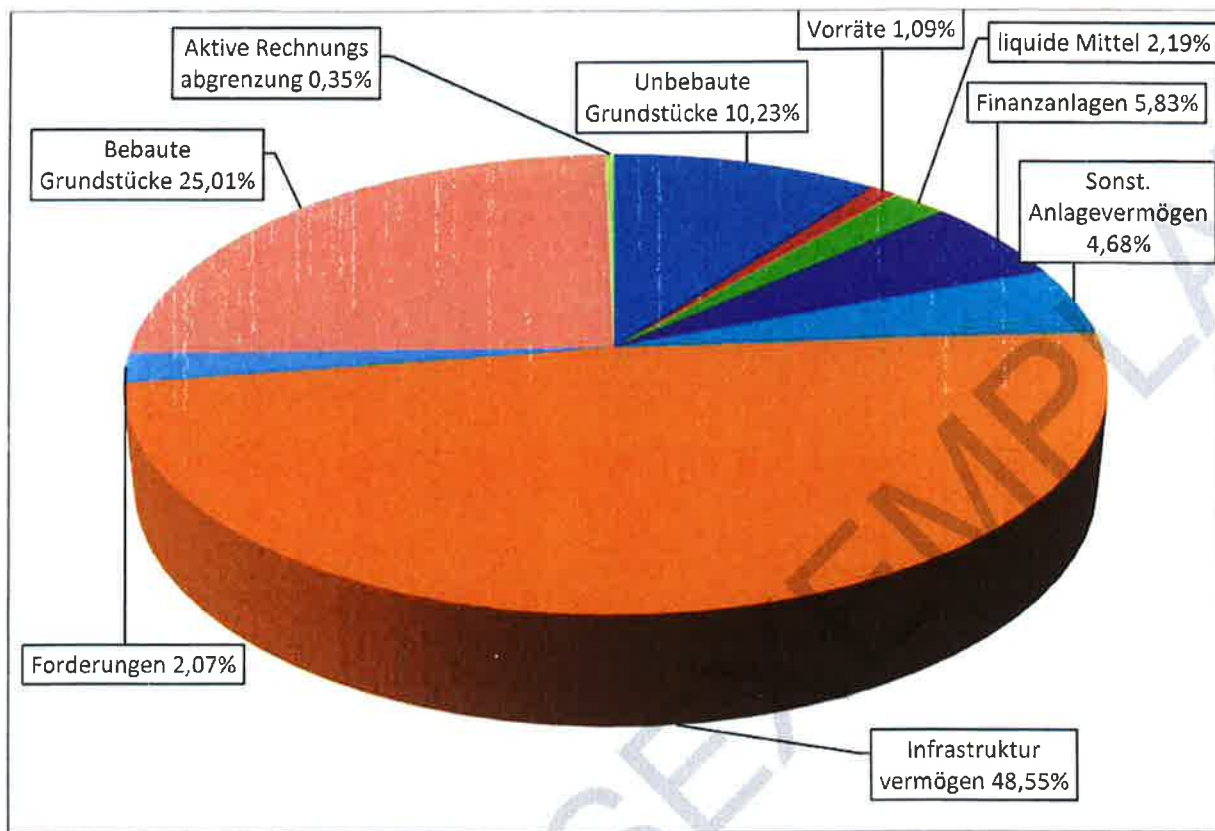
Die Bewertung der Finanzanlagen erfolgte zu den fortgeführten Anschaffungskosten bzw. mit dem Erinnerungswert.

Zugänge zu den Sonderposten sind mit den Nennbeträgen passiviert.

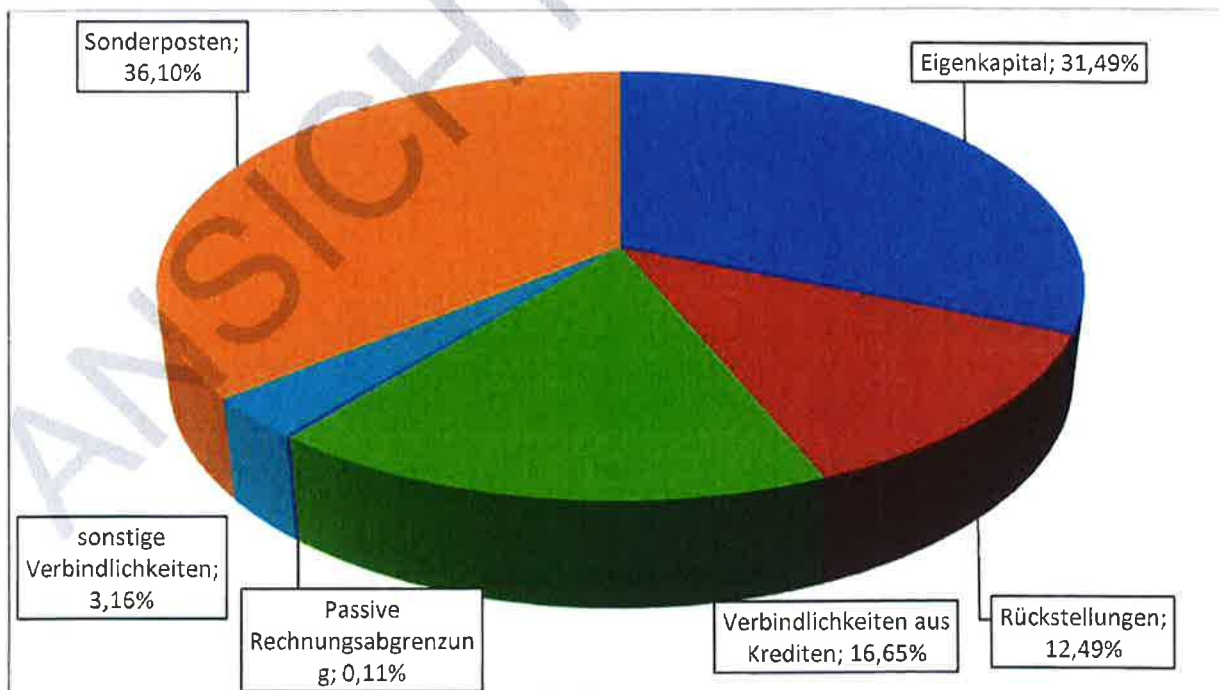
Durch die Bildung von Rückstellungen gem. § 36 GemHVO NRW wurde den am Bilanzstichtag bestehenden und bis zur Bilanzaufstellung erkennbaren Risiken ausreichend Rechnung getragen. Die Rückstellungen wurden im Rahmen einer vorsichtigen Bewertung in Höhe der voraussichtlichen Inanspruchnahme angesetzt.

Der Ansatz der Verbindlichkeiten erfolgte mit dem jeweiligen Rückzahlungsbetrag.

Bilanzstruktur - Aktiva -



Bilanzstruktur - Passiva -



II. Aktiva

1. Anlagevermögen

Im Anlagevermögen sind nur Vermögensgegenstände auszuweisen, die bestimmt sind, der Gemeinde dauernd zu dienen. Das Anlagevermögen umfasst immaterielle Vermögensgegenstände, Sachanlagen und Finanzanlagen. Die Entwicklung des Anlagevermögens ist in der Anlage zu diesem Anhang dargestellt.

Ausweisung in der Bilanz: 221.443.498,64 EUR

1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände

Unter den immateriellen Vermögensgegenständen sind physisch nicht greifbare Werte auszuweisen. Hierzu gehören die EDV-Software und die entsprechenden Lizenzen und Konzessionen.

Eine Aktivierung immaterieller Vermögensgegenstände wurde gem. § 43 Abs. 1 GemHVO NRW nur vorgenommen, wenn diese entgeltlich von Dritten erworben wurden. Für selbst erstellte immaterielle Vermögensgegenstände besteht ein Aktivierungsverbot.

Ausweisung in der Bilanz: 145.698,87 EUR

Bewegungen im Berichtsjahr		Erläuterung
Zugänge	67.929,16 EUR	Erwerb
Abgänge	53.210,89 EUR	Abschreibungen

1.2 Sachanlagen

Das Sachanlagevermögen umfasst alle Vermögensgegenstände, die gem. § 33 Abs. 1 Satz 2 GemHVO NRW dazu bestimmt sind, dauernd der Aufgabenerfüllung zu dienen. Die Investitionen in Sachanlagen betrafen im Wesentlichen den Bereich der Schulen und das Infrastrukturvermögen.

Ausweisung in der Bilanz: 207.604.714,32 EUR

Das Sachanlagevermögen macht 88,4 % der Bilanzsumme aus.
Im Berichtsjahr verminderten sich die Vermögenswerte um 3.395.242 EUR.

1.2.1 unbebaute Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte

Durch Ankauf und Verkauf von unbebauten Grundstücken (Wohnbau- und Gewerbegrundstücke) ergibt sich eine Reduzierung des Anlagevermögens von 1.228.275,13 EUR.

1.2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte

Hierunter fallen Grund und Boden, Gebäude sowie Aufbauten und Betriebsvorrichtungen.

Bewegungen im Berichtsjahr		Erläuterung	
Zugänge	438.389,70 EUR	Schulen	163.925,69 EUR
		Betriebsgebäude	274.001,15 EUR
Abgänge	1.817.412,49 EUR	<u>Abschreibungen</u>	
		Kitas	16.377,38 EUR
		Schulen	1.059.766,46 EUR
		Wohnbauten	144.575,31 EUR
		Betriebsgebäude	596.693,37 EUR

1.2.3 Infrastrukturvermögen

Zum Infrastrukturvermögen gehören die Entwässerungseinrichtungen, Straßen, Wege und Plätze sowie Maschinen, Fahrzeuge und Betriebsausstattungen.

Bewegungen im Berichtsjahr		Erläuterung	
Zugänge	3.903.248,73 EUR	Grund u. Boden	644.426,94 EUR
		Entwässerungseinrichtung	2.571.794,75 EUR
		Straßen, Wege, Plätze	667.432,42 EUR
		Sonstige Bauten	19.594,62 EUR
Abgänge	5.535.077,25 EUR	Grund u. Boden	185.003,94 EUR
		Entwässerungseinrichtung	729.036,03 EUR
		Straßen, Wege, Plätze	44.075,36 EUR
		<u>Abschreibungen</u>	
		Brücken	44.106,58 EUR
		Entwässerungseinrichtung	1.624.127,66 EUR
		Straßen, Wege, Plätze	2.111.374,84 EUR
Sonstige Bauten	29.709,17 EUR		

1.3 Finanzanlagen

Ausweisung in der Bilanz: 13.693.085,45 EUR

Bewegungen im Berichtsjahr		Erläuterung	
Zugänge	500.000,00 EUR	Kapitalverstärkung WBO	500.000,00 EUR
Abgänge	1.434.779,39 EUR	Jahresabschluss WBO	50.000,00 EUR
		Wertanpassung EB Forum	1.283.831,73 EUR
		Tilgung Gesellschafterdarlehen Aurea	29.200,00 EUR
		Tilgung Wohnungsbau-darlehen	71.754,54 EUR

Unter den Finanzanlagen werden die Werte angesetzt, die auf Dauer finanziellen Anlagezwecken oder Unternehmensbedingungen dienen. Daher werden hier u.a. wirtschaftliche Unternehmen der Stadt Oelde (incl. Sondervermögen) sowie die damit zusammenhängende Ausleihungen und die Wertpapiere des Anlagevermögens angesetzt.

- a) Anteile an verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen.
Ausgewiesen wird die 100 %ige Beteiligung der Stadt an der Wirtschafts- und Bäderbetrieb Oelde GmbH. Als Sondervermögen wird die Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Forum Oelde ausgewiesen.
- b) Wertpapiere des Anlagevermögens
Ausgewiesen werden Anteile der Stadt Oelde am Versorgungsfonds der Versorgungskasse für Gemeinden und Gemeindeverbände mit Stand 31. Dezember 2012.
- c) Ausleihungen
- ca) Ausleihungen an Beteiligungen
Hierbei handelt es sich um ein Gesellschafterdarlehen an die AUREA GmbH.
- cb) Sonstige Ausleihungen
Bei den Ausleihungen handelt es sich um langfristige Forderungen der Stadt, die durch Vergabe von Darlehen erworben wurden. Hierbei handelt es sich um folgende Darlehen, die sich durch ordentliche, wie auch durch außerordentliche Tilgungen im Laufe des Jahres reduzieren:

Familienzusatzdarlehen als Wohnungsbaudarlehen		
	Anzahl	Betrag
2011	88	150.982,70 EUR
2012	69	94.748,02 EUR

Darlehen für den sozialen Wohnungsbau		
	Anzahl	Betrag
2011	10	947.970,60 EUR
2012	10	936.555,44 EUR

Arbeitgeberdarlehen		
	Anzahl	Betrag
2011	10	30.838,92 EUR
2012	8	16.417,09 EUR

Wohnungsbaudarlehen		
	Anzahl	Betrag
2011	1	3.554,07 EUR
2012	1	3.464,35 EUR

Investitionsdarlehen für den Ausbau einer Tageseinrichtung		
	Anzahl	Betrag
2011	1	3.835,00 EUR
2012	0	0,00 EUR

2. Umlaufvermögen

Zum Umlaufvermögen gehören Vorräte, Forderungen und liquide Finanzmittel der Stadt Oelde zum Bilanzstichtag.

Ausweisung in der Bilanz: 12.555.745,36 EUR

2.1 Vorräte/Waren

Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe:

Grundsätzlich wird bei der Stadt Oelde keine Lagerhaltung betrieben.

Dieser Bilanzposten umfasst alle Vermögensgegenstände, die dem Geschäftsbetrieb nicht dauerhaft dienen sollen. Dabei handelt es sich um Lagerbestände, die dem Dienstbetrieb der Stadt Oelde dienen.

Waren:

Durch die Vorschriften wird definiert, dass in der gemeindlichen Bilanz nur die Gegenstände als Anlagevermögen auszuweisen sind, die dazu bestimmt sind, dauernd der Aufgabenerfüllung der Stadt zu dienen. Dazu gehören alle Vermögensgegenstände der Stadt, deren Zweckbestimmung darin besteht, dem Geschäftsbetrieb der Stadt dauernd zu dienen und die nicht zur Veräußerung vorgesehen sind. Dies bedeutet,

dass Vermögensgegenstände nur dann dem Anlagevermögen zuzurechnen sind, wenn sie der Stadt über mehrere Jahre „dienen“, mindestens aber über ein Jahr hinaus zum Vermögen der Stadt zu zählen sind.

Um diesem Umstand Rechnung zu tragen, wurden die aktuell zur Veräußerung stehenden Immobilien und die zum Verkauf anstehenden Grundstücke unter den Waren in den Vorräten ausgewiesen.

Ausweisung in der Bilanz:..... 2.563.359,54 EUR

Bewegungen im Berichtsjahr		Erläuterung
Zugänge	153.887,19 EUR	Gründerwerb
Abgänge	1.260.214,51 EUR	Grundstücksveräußerungen

2.2 Forderungen

Die Forderungen betreffen im Wesentlichen Steuern und Gebühren. Das Ausfallrisiko sowie die Unsicherheiten sind durch angemessene Wertberichtigungen berücksichtigt.

Ausweisung in der Bilanz:..... 4.856.733,64EUR

Hiervon sind öffentlich-rechtliche Forderungen
wie z.B. ausstehende Steuern, Gebühren und Beiträge..... 2.468.886,06 EUR

und privatrechtliche Forderungen wie z.B. Mieten,
Kauferlöse, offene Personalkostenerstattungen
der WBO GmbH 2.040.260,20 EUR

Erstattungsansprüche gem. § 107 BeamtVG,
Steuerforderungen und offene Vorschuss- und
Verwahrkonten 347.587,38 EUR

Die öffentlich-rechtlichen Forderungen wurden im Berichtsjahr um 770.223,70 EUR reduziert. Demgegenüber erhöhten sich die privatrechtlichen Forderungen um insgesamt rd. 153 TEUR.

Eine Gesamtübersicht der Forderungen kann dem Forderungsspiegel entnommen werden, der als Anlage dem Anhang beigefügt ist.

2.3 Liquide Mittel

Zu den liquiden Mittel gehören das Guthaben auf den Girokonten, Bargeld, Schecks.

Ausweisung in der Bilanz:..... 5.135.652,18 EUR

Bedingt u.a. durch höhere Steuererträge und Einsparungen bei den Aufwendungen konnte aus der laufenden Verwaltungstätigkeit ein positiver Saldo von rd. 5,33 Mio EUR erzielt werden.

Bei den Investitionen ergibt sich ein negativer Saldo von rd. 1,35 Mio EUR und aus der Finanzierungstätigkeit ein Saldo von rd. 941 TEUR.

Zur Finanzierung der Investitionen und der Tilgungen wurden die aus der laufenden Verwaltungstätigkeit erzielten Finanzüberschüsse eingesetzt. Daher konnte im Berichtsjahr auf eine Kreditaufnahme verzichtet werden.

Gleichwohl verbesserte sich die Liquidität der Stadtkasse zum Bilanzstichtag um 3.036.111,60 EUR

Kassenkredite bestehen zum 31.12.2012, nachdem sie unterjährig kurzfristig in Anspruch genommen werden mussten, nicht.

3. Aktive Rechnungsabgrenzung

Rechnungsabgrenzungsposten auf der Aktivseite sind Auszahlungen vor dem Abschlussstichtag, soweit sie Aufwand für eine bestimmte Zeit nach diesem Stichtag darstellen.

Ausweisung in der Bilanz:..... 825.331,58 EUR

Unter dieser Position sind u.a. die bereits im Dezember für Januar zu überweisenden Gehälter für die Beamten bilanziert.

II. Passiva

1. Eigenkapital

Das Eigenkapital besteht gemäß § 41 Abs. 4 GemHVO NRW aus der allgemeinen Rücklage, der Sonderrücklage, der Ausgleichsrücklage und dem Jahresüberschuss / -fehlbetrag. Es stellt eine rechnerische Größe dar, welche aus dem Saldo von „Vermögen und Schulden“ resultieren.

1.1 Allgemeine Rücklage

Das Jahresrechnungsergebnis weist 2012 einen Jahresüberschuss in Höhe von 1.152.764,53 EUR aus. Insoweit war die geplante Inanspruchnahme der Allgemeinen Rücklage Haushaltsjahr 2012 nicht notwendig.

Gem. NKF-Weiterentwicklungsgesetz besteht die Möglichkeit, die Zuführungen zur Allgemeinen Rücklage aus den Jahresüberschüssen der Vorjahre auf die Ausgleichsrücklage umzubuchen. Das Jahresergebnis 2008 schloss mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 57.948,63 EUR ab. Dieser Betrag ist der Ausgleichsrücklage zuzuführen und verringert die Allgemeine Rücklage.

Des Weiteren sind die Abschreibungen auf Finanzanlagen in Höhe von 2.664.847,02 EUR (nach vorheriger Absprache mit der Kommunalaufsicht) sowie auf Sachanlagevermögen, insbesondere unbebaute Grundstücke, in Höhe von 1.553.023,52 EUR. die gem. NKF-Weiterentwicklungsgesetz nicht ergebniswirksam sind, direkt gegen die Allgemeine Rücklage zu buchen. Ebenso sind entsprechend außerordentliche Erträge aus der Veräußerung von Sachanlagevermögen in Höhe von 151.997,57 EUR der Allgemeinen Rücklage zu buchen. Zum 31.12.2012 beträgt die Allgemeine Rücklage somit 72.730.307,27 EUR.

1.2 Ausgleichsrücklage

Wie vorab dargestellt ist der Jahresüberschuss 2012 und der Jahresüberschuss aus 2008 in der Ausgleichsrücklage zu buchen.

Der Bestand der Ausgleichsrücklage zum 01.01.2013 beträgt somit 1.210.713,16 EUR. Dieser Betrag steht zum Ausgleich des Ergebnisses 2013, welches eine Rücklagenentnahme in Höhe von 4.535.901,00 EUR aus der Allgemeinen Rücklage vorsah, zur Verfügung. Der Betrag, der der Allgemeinen Rücklage entnommen wird, beträgt somit "nur noch" 3.325.187,84 EUR und liegt somit unterhalb der sogenannten 5%-Schwelle. Die Haushaltssicherung wird erforderlich, wenn die zum Ausgleich des Haushaltes benötigte Verringerung der Allgemeinen Rücklage in zwei aufeinanderfolgenden Jahren über der 5%-Schwelle liegt.

1.3 Sonderrücklagen

Die Stadt Oelde führt keine Sonderrücklagen in ihrem Eigenkapital.

1.4 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag

Die Bilanz weist den Jahresüberschuss des Haushaltsjahres 2012 in Höhe von 1.152.764,53 EUR aus.

2. Sonderposten

Nach § 43 Abs. 5 GemHVO NRW wurden erhaltene Zuwendungen für Investitionen, die im Rahmen einer Zweckbindung gezahlt wurden, passivisch als Sonderposten ausgewiesen und über die Nutzungsdauer der durch sie mitfinanzierten Vermögensgegenstände ergebniswirksam aufgelöst.

Ausweisung in der Bilanz: 84.780.256,74 EUR
Im Berichtsjahr 2012 wurden den Sonderposten 612.275,27 EUR zugeschrieben.

Sonderposten für Zuwendungen	48.562.284,34 EUR
Zugang	2.275.346,73 EUR
Ertragswirksam wurden hiervon aufgelöst	2.101.680,24 EUR

Sonderposten für Beiträge	35.262.296,53 EUR
Zugang	2.023.731,27 EUR
Ertragswirksam wurden hiervon aufgelöst	2.437.977,96 EUR

Sonderposten für Gebührenausgleiche	955.230,38 EUR
Zugang	852.943,11 EUR

3. Rückstellungen

Als Rückstellungen sind die Aufwendungen zu erfassen, die wirtschaftlich dem Haushaltsjahr zugerechnet werden müssen, wobei jedoch die genaue Höhe und der Zeitpunkt der Fälligkeit zum Bilanzstichtag nicht bekannt sind.

Rückstellungen beruhen zum einen auf Verpflichtungen der Stadt gegenüber Dritten, und zum anderen auf Verpflichtungen der Stadt im Innenverhältnis.

Eine genaue Übersicht der einzelnen Rückstellungen sowie deren Entwicklung im Berichtsjahr sind im beigefügten Rückstellungsspiegel dargestellt.

3.1 Pensions- und Beihilferückstellungen

Nach § 36 GemHVO NRW sind Pensionsverpflichtungen nach den beamtenrechtlichen Vorschriften als Rückstellung anzusetzen. Zu diesen Rückstellungen gehören bestehende Versorgungsansprüche sowie sämtliche Anwartschaften und andere fortgeltende Ansprüche nach dem Ausscheiden aus dem Dienst. Der hier bilanzierte Betrag ist durch ein versicherungsmathematisches Gutachten der Fa. Heubeck AG von der Westf.-Lippischen Versorgungskasse ermittelt worden.

Die Pensions- und Beihilferückstellungen betragen insgesamt 27.373.946,00 EUR. In 2012 war eine Zuführung in Höhe von 807.649,00 EUR erforderlich. Eine Übersicht über die Aufteilung der Summe, und den Zu- und Abgängen im Jahr 2012 kann dem Rückstellungsspiegel entnommen werden, der als Anlage beigefügt ist.

3.2 Instandhaltungsrückstellungen

Für unterlassene Instandhaltung von Sachanlagen sind Rückstellungen anzusetzen, wenn die Nachholung der Instandhaltung hinreichend konkret beabsichtigt ist und als bisher unterlassen bewertet werden muss.

Die Entwicklung der Instandhaltungsrückstellungen wird nachfolgend dargestellt.

Planungsstelle	Objekt	Bezeichnung	Stand 01.01.2012	verbraucht/ aufgelöst	Stand 31.12.2012
01.10.01.5212001	Gebäudemanagement	Erneuerung Stromverteilung im Altbau d. Rathauses	35.000,00 €	35.000,00 €	0,00 €
03.02.02.5212001	Edith-Stein-Schule	Erneuerung Duschanlagen TH, Beseitigung Rotteranlage	20.000,00 €	0,00 €	20.000,00 €
03.03.02.5212001	Theodor-Heuss-Schule	Fortführung Sanierung Fenster und Fassade	94.401,92 €	0,00 €	94.401,92 €
03.03.04.5212001	Thomas-Morus-Gymnasium	Fortführung der Sanierung	270.175,24 €	270.175,24 €	0,00 €
03.03.04.5212001	Thomas-Morus-Gymnasium	Bestuhlung Aula	230.000,00 €	0,00 €	230.000,00 €
03.03.05.5212001	Pestalozzi-schule	Dachsanierung	25.000,00 €	0,00 €	25.000,00 €
04.01.02.5212001	Stadtbücherei	Sanierung der Sanitären Anlagen	40.000,00 €	15.000,00 €	25.000,00 €
08.01.01.5212001	Olympiahalle	Sanierung Hallenboden, Überarbeitung Kanalsystem	39.257,98 €	0,00 €	39.257,98 €
03.02.01.5211001	Von-Ketteler-Schule	Die Schulhoffläche ist abgängig. Tiefe Rillen sorgen bei Regenwetter für große Pfützenbildung. Kosten: 2000 m ² à 80 EUR.	160.000,00 €	0,00 €	160.000,00 €
03.02.04.5212001	Vitusschule	Lfd. Unterhaltung Sanierung der Fassade	81.000,00 €	81.000,00 €	0,00 €
08.01.01.5211001	Jahnstadion	Eigenanteil an der Instandsetzung der Tartanbahn	30.000,00 €	30.000,00 €	0,00 €
			1.024.835,14 €	431.175,24 €	593.659,90 €

3.3 Sonstige Rückstellungen

Gebildet wurden Rückstellungen unter anderem für bis zum Abschlussstichtag noch nicht genommenen Urlaub der Beschäftigten, Gleitzeitguthaben und Überstunden, für Prüfungsgebühren sowie für Verpflichtungen aus Altersteilzeitregelungen.

4. Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten betragen insgesamt rd. 46,5 Mio. EUR bzw. rd. 19,7 % der Bilanzsumme. Der Anteil der Verbindlichkeiten für Investitionen beträgt rd. 39,1 Mio EUR und besteht gegenüber privaten Kreditinstituten wie auch gegenüber dem öffentlichen Bereich.

Der Trend der vergangenen Jahre, kontinuierlich Schuldenabbau zu betreiben, wurde auch im Jahr 2012 konsequent weitergeführt. Im Berichtsjahr wurden keine neuen Kredite aufgenommen. Die Verschuldung konnte durch ordentliche Tilgungen um rd. 1,05 Mio EUR reduziert werden. Verbindlichkeiten zur Liquiditätssicherung (Kassenkredite) wurden im Laufe des Berichtsjahres nur tageweise in geringer Höhe aufgenommen.

Zum Bilanzstichtag bestanden keine Kassenkredite.

Eine Gesamtübersicht der Verbindlichkeiten kann dem Verbindlichkeitspiegel entnommen werden, der als Anlage dem Anhang beigelegt ist.

5. Passive Rechnungsabgrenzung

Werden Einnahmen vor dem Stichtag erzielt, welche Ertrag für eine Zeit nach diesem darstellen, muss ein passiver Rechnungsabgrenzungsposten (PRAP) gebildet werden. Die Höhe der passiven Rechnungsabgrenzung beträgt am 31.12.2012 insgesamt 258.245,53 EUR.

Passive Rechnungsabgrenzungsposten müssen beispielsweise gebildet werden, wenn Entgelte von Dritten im Voraus bezahlt werden. Dieser Posten dient der periodengerechten Abgrenzung der Erträge.

Ausgewiesen werden u.a. die erhaltenen Grabstättennutzungsgebühren für den Friedhof Lette.

6. Haftungsverhältnisse

Haftungsverhältnisse bestehen in Form von Bürgschaften, die die Stadt für die Darlehen verschiedenster Institutionen und sozialer Einrichtungen übernommen hat. Die Haftungsverhältnisse sind nicht zu bilanzieren, da die Inanspruchnahme der Stadt durch den Gläubiger nicht zu erwarten ist. Der Gesamtbetrag der Bürgschaften ist unter dem Verbindlichkeitspiegel angegeben.

Aufgestellt:
Oelde, den 15.07.2013

Bestätigt:
Oelde, den 15.07.2013

gez.:
Jakob Schmid
Kämmerer

gez.:
Karl-Friedrich Knop
Bürgermeister

Forderungsspiegel

Art der Forderungen	Gesamtbetrag des Haushalts- jahres	mit einer Restlaufzeit von			Gesamt- betrag des Vorjahres
		bis zu 1 Jahr	1 bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre	
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
	1	2	3	4	5
1. Öffentlich-rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen	2.468.886,06	2.468.886,06	0,00	0,00	3.239.109,76
1.1 Gebühren	930.187,55	930.187,55	0,00	0,00	700.055,09
1.2 Beiträge	64.739,00	64.739,00	0,00	0,00	689.085,62
1.3 Steuern	585.964,20	585.964,20	0,00	0,00	828.897,26
1.4 Forderungen aus Transferleistungen	306.117,64	306.117,64	0,00	0,00	679.110,95
1.5 Sonstige öffentlich-rechtliche Forderungen	581.877,67	581.877,67	0,00	0,00	341.960,84
2. Privatrechtliche Forderungen	2.040.260,20	2.040.260,20	0,00	0,00	1.887.039,51
2.1 gegenüber dem privaten Bereich	106.509,91	106.509,91	0,00	0,00	610.289,93
2.2 gegenüber dem öffentlichen Bereich	2.444,90	2.444,90	0,00	0,00	60.700,80
2.3 gegen verbundene Unternehmen	1.687.285,60	1.687.285,60	0,00	0,00	931.579,89
2.4 gegen Beteiligungen	165.057,54	165.057,54	0,00	0,00	157.701,09
2.5 gegen Sondervermögen	78.962,25	78.962,25	0,00	0,00	126.767,80
3. Sonstige Vermögensgegenstände	347.587,38	347.587,38	0,00	0,00	157.431,44
5. Summe aller Forderungen	4.856.733,64	4.856.733,64	0,00	0,00	5.283.580,71

Verbindlichkeitspiegel

Art der Verbindlichkeiten	Gesamtbetrag des Haushalts- jahres	mit einer Restlaufzeit von			Gesamt- betrag des Vorjahres
		bis zu 1 Jahr	1 bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre	
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
	1	2	3	4	5
1. Anleihen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	39.100.775,12	1.066.784,37	10.151.197,09	27.882.793,66	40.422.846,05
2.1 von verbundenen Unternehmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.2 von Beteiligungen	0,00	0,00	0,00	0,00	275.008,93
2.3 von Sondervermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.4 vom öffentlichen Bereich	15.581.914,20	425.744,96	4.048.067,75	11.108.101,49	15.581.888,40
2.4.1 vom Bund	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.4.2 vom Land	12.134,18	1.368,85	7.719,81	3.045,52	14.062,96
2.4.3 von Gemeinden (GV)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.4.4 von Zweckverbänden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.4.5 vom sonstigen öffentlichen Bereich	15.569.780,02	424.376,11	4.040.347,94	11.105.055,97	15.567.825,44
2.4.6 von sonstigen öffentlichen Sonderrechnungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.5 vom privaten Kreditmarkt	23.518.860,92	641.039,41	6.103.129,34	16.774.692,17	24.565.948,72
2.5.1 von Banken und Kreditinstituten	23.518.860,92	641.039,41	6.103.129,34	16.774.692,17	24.565.948,72
2.5.2 von übrigen Kreditgebern	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3. Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3.1 vom öffentlichen Bereich	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3.2 vom privaten Kreditmarkt	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4. Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	92.037,62	92.037,62	0,00	0,00	99.633,77
5. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.519.387,66	1.519.387,66	0,00	0,00	1.575.223,16
6. Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	212.749,04	212.749,04	0,00	0,00	232.826,60
7. Erhalten Anzahlungen aus nicht verw. Sopo's	4.428.965,55	4.428.965,55	0,00	0,00	3.524.027,81
8. Sonstige Verbindlichkeiten	1.162.393,33	1.162.393,33	0,00	0,00	683.648,17
9. Summe aller Verbindlichkeiten	46.516.308,32	8.482.317,57	10.151.197,09	27.882.793,66	46.538.205,56
Nachrichtlich anzugeben: Haftungsverhältnisse aus der Bestellung von Sicherheiten (Bürgschaften*)	16.630.022,80				16.830.210,30

* zur Absicherung von Investitionskrediten der WBO Wirtschafts- und Bäderbetrieb Oelde GmbH und AUREA GmbH.

Rückstellungsspiegel

Bilanzposition	Rückstellungsgrund	Gesamtbetrag	Veränderung im Haushaltsjahr			Gesamtbetrag
		01.01.2012	Verbrauch ¹	Auflösung	Zuführung / Neubildung	31.12.2012
		in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR
Pensions rückstellungen	Pensionsrückstellungen für Beschäftigte	10.279.195,00	601.221,00	0,00	978.789,00	10.656.763,00
	Beihilferückstellungen für Beschäftigte	3.205.984,00	145.516,00	0,00	287.431,00	3.347.899,00
	Pensionsrückstellungen für Versorgungsempfänger	10.382.426,00	0,00	0,00	223.299,00	10.605.725,00
	Beihilferückstellungen für Versorgungsempfänger	2.698.692,00	0,00	0,00	64.867,00	2.763.559,00
Instandhaltungs rückstellungen	Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung	1.024.835,14	431.175,24	0,00	0,00	593.659,90
Sonstige Rückstellungen	Rückstellungen für nicht genommenen Urlaub	459.000,95	15.323,21	0,00	0,00	443.677,74
	Rückstellungen für geleistete Überstunden	141.371,08	0,00	0,00	23.263,18	164.634,26
	Rückstellungen für die Inanspruchnahme von Altersteilzeit	271.200,00	105.000,00	0,00	0,00	166.200,00
	Rückstellungen für Sonderzahlungen an Beamte	0,00	0,00	0,00	280.000,00	280.000,00
	Rückstellungen Jubiläumswendung	63.507,17	0,00	0,00	1.297,15	64.804,32
	Prüfungsgebühren GPA	139.999,60	46.726,96	0,00	46.500,00	139.772,64
	Prozesskostenrückstellun gen	16.940,00	2.540,00		17.590,00	31.990,00
	Rückstellungen für die Aufbewahrung von Geschäftsunterlagen	70.000,00	0,00	0,00	0,00	70.000,00
	Rückstellungen für Drohverluste	517.220,00	517.220,00	0,00	0,00	0,00
	Summe der Rückstellungen	29.270.370,94	1.864.722,41	0,00	1.923.036,33	29.328.684,86

¹ In der Ergebnisrechnung erfolgswirksam erfasst.

Ermächtigungsübertragung 2012 nach 2013

Ergebnisplan:

01.09.01.5439001	Sonstige Geschäftsaufwendungen	12.361,17 €	Beratungsvereinbarung mit mps und Beratung für Gesamtabschluss 2010
01.09.02.5293001	Beratungsleistungen	20.000,00 €	Beratung Konzessionsvertrag
02.02.01.5253001	Aufwendungen für die Unterhaltung der Betriebs- und Geschäftsausstattung	13.594,03 €	ausstehende Rechnungen für Beschaffungen Feuerwehr
02.02.01.5429001	Sonstige Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	4.724,30 €	Abwicklung Brandschutzbedarfsplanung in 2012
09.01.06.5318010	Aufwendungen für Zuw. und Zusch. an übrige Bereiche	2.844,10 €	Zuwendungsbescheid Denkmalförderung
12.01.01.5293001	Beratungsleistungen	5.000,00 €	Verkehrsplanung Stadtgebiet noch nicht abgewickelt.
Summe		63.523,60 €	

Finanzplan:

Im Finanzplan wurden für Investitionen nachfolgende Haushaltsermächtigungen übertragen:

Haushaltsposition		Übertragung nach 2013 in EUR	Grund / Zweck
Sachkonto	Bezeichnung		
01.09.02/1986.7843002	Kapitalverstärkung Eigenbetrieb Forum	1.172.000,00 €	Mittelübertrag im Zusammenhang mit der Genehmigung Haushalt 2013
01.10.01/2023.7851001	Auszahlungen für Hochbaumaßnahmen; Bau einer Salzlagerhalle	23.955,00 €	Abrechnung der Baumaßnahme in 2013
01.10.02/6500.7822001	Auszahlungen für den Erwerb von Wohnbaugrundstücken	800.000,00 €	Die Vertragsverhandlungen zum Grundstückskauf der Erich-Kästner-Schule konnten in 2012 nicht abgeschlossen werden.
02.02.01/0003.7831001	Erw.v.bew. Sachen d. Anlageverm.>der Wertgr.i.H.v.410 Euro	11.900,00 €	Digitale Alarmierungs- und Funktechnik; Schlußrechnung erst in 2013
03.03.04/0063.7831001	Erw.v.bew. Sachen d. Anlageverm.>der Wertgr.i.H.v.410 Euro	10.000,00 €	Beschaffungen Realschule nach Klassensanierungen können erst 2013 realisiert werden.
06.03.01/1986.7814001	Allgem. Investitionszuw. an sonstige öffentl. Bereiche	20.737,00 €	Weiterleitung der Mittel für U3-Ausbau in 2013
08.01.01/7014.7852001	Auszahlungen für Tiefbaumaßnahmen	29.970,00 €	Grundlagenplanung Sportstätten in den Orsteilen in 2013 abzurechnen.
11.01.02/0060.7853001	Auszahlungen für sonstige Baumaßnahmen	18.500,00 €	Schlußrechnung der neuen Heizungsanlage am Klärwerk in 2013
11.01.02/0062.7853001	Auszahlungen für sonstige Baumaßnahmen	12.000,00 €	Erneuerung Niederspannungshauptverteilung Klärwerk konnte in 2012 nicht abgeschlossen werden.
11.01.02/4005.7852001	Auszahlungen für Tiefbaumaßnahmen	9.897,80 €	Kanalisation Habichthöhe; Abrechnung in 2013
11.01.02/5007.7852001	Auszahlungen für Tiefbaumaßnahmen	40.000,00 €	Abrechnung der Baumaßnahme Innenstadt- Nord in 2013
11.01.02/5046.7852001	Auszahlungen für Tiefbaumaßnahmen	26.000,00 €	Kanalisation Goldbrink; Abrechnung in 2013
11.01.02/9999.7852001	Auszahlungen für Tiefbaumaßnahmen	12.000,00 €	Erneuerung Kesselanlage Klärwerk konnte in 2012 nicht abgeschlossen werden.
12.01.01/4005.7852001	Auszahlungen für Tiefbaumaßnahmen	107.019,10 €	Abrechnung Endausbau Habichthöhe in 2013
12.01.01/4015.7852001	Auszahlungen für Tiefbaumaßnahmen	17.500,00 €	Planungsauftrag Endausbau "Weitkampweg"; Rechnung in 2013
12.01.01/5006.7852001	Auszahlungen für Tiefbaumaßnahmen	31.449,80 €	Endausbau Straßen Baugebiet zum Sundern II; Schlußrechnung in 2013
12.01.01/5007.7852001	Auszahlungen für Tiefbaumaßnahmen	45.000,00 €	Abrechnung der Baumaßnahme Innenstadt- Nord in 2013
12.01.01/5013.7852001	Auszahlungen für Tiefbaumaßnahmen	375.000,00 €	Baustrasse im Gewerbegebiet A2- Sudbergweg konnte in 2012 nicht mehr fertiggestellt werden. Fortführung der Maßnahme in 2013.
12.01.01/5046.7852001	Auszahlungen für Tiefbaumaßnahmen	90.000,00 €	Straßenausbau "Goldbrink" in 2013
12.02.01/0031.7831001	Erw.v.bew. Sachen d. Anlageverm.>der Wertgr.i.H.v.410 Euro	60.000,00 €	Die Vergabe zum Kauf von Streuautomaten konnte nach erfolgter Ausschreibung nicht mehr in 2012 abgewickelt werden.
13.04.01/5015.7853001	Auszahlungen für sonstige Baumaßnahmen	11.000,00 €	Planungsauftrag Maßnahmen zum Hochwasserschutz; Abrechnung in 2013
Summe		2.923.928,70 €	

ANSICHTSEXEMPLAR

Lagebericht

ANSICHTSEXEMPLAR

Lagebericht **zum Jahresabschluss der Stadt Oelde** **für das Haushaltsjahr 2012**

1. Einleitung

Nach § 37 Abs. 2 der Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO NRW) ist der Jahresabschluss durch einen Lagebericht entsprechend § 48 zu ergänzen. Der Lagebericht soll einen Überblick über die wichtigen Ergebnisse aus der Aufstellung des Jahresabschlusses und Rechenschaft über die Haushaltswirtschaft im abgelaufenen Jahr geben und so gefasst werden, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Schuldenlage der Gemeinde vermittelt wird. Über Vorgänge von besonderer Bedeutung, auch solcher, die nach dem Bilanzstichtag eingetreten sind, ist zu berichten. Außerdem hat der Lagebericht eine ausgewogene und umfassende, dem Umfang der gemeindlichen Aufgabenerfüllung entsprechende Analyse der Haushaltswirtschaft und der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Gemeinde zu enthalten. Auch ist auf die Chancen und Risiken für die künftige Entwicklung der Gemeinde einzugehen; zu Grunde liegende Annahmen sind anzugeben.

2. Verlauf des Jahres 2012

Das Haushaltsjahr 2012 ist für die Stadt Oelde nach den finanzwirtschaftlich schwierigen Jahren 2009, 2010 und 2011 im Ergebnis positiv.

Durch Verbesserungen der Ertrags- und Aufwandspositionen hat sich das Ergebnis 2012 gegenüber der Planung 2012 verbessert.

Das positive Jahresergebnis konnte allerdings letztlich nur erzielt werden, weil die Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) durch das NKF-Weiterentwicklungsgesetz geändert wurde; vgl. 3.1 – Erläuterungen der bilanziellen Abschreibungen.

Bei den ordentlichen Erträgen verbesserte sich das Ergebnis gegenüber der Planung um 1,93 Mio. EUR bzw. um 3,15 %.

Die ordentlichen Aufwendungen verminderten sich gegenüber der Planung um 2,32 Mio. EUR bzw. um 3,96 %.

Das Finanzergebnis konnte sich um rd. 598.560 EUR verbessern.

Die Haushaltsplanung für 2012 schloss unter Einbeziehung der aus 2011 übertragenen Haushaltsermächtigungen (fortgeschriebener Ansatz) mit einem negativen Ergebnis in Höhe von 3.896.893,54 EUR ab. Das Rechnungsergebnis 2012 schließt mit einem positiven Ergebnis in Höhe von 1.152.764,53 EUR ab. Gegenüber der Planung konnte das Ergebnis somit um 5.049.658,07 EUR verbessert werden.

Dieses positive Ergebnis resultiert mit 4.065.872,97 EUR aus der vorab erwähnten Änderung der GemHVO; 983.785,10 EUR Verbesserung ergeben sich allerdings aus der laufenden Bewirtschaftung des Haushaltes 2012. Auf einzelne Positionen des Rechnungsergebnisses wird im Folgenden eingegangen.

Ohne die rechtlichen Möglichkeiten die sich aus dem NKF-Weiterentwicklungsgesetz ergeben, hätte sich ein negatives Jahresergebnis in Höhe von 2.913.108,44 EUR ergeben.

Dies hätte gegenüber der Planung (fortgeschriebener Ansatz), die ein Jahresergebnis von – 3.896.893,54 EUR auswies, eine Verbesserung um 983.785,10 EUR bedeutet.

3. Erläuterungen des Jahresergebnisses

3.1 Jahresergebnisrechnung

Im Gesamtbild zeigt der Plan/Ist-Vergleich nachfolgende Ertragslage.

Bezeichnung	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Plan 2012	fortgeschriebener Ansatz 2012	Differenz 2012
Ordentliche Erträge	62.456.720,59 €	63.122.680,28 €	61.192.253,00 €	61.192.253,00 €	1.930.427,28 €
Finanzerträge	276.775,60 €	627.884,84 €	582.600,00 €	582.600,00 €	45.284,84 €
Außerordentliche Erträge	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Summe der Erträge	62.733.496,19 €	63.750.565,12 €	61.774.853,00 €	61.774.853,00 €	1.975.712,12 €
Ordentliche Aufwendungen	62.372.913,65 €	60.991.444,97 €	63.311.803,00 €	63.512.116,54 €	-2.520.671,57 €
Zinsen und Finanzaufwendungen	1.696.144,68 €	1.606.355,62 €	2.159.630,00 €	2.159.630,00 €	-553.274,38 €
Außerordentliche Aufwendungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Summe der Aufwendungen	64.069.058,33 €	62.597.800,59 €	65.471.433,00 €	65.671.746,54 €	-3.073.945,95 €
Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit	83.806,94 €	2.131.235,31 €	-2.119.550,00 €	-2.319.863,54 €	4.451.098,85 €
Finanzergebnis	-1.419.369,08 €	-978.470,78 €	-1.577.030,00 €	-1.577.030,00 €	598.559,22 €
Jahresergebnis	-1.335.562,14 €	1.152.764,53 €	-3.696.580,00 €	-3.896.893,54 €	5.049.658,07 €

Im Jahresergebnis von 1.152.764,53 EUR finden u.a. folgende nicht zahlungswirksame Geschäftsvorfälle Berücksichtigung:

Im Aufwand:

- Bilanzielle Abschreibung 7.522.424,60 EUR

Gem. § 43 Abs. 3 GemHVO sind Wertveränderungen vom Finanzanlagen unmittelbar mit der Allgemeinen Rücklage zu verrechnen. Das hat Folge, dass diese Abschreibungen die sich aus den Verlusten bzw. Wertanpassungen der WBO bzw. des EB Forum ergeben, das Jahresergebnis nicht berühren. Dieser Betrag in Höhe von 2.664.847,02 EUR ist in den bilanziellen Abschreibungen nicht enthalten. Ebenso sind die Aufwendungen und Erträge, die sich aus der Veräußerung des Sachanlagevermögens ergeben, mit der Allgemeinen Rücklage zu verrechnen. Hierbei sind Erträge in Höhe von 151.997,57 EUR und Aufwendungen in Höhe von 1.553.023,52 EUR verrechnet worden.

Diese Verrechnungen gem. § 43 GemHVO sind in der Gesamtergebnisrechnung (Seite 4) nachrichtlich ausgewiesen.

- Zuführung zu Pension- und Beihilferückstellungen..... 1.431.400,33 EUR

Im Ertrag:

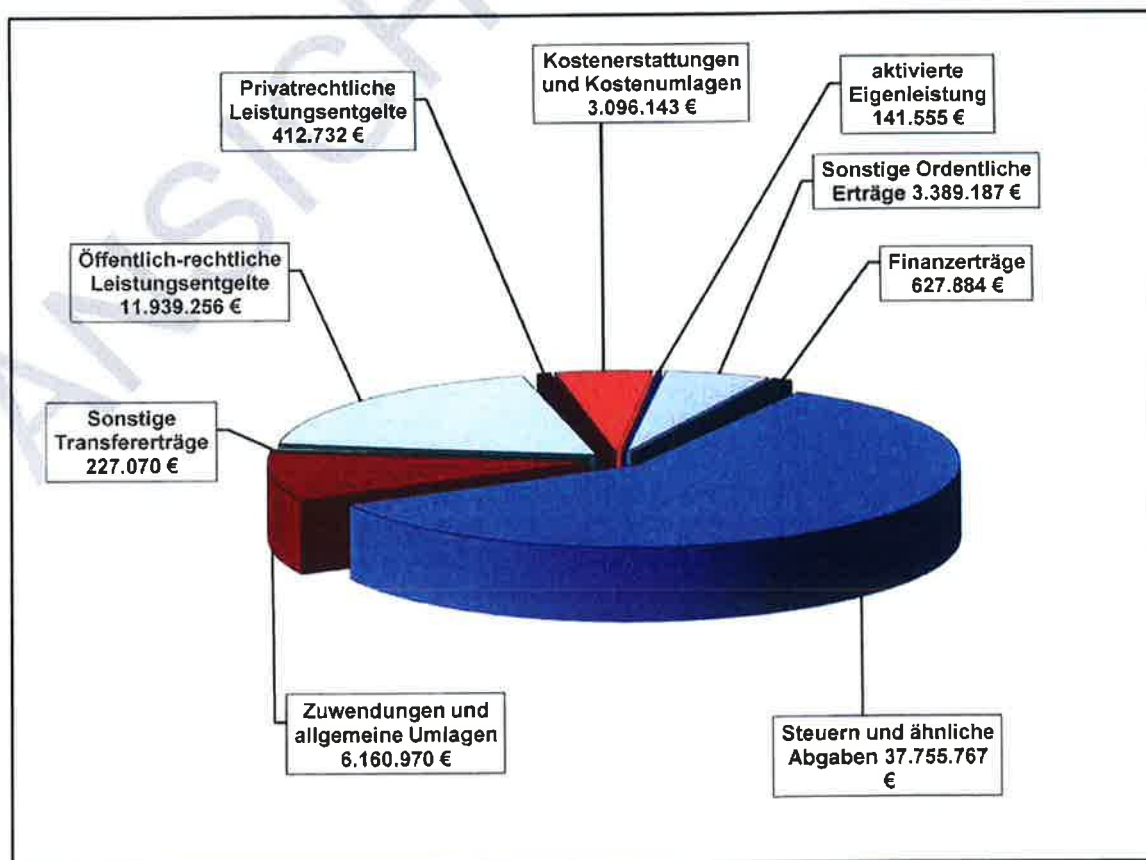
- Erträge aus der Auflösung von Sonderposten.....3.747.187 EUR
- Erträge aus der Auflösung, Herabsetzung v. Rückstellungen.... 1.316.080,22 EUR

3.2 Die wichtigsten Erträge und Aufwendungen im Überblick

Bezeichnung	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Plan 2012	Differenz 2012
Erträge				
Grundsteuer A und B	4.335.370,67 €	4.348.741,55 €	4.494.000,00 €	-145.258,45 €
Gewerbesteuer	16.873.834,27 €	18.756.700,53 €	18.700.000,00 €	56.700,53 €
Gemeindeanteil ESt	10.181.568,00 €	11.272.537,00 €	11.164.000,00 €	108.537,00 €
Gemeindeanteil USt	1.977.424,00 €	1.905.643,00 €	1.910.000,00 €	-4.357,00 €
Vergnügungssteuer	97.260,60 €	96.385,60 €	100.000,00 €	-3.614,40 €
öffentl.-rechtl. Leistungsentgelte	11.564.893,63 €	11.939.256,33 €	11.621.102,00 €	318.154,33 €
privatrechtl. Leistungsentgelte	546.361,48 €	412.732,11 €	690.900,00 €	-278.167,89 €
Konzessionsabgaben	1.334.992,58 €	1.278.390,37 €	1.500.000,00 €	-221.609,63 €
Schlüsselzuweisungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Auflösung Sonderposten	3.560.752,39 €	3.747.099,49 €	3.291.447,00 €	455.652,49 €
Finanzerträge	276.775,60 €	627.884,84 €	582.600,00 €	45.284,84 €
Aufwendungen				
Personalaufwendungen	14.014.576,60 €	14.051.764,91 €	14.011.861,00 €	39.903,91 €
Versorgungsaufwendungen	1.355.450,04 €	1.693.417,04 €	1.281.000,00 €	412.417,04 €
Sach- und Dienstl.	12.173.059,95 €	12.288.766,47 €	13.803.000,00 €	-1.514.233,53 €
Transferaufwendungen	23.160.445,85 €	23.058.143,48 €	23.487.962,00 €	-429.818,52 €
Sonst. ordentl. Aufw.	1.807.917,70 €	2.376.928,47 €	3.530.070,00 €	-1.153.141,53 €
Finanzaufwendungen	1.696.144,68 €	1.606.355,62 €	2.159.630,00 €	-553.274,38 €
Bilanzielle Abschreibungen	9.861.463,51 €	7.522.424,60 €	7.197.910,00 €	324.514,60 €

3.3 Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit

3.3.1 Erträge im Überblick



3.3.1.1 Steuern und ähnliche Abgaben

Bezeichnung	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Plan 2012	Differenz 2012
Steuern und ähnliche Abgaben	34.659.066,11 €	37.755.767,28 €	37.708.000,00 €	47.767,28 €

Beschreibung:

Zu den kommunalen Steuern zählen die Realsteuern des § 3 Abs. 2 AO (Gewerbsteuer, Grundsteuer A und B). Darüber hinaus werden hier die Gemeindeanteile an Gemeinschaftssteuern (Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer, Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer), die Landeszuwendungen für den Familienlastenausgleich und sonstige Steuern, z.B. Vergnügungssteuer, Hundesteuer gebucht.

Auswertung:

Im Berichtsjahr wurden folgende Steuererträge erzielt:

- Grundsteuer A..... 159.714 EUR
- Grundsteuer B.....4.189.027.EUR
- Gewerbesteuer18.756.700 EUR
- Vergnügungssteuer.....96.385 EUR
- Hundesteuer81.453 EUR

Die Erträge aus der Grundsteuer A und B, der Vergnügungs- und der Hundesteuer sind weiterhin konstant.

Gegenüber 2011 stieg das Aufkommen der Gewerbesteuer um rd. 1,883 Mio EUR. Der Planansatz 2012 in Höhe von 18,7 Mio EUR konnte erreicht werden.

Der hohe Gewerbesteuerertrag zeigt, dass die erwartete wirtschaftliche Erholung, die sich bereits in 2011 zeigte, sich im Jahr 2012 verstetigte.

Die positive wirtschaftliche Entwicklung zeigt sich auch bei den Erträgen aus den Gemeindeanteilen an der Einkommens- und Umsatzsteuer, die sich gegenüber dem Vorjahr um rd. 1 Mio EUR verbesserten.

In 2012 konnten hier 13.178.180 EUR eingenommen werden.

Ebenfalls erhöhten sich die Landeszuwendung für Leistungen nach dem Familienleistungsausgleich um rd. 178.000 EUR

3.3.1.2 Zuwendungen und allgemeine Umlagen

Bezeichnung	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Plan 2012	Differenz 2012
Zuwendungen und allgemeine Umlagen	7.042.765,84 €	6.160.970,27 €	5.564.789,00 €	596.181,27 €

Beschreibung:

Zu den Zuwendungen zählen Zuweisungen und Zuschüsse. Zuweisungen sind Übertragungen finanzieller Mittel zwischen Gebietskörperschaften. Zuschüsse sind Übertragungen vom unternehmerischen und übrigen Bereich an Kommunen. Sie werden nicht ausdrücklich für die Durchführung von Investitionen geleistet. Beispiele sind Schlüsselzuweisungen und Bedarfszuweisungen vom Land, sonstige allgemeine Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke. Auch Erträge aus der Auflösung von

Sonderposten aus Zuwendungen fallen hierunter. Allgemeine Umlagen, werden vom Land oder von anderen Gemeinden oder Gemeindeverbänden ohne Zweckbindung an einen bestimmten Aufgabenbereich zur Deckung des Finanzbedarfs aufgrund eines bestimmten Schlüssels geleistet.

Auswertung:

Die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für erhaltene Zuwendungen betragen rd. 1.911 TEUR. Die Höhe der ertragswirksamen Auflösung ist einerseits von der Höhe der erhaltenen Zuwendungen/Zuschüssen und andererseits von der Höhe der getätigten Investitionen abhängig.

An Zuweisungen wurden rd. 4,213 Mio EUR ertragswirksam verbucht.

Der Rückgang gegenüber dem Vorjahr erklärt sich mit dem Auslaufen des Konjunkturpaketes II in 2011.

Die größten Positionen sind hier:

- Betriebskostenzuschüsse Kindergärten 2.463.610 EUR
- Betriebskostenzuschüsse Kita 953.152 EUR
- Zuschüsse Schulen/OGS 457.118 EUR
- Zuweisung VHS 133.830 EUR
- Zuweisungen für soziale Leistungen 110.605 EUR
- Zuweisungen für Jugend- und Familienförderung 64.994 EUR

3.3.1.3 Sonstige Transfererträge

Bezeichnung	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Plan 2012	Differenz 2012
Sonstige Transfererträge	172.811,20 €	227.069,40 €	147.200,00 €	79.869,40 €

Beschreibung:

Unter sonstige Transfererträge fällt die Übertragung von Finanzmitteln, denen keine konkrete Gegenleistung der Gemeinde gegenübersteht, soweit es sich nicht um Zuwendungen handelt. Solche Erträge treten vornehmlich im Sozialbereich auf und beinhalten z.B. die Rückzahlung von gewährten Hilfen, übergeleiteten Unterhaltsansprüchen oder aber auch Schuldendiensthilfen.

Auswertung:

Die überwiegenden Erträge sind im Sozialbereich entstanden. Rückzahlungen von gewährten Hilfen etc. lassen sich nicht genau planen, daher kann es immer wieder zu Abweichungen vom Planansatz kommen.

3.3.1.4 Öffentlich rechtliche Leistungsentgelte

Bezeichnung	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Plan 2012	Differenz 2012
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	11.564.893,63 €	11.939.256,33 €	11.621.102,00 €	318.154,33 €

Beschreibung:

Unter öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten werden Verwaltungsgebühren aus der Inanspruchnahme von Verwaltungsleistungen und Amtshandlungen, z.B. Passgebühren, Genehmigungsgebühren usw., erfasst. Auch Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte sowie zweckgebundene Abgaben für die Benutzung von öffentlichen Einrichtungen und Anlagen und für die Inanspruchnahme wirtschaftlicher Dienstleistungen, z.B. von Einrichtungen der Abwasserbeseitigung, werden hier erfasst. Auch Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für Beiträge und von Sonderposten für den Gebührenaussgleich werden hier verbucht.

Auswertung:

Bei den **Benutzungsgebühren**, insbesondere bei den Entwässerungsgebühren, wurden in der Kalkulation 2012 die Verlustvorträge aus Vorjahren eingerechnet. Dadurch ergibt sich in 2012 ein Mehrertrag in Höhe von rd. 410.000 EUR. Dies ist jedoch ein einmaliger Effekt, der bei kostendeckenden Gebühren in Folgejahren nicht auftritt.

Bei den Kursgebühren der VHS ergeben sich Mehrerträge durch vermehrte Kurse für Betriebe und durch vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge geförderte Kursangebote (BAMF-Kurse).

Die größten Positionen sind :

- Benutzungsgebühren.....9.645.171 EUR
 - Entwässerungsgebühren..... 5.680.173 EUR
 - Gebühren Abfallentsorgung..... 1.980.348 EUR
 - Krankentransportgebühren..... 1.230.124 EUR
 - Kursgebühren VHS..... 377.960 EUR
- Verwaltungsgebühren495.062 EUR
 - Baugenehmigungsgebühren 278.502 EUR
 - Gebühren Bürgerbüro (Pässe, Gewerbean- und ummeldungen 208.937 EUR
- Auflösung von Sonderposten aus Beiträgen..... 1.799.023 EUR

3.3.1.5 Privatrechtliche Leistungsentgelte

Bezeichnung	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Plan 2012	Differenz 2012
Privatrechtliche Leistungsentgelte	546.361,48 €	412.732,11 €	690.900,00 €	-278.167,89 €

Beschreibung:

Die Stadt Oelde beschafft ihre Finanzmittel nach § 77 Abs. 2 Nr. 1 GO NRW auch aus Entgelten für erbrachte Leistungen. Wenn diesen ein privates Rechtsverhältnis zu Grunde liegt, z.B. bei Verkauf, Miete und Pachten, Eintrittsgeldern, sind diese als Erträge hier auszuweisen. Aber auch Erträge aus Erbbaurechtsverhältnissen gehören dazu.

Auswertung:

Die großen Ertragspositionen sind:

- Mieten und Pachten408.414 EUR

3.3.1.6 Kostenerstattungen und Kostenumlagen

Bezeichnung	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Plan 2012	Differenz 2012
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	3.075.075,56 €	3.096.142,80 €	3.020.250,00 €	75.892,80 €

Beschreibung:

Erträge aus Kostenerstattungen und Kostenumlagen sind solche, die von der Gemeinde aus der Erbringung von Gütern und Dienstleistungen für eine andere Stelle, die diese vollständig oder anteilig erstattet, erwirtschaftet werden. Der Erstattung liegt i.d.R. ein auftragsähnliches Verhältnis zu Grunde. Unerheblich ist, auf welcher Rechtsgrundlage die Erstattungspflicht beruht und ob die Erstattung die Kosten des Empfängers voll oder nur teilweise deckt. Wenn die Aufwendungen der Gemeinde, die im Auftrag eines Dritten geleistet wurden, nicht exakt berechnet, sondern pauschal ermittelt und in Rechnung gestellt werden, handelt es sich um eine Kostenumlage. Dazu zählen jedoch nicht die Umlagen, die von Umlageverbänden zur allgemeinen Finanzierung ihres Haushalts erhoben werden. Es handelt sich im Wesentlichen um Kostenerstattungen für SGB-Leistungen, Grundsicherung und um Personalkostenerstattungen von WBO und Forum an die Stadt.

3.3.1.7 Sonstige ordentliche Erträge

Bezeichnung	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Plan 2012	Differenz 2012
Sonstige ordentliche Erträge	5.394.550,46 €	3.389.187,57 €	2.440.012,00 €	949.175,57 €

Beschreibung:

Als Auffangposten sind hier alle Erträge der Stadt Oelde, die nicht den anderen Ertragspositionen zuzuordnen sind, z.B. ordnungsrechtliche Erträge (Bußgelder u.a.), Säumniszuschläge und dgl., Erträge aus der Inanspruchnahme von Bürgschaften und Gewährverträgen, Verzinsung der Gewerbesteuer nach § 233 a AO, Konzessionsabgabe, erfasst worden. Aber auch Erträge aus der Veräußerung von Vermögensgegenständen (bei Erlösen über Buchwert) sowie die ertragswirksame Änderung von Rückstellungen gehören dazu. Außerdem fallen Erträge aus der Auflösung von sonstigen Sonderposten sowie nicht zahlungswirksame Erträge hierunter.

Auswertung:

Die großen Ertragspositionen sind:

- Auflösung, Herabsetzung von Rückstellungen..... 1.316.080 EUR
(Die Einzelpositionen sind im Anhang Seite 19 nachgewiesen.)
- Konzessionsabgaben EVO und Wasserversorgung Beckum..... 1.278.390EUR
- Elternbeiträge/Essensgelder OGS 186.823 EUR
- Mahngebühren/Säumniszuschläge/Bußgelder..... 250.250 EUR
- Essensgelder Kita's..... 59.098 EUR
- Bürgschaftsprovisionen WBO 59.950 EUR
- Erträge aus Wertberichtigungen 70.604 EUR

3.3.1.8 Aktivierte Eigenleistungen

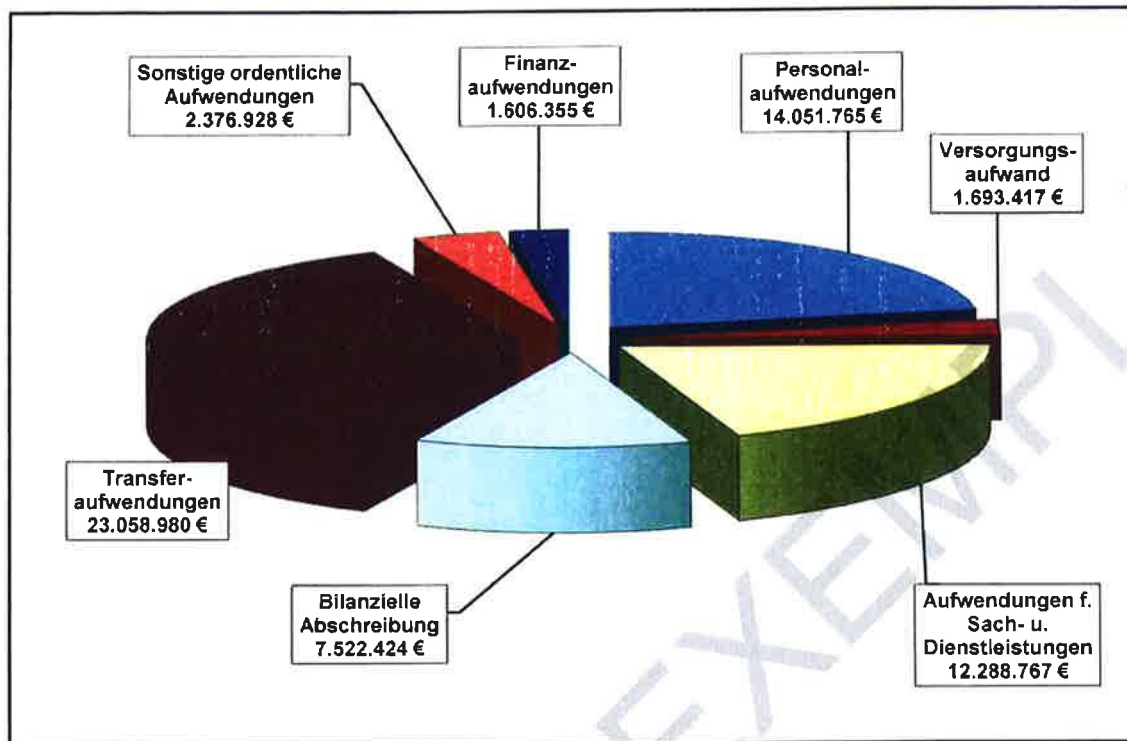
Beschreibung:

Erstellt die Stadt Oelde selbstaktivierungsfähige Vermögensgegenstände, so stellt deren Wert einen Ertrag dar, der hier auszuweisen ist. Diese Position ist die Gegenposition zu den Aufwendungen der Gemeinde zur Herstellung von Anlagevermögen, sofern diese Aufwendungen auch Herstellungskosten nach § 33 Abs. 3 GemHVO NRW darstellen, z.B. Materialaufwand und Personalaufwand für selbst erstellte Gebäude, Spielgeräte, usw.

Auswertung:

Im Jahr 2012 wurden Eigenleistungen in Höhe von 141.554,52 EUR aktiviert. Diese Eigenleistungen wurden beim Bau der Salzlagerhalle am Baubetriebshof und beim Bau der Mensa geleistet.

3.3.2 Aufwendungen im Überblick



3.3.2.1 Personalaufwendungen

Bezeichnung	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Plan 2012	Differenz 2012
Personalaufwendungen	14.014.576,60 €	14.051.764,91 €	14.011.861,00 €	39.903,91 €

Beschreibung:

Hierzu gehören alle anfallenden Aufwendungen für die Beamten und tariflich Beschäftigten sowie für weitere Personen, die auf Grund von Arbeitsverträgen beschäftigt werden. Aufwandswirksam sind die Bruttobeträge einschließlich der Lohnnebenkosten, z.B. Sozialversicherungsbeiträge. Als Beiträge zu Versorgungskassen fallen z.B. die Arbeitgeberanteile zur Zusatzversorgungskasse hierunter.

Zu den Personalaufwendungen rechnen sich auch die jährlichen Zuführungen zu Pensionsrückstellungen für die Beschäftigten.

Auswertung:

Die **Personalaufwendungen** ohne Zuführung zu den Rückstellungen betragen in Berichtsjahr 12.908.530 EUR; in der Planung waren 12.890.862 € vorgesehen.

Das Rechnungsergebnis 2012 hat sich allerdings gegenüber dem Vorjahr um rd. 720.000 EUR erhöht. Der Grund hierfür ist, wie auch bereits in den Haushaltsplanberatungen 2012 erläutert, die Ausweisung zusätzlicher 11 Stellen im Bereich der Feuer- und Rettungswache. Desweiteren trug die lineare Erhöhung der Besoldung um 1,9% zu den Mehraufwendungen bei.

Im gleichen Zeitraum konnten jedoch durch Stelleneinsparungen im Umfang von 7,2 Stellen bzw. Stellenanteilen Personalaufwendungen eingespart werden.

Zu den Aufwendungen zählen:

- Aufwand für Beamte (Bezüge u. Versorgungskasse) 2.838.879 EUR
- Aufwand tarifl. Beschäftigte (Bezüge, Versorgungskasse und Sozialversicherung)..... 9.836.207 EUR
- Beihilfe und Unterstützungsleistungen 233.444 EUR

Die Aufwendungen für **Personalarückstellungen** betragen im Berichtsjahr 1.143.234 EUR. Gegenüber dem Vorjahr wurden der Rückstellung rd. 682.300 EUR weniger zugeführt.

Die Höhe der Personalarückstellungen insgesamt bzw. die Höhe der jährlichen Zuführungen und Entnahmen sind nicht direkt beeinflussbar. Die Berechnung erfolgt jährlich durch die kommunale Versorgungskasse nach versicherungsmathematischen Bewertungen.

3.3.2.2 Versorgungsaufwendungen

Bezeichnung	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Plan 2012	Differenz 2012
Versorgungsaufwendungen	1.355.450,04 €	1.693.417,04 €	1.281.000,00 €	412.417,04 €

Beschreibung:

Hierzu gehören alle anfallenden Versorgungsleistungen, sowie weitere Aufwendungen, z.B. Beiträge zur Sozialversicherung, Beihilfen, etc. Ggf. können auch zusätzlich Zuführungen zu Pensionsrückstellungen anfallen, soweit sich die Ansprüche für den Kreis der Versorgungsempfänger verändert haben, z.B. durch Veränderungen der Sterbetafeln, die zur Berechnung der Rückstellungen herangezogen werden. Die jährlichen Umlagezahlungen an Versorgungskassen für Beamte können ganz oder teilweise Aufwendungen sein. Der Wertansatz der Pensionsrückstellungen ist zu einem Abschlussstichtag nur dann herab zu setzen, wenn er höher ist, als es dem Barwert der noch in Zukunft zu leistenden Versorgungszahlungen entspricht.

Auswertung:

Die Zuführung zu den Pensions- und Beihilferückstellungen für die Versorgungsempfänger betragen im Berichtsjahr 288.166 EUR. An Beihilfeleistungen waren 211.476 EUR aufzubringen und die Beiträge zur Versorgungskasse beliefen sich auf 1.193.775 EUR.

3.3.2.3 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Bezeichnung	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Plan 2012	Differenz 2012
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	12.173.059,95 €	12.288.766,47 €	13.803.000,00 €	-1.514.233,53 €

Beschreibung:

Hier sind alle Aufwendungen, die mit dem gemeindlichen Verwaltungshandeln („Betriebszweck“) bzw. Umsatz- oder Verwaltungserlösen wirtschaftlich zusammenhängen,

auszuweisen. Die Aufwendungen für Energie, Wasser, Abwasser, Aufwendungen für die Unterhaltung (inkl. Reparatur, Fremdinstandsetzung) und die Bewirtschaftung des Anlagevermögens, aber auch Kostenerstattungen an Dritte. Auch weitere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen sind hierunter zu erfassen, z.B. für die Schülerbeförderung oder für Lernmittel.

Auswertung:

Gegenüber der Planung 2012 konnten hier Aufwendungen von 1.512.880 EUR bzw. 10,96 % des geplanten Budgets eingespart werden. Gegenüber dem Vorjahr, indem schon einmal rd. 0,5 Mio EUR eingespart wurden, blieb das Ergebnis nahezu konstant (+ 117.060 EUR bzw. +0,90%)

Im Einzelnen ergeben sich folgende Planabweichungen:

➤ Instandhaltung, Unterhaltung und Bewirtschaftung des unbeweglichen Vermögens

Planung: 6.731.400 EUR; Rechnung:.....6.169.089 EUR

Gegenüber der Planung 2012 wurden 562.310 EUR bzw. 8,35 % eingespart. Das Rechnungsergebnis des Vorjahres betrug 6.251.823 EUR und lag somit um rd. 82.700 EUR über dem des Berichtsjahres.

Im Einzelnen verteilt sich der Aufwand:

- Gebäudemanagement
Zur Verfügung standen in 2012 Haushaltsmittel in Höhe von 3.575.000 EUR. Hiervon wurden 3.326.476 EUR in Anspruch genommen; Einsparung hier rd. 291.000 EUR bzw. 8,1%.
- Bäderbetrieb
Eingeplant waren Aufwendungen, die durch die vorgesehene Rückabwicklung der WBO GmbH für den Bäderbetrieb angefallen wären. Dadurch, dass die WBO GmbH weiterhin für den Bäderbetrieb verantwortlich ist, konnten hier die Mittel in Höhe von 205.500 EUR eingespart werden.
- Sporthallen/Sportplätze
Die geplanten Aufwendungen wurden hier um 14.891 EUR überschritten; das Ergebnis betrug 90.891 EUR
- Kanalisation/Kläranlage
Für Bewirtschaftung und Unterhaltung waren 988.500 EUR eingeplant. Das Ergebnis konnte um rd. 50.000 EUR günstiger gestaltet werden. Gegenüber 2011 hat sich jedoch ein Mehraufwand von rd. 183.500 EUR ergeben.
- Straßen und Verkehrsflächen
Für die Instandhaltung, Unterhaltung und Bewirtschaftung wurden 1.424.233 EUR benötigt. Die eingeplanten Haushaltsmittel konnten um rd. 25.700 EUR unterschritten werden. Gegenüber 2011 hat sich der Aufwand jedoch um 285.130 EUR erhöht.
- Park- und Gartenanlagen, Gewässer und wasserbauliche Anlagen
In diesem Bereich konnten 108.150 EUR gegenüber der Planung eingespart werden. Die größte Einsparung, rd. 58.000 EUR, entfallen auf die Unterhaltung der Hochwasserschutzanlagen. Diese Anlagen wurden erst in 2012 fertiggestellt, sodass keine Unterhaltungs- bzw. Bewirtschaftungskosten in der eingeplanten Höhe

anfielen. Im übrigen sind die Aufwendungen in diesem Bereich stark witterungsabhängig, was eine Planung erschwert. Weiterhin waren nur geringe Instandsetzungen, die durch von Dritten verursachte Schäden entstanden, notwendig.

➤ Unterhaltung des beweglichen Vermögens

Planung:..... 829.200 EUR; Rechnung:.....713.693 EUR

- **Unterhaltung der Fahrzeuge**
Die Fahrzeuge des Baubetriebshofes verursachten einen Aufwand von rd. 114.000 EUR; Feuerwehr und Rettungsdienst rd. 95.200 EUR.
In 2012 stiegen die Aufwendungen beim Baubetriebshof um 18.700 € und bei der Feuerwehr/Rettungsdienst um 22.100 EUR.
- **Unterhaltung Maschinen/technische Einrichtung**
Im Bereich der Kläranlage/Kanalisation betragen die Aufwendungen 42.430 EUR; eingespart wurden hier 34.160 EUR.
Die technischen Einrichtungen in städtischen Gebäuden verursachten Kosten in Höhe von 42.430 EUR. Eingespart werden konnte der eingeplante Aufwand für die Bäder, die weiterhin von der WBO unterhalten werden.
- **Unterhaltung der Betriebs- und Geschäftsausstattung**
Die größeren Aufwendungen entstanden bei der Feuerwehr (92.980 EUR), beim Rettungsdienst (37.500 EUR), in den Schulen (30.400 EUR) und beim Baubetriebshof (28.000 EUR).
Gegenüber dem Vorjahr stiegen die Kosten um rd. 31.300 EUR.
- Die Aufwendungen für Unterhaltung in der EDV (Lizenzen etc.) beliefen sich in 2011 wie auch im Vorjahr auf rd. 150.000 EUR.

➤ Besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen

Planung:..... 910.200 EUR; Rechnung:.....847.190 EUR

- **Lernmittel nach dem Lernmittelfreiheitsgesetz**
Schulen haben gesetzl. Anspruch auf Finanzmittel für Lernmittel je Schüler. In einzelnen Schuljahren wird dieser nicht voll ausgeschöpft, da z.B. Klassensätze von Büchern weiter genutzt werden können. Dadurch konnten in 2012 rd. 26.600 EUR eingespart werden. Der Gesamtaufwand betrug hier, ähnlich wie im Vorjahr, 107.204 EUR.
- **Schülerbeförderungskosten**
Gegenüber dem Vorjahr sind die Aufwendungen um 28.800 EUR auf 587.870 EUR gestiegen. Auch gegenüber der Planung, die Aufwendungen in Höhe von 555.600 EUR vorsah, ergaben sich höhere Aufwendungen von rd. 32.270 EUR.
Die höheren Aufwendungen ergeben sich zum einen aufgrund der Ferienkonstellation Tarifumstellung bei der RVM (d.h. Abrechnung von 12 Monaten) sowie insgesamt stärker gestiegener Fahrkosten. Weiterhin führt die Einführung des Ganztagsbetriebs zu geringfügig höheren Kosten.
- **Landeszuweisungen "Geld oder Stelle".**
Bei Planung stehen die Schülerzahlen und Zügigkeiten nicht fest. Die Ansätze sind daher geschätzt. Es wurden rd. 45.000 EUR weniger benötigt. Der Aufwand belief sich auf 99.880 EUR. In gleichem Umfang gab es jedoch auch weniger Zuschuss vom Land.

➤ Aufwendungen für sonstige Sachleistungen

Planung:..... 534.200 EUR; Rechnung:.....458.528 EUR

Allein bei der Abwasserbeseitigung fallen rd. 62 % der Aufwendungen; 284.050 EUR, an. Hierunter fallen z.B. die Kosten der Klärschlamm Entsorgung, Betriebsmittel und Containermieten.

Für Schulen werden rd. 37.900 EUR, für Kinderbetreuung rd. 29.700 EUR, für die VHS rd. 36.700 EUR und für Streusalz rd. 21.500 EUR benötigt.

Der Bedarf von Materialien am Baubetriebshof, z.B. Baustoffe oder Streusalz ist schwierig zu planen. Allein hier konnten rd. 32.000 EUR eingespart werden.

➤ Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen

Planung:..... 3.546.400 EUR; Rechnung:..... 3.085.796 EUR

Ca. 57 % der Aufwendungen (1.758.885 EUR) entfallen auf die Abfallentsorgung (Deponieentgelte).

Die Kosten der OGS-Betreuung, die an den Träger der Maßnahme zu zahlen sind belaufen sich auf rd. 595.000 EUR. Dieser Betrag wird durch Landeszuweisungen und Elternbeiträge jedoch auf der Ertragsseite wieder eingenommen, und gestaltet sich insoweit ergebnisneutral.

Im Bereich des Jugendamtes fallen insbesondere für die Schulsozialarbeit Aufwendungen in Höhe von rd.: 152.300 EUR an.

Die Aufwendungen für Kurshonorare der VHS beträgt rd. 279.000 EUR.

Für die Straßenreinigung wurden 82.770 EUR aufgewandt.

An Beratungsleistungen waren insgesamt 236.000 EUR eingeplant. Benötigt wurden in 2012 jedoch nur 89.815 EUR und zwar für:

- Restabwicklung Verkehrsstudien 38.080 EUR
- Klimaschutzkonzept 27.590 EUR
- Einführung Gesamtschule 11.612 EUR
- Verschmelzung WBO auf Stadt 10.462 EUR

3.3.2.4 Bilanzielle Abschreibungen

Bezeichnung	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Plan 2012	Differenz 2012
Bilanzielle Abschreibungen	9.861.463,51 €	7.522.424,60 €	7.197.910,00 €	324.514,60 €

Beschreibung:

Der Ressourcenverbrauch, der durch die Abnutzung des Anlagevermögens entsteht, wird über die Abschreibung erfasst. Sie sind während der Nutzungsdauer des angeschafften oder hergestellten Vermögensgegenstandes jährlich zu ermitteln und hier auszuweisen. Auch die Sofortabschreibungen geringwertiger Vermögensgegenstände sowie außerplanmäßige Abschreibungen werden hier erfasst.

Desweiteren sind Veränderungen der Finanzanlagen, wie z.B. die Wertigkeiten der städtischen Beteiligungen zu prüfen und entsprechend anzupassen.

Auswertung:

Abschreibungen für vorhandenes Vermögen lassen sich relativ gut planen. Bei der Anschaffung von neuen Vermögensgegenständen sind aber der Zeitpunkt der Anschaffung

sowie der Anschaffungswert für die Höhe der Abschreibung maßgeblich. Diese Faktoren lassen sich nur schwer planen, so dass es zu Differenzen kommen kann.

Bei einer voraussichtlichen dauernden Wertminderung eines Vermögensgegenstandes des Anlagevermögens oder auch bei Finanzanlagen sind gem. § 33 Abs. 5 GemHVO NRW Wertberichtigungen vorzunehmen. Wie unter Ziff. 3.1. (Seite 5) bereits erläutert sind diese Abschreibungen nicht ergebniswirksam, weil eine direkte Buchung gegen die Allgemeine Rücklage möglich ist. Diese Möglichkeit bestand im Vorjahr noch nicht. Daher ist der Betrag der Abschreibung 2011 entsprechend höher. Die in 2011 gebuchten Abschreibungen auf die städtischen Beteiligungen Eigenbetrieb Forum und WBO GmbH beliefen sich auf insgesamt 2,450 Mio EUR. Weitere außerordentliche Abschreibungen sind beim Verlust bzw. bei einem Totalschaden eines Vermögensgegenstandes vorzunehmen.

Die Einzelbeträge der Abschreibungen des Anlagevermögens sind im beigefügten Anlagespiegel nachgewiesen (siehe Anhang Seite 22).

3.3.2.5 Transferaufwendungen

Bezeichnung	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Plan 2012	Differenz 2012
Transferaufwendungen	23.160.445,85 €	23.058.143,48 €	23.487.962,00 €	-429.818,52 €

Beschreibung:

Hierunter sind alle Leistungen der Gemeinde an Dritte zu erfassen, die von der Stadt Oelde gewährt werden, ohne dass sie dadurch einen Anspruch auf eine konkrete Gegenleistung erwirbt. Sie beruhen i.d.R. auf einseitigen Geschäftsvorfällen und nicht auf einem Leistungsaustausch. Diese Art gemeindlicher Leistungen stellen Transferleistungen dar und sind von der Stadt Oelde als Aufwendungen in der Ergebnisrechnung zu erfassen (Transferaufwendungen). Darunter fallen insbesondere gemeindliche Hilfen an private Haushalte (Sozialtransfers). Typisch dafür sind Leistungen der Sozialhilfe, der Jugendhilfe, Leistungen an Arbeitssuchende, und ähnliche Anspruchsberechtigte, Leistungen an Asylbewerber sowie sonstige soziale Leistungen. Aber auch Hilfen der Stadt an Unternehmen (Subventionen) fallen hierunter. Als Transferaufwendungen werden daher z.B. Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke an Vereine und Verbände, Schuldendiensthilfen u.a., erfasst. Die Steuerpflichten der Gemeinde sind hierunter nicht zu erfassen. Auch Umlagen, die ohne Zweckbindungen an einen bestimmten Aufgabenbereich zur Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs gezahlt werden (z.B. Kreisumlage), aber auch Umlagen an Zweckverbände und ähnliche kommunale Zusammenschlüsse für die Erfüllung bestimmter Aufgaben sind hier zu verbuchen. Viele dieser Positionen können nicht genau geplant werden da sie teilweise von fremdbestimmten Faktoren abhängig sind. Die Planwerte stellen oftmals einen „Schätzwert“ aufgrund von Vorjahresergebnissen dar.

Auswertung:

Die Transferaufwendungen ergeben sich aus folgenden größeren Positionen:

- Kreisumlage 10.583.072 EUR
- Kinder- Jugend- und Familienhilfe 7.592.123 EUR
- Gewerbesteuerumlage/Fond dt. Einheit 3.119.371 EUR
- Sozialleistungen 970.975 EUR
- Krankenhausinvestitionspauschale 321.549 EUR
- Zahlungen an ÖPNV 213.916 EUR
- Zuschüsse Vereine und Verbände 94.041 EUR
- Musikschule 76.792 EUR

3.3.2.6 Sonstige ordentliche Aufwendungen

Bezeichnung	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Plan 2012	Differenz 2012
Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.807.917,70 €	2.376.928,47 €	3.530.070,00 €	-1.153.141,53 €

Beschreibung

Sonstige ordentliche Aufwendungen umfassen alle Aufwendungen, die nicht den anderen Aufwandpositionen, den Zinsen und ähnlichen Aufwendungen oder den außerordentlichen Aufwendungen zuzuordnen sind. Hier sind die sonstigen Personal- und Versorgungsaufwendungen, z.B. für Aus- und Fortbildung, Reisekosten, Ersatz für Sachschäden, Ausgleichsabgabe nach dem Schwerbehindertengesetz u.a. zu erfassen. Aber auch Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten, Geschäftsaufwendungen, Aufwendungen für Beiträge, Wertberichtigungen, Verluste aus Finanzeinlagen und Wertpapieren, Aufwendungen für besondere Finanzauszahlungen, und betriebliche Steueraufwendungen gehören dazu. Unter dieser Position werden auch die Aufwendungen für die ehrenamtliche Tätigkeit (Ratsmitglieder u.a.) erfasst.

Auswertung:

Zur Berücksichtigung des allgemeinen Ausfall- und Kreditrisikos bei Forderungen ist eine Pauschalwertberichtigung zu bilden. Die Höhe des Pauschalwertberichtigungsatzes sollte sich an den Erfahrungswerten der letzten drei Jahre in der jeweiligen Gemeinde orientieren. Zweifelhafte Forderungen (u.a. niedergeschlagene Forderungen, Forderungen, die mit Rechtsbehelfen belegt sind und Forderungen, die im Insolvenzverfahren angemeldet sind) sind in Höhe des erwarteten Zahlungsausfalls einzeln wertzuberichtigen (Einzelwertberichtigung). Die Stadt Oelde hat im Haushaltsjahr 2012 nicht eingeplante Wertkorrekturen für Forderungen in Höhe von rd. 127.073 EUR vorgenommen.

Weitere größere Positionen sind:

- Lfd. Verwaltungsaufwand (Porto, Telef. Büromaterial etc.) 578.833 EUR
- Versicherungsbeiträge, Steuern 545.147 EUR
- Mieten und Pachten, Leasingkosten 182.316 EUR
- Aufwand für politische Gremien 242.757 EUR
- Aufwand Fort- und Ausbildung städt. Mitarbeiter 196.524 EUR
- Aufwand für Beratungsleistungen Dritter 77.291 EUR
- Ehrenamtliche Tätigkeiten, Jubiläen etc. 59.145 EUR

3.4 Finanzergebnis

3.4.1 Finanzerträge

Bezeichnung	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Plan 2012	Differenz 2012
Finanzerträge	276.775,60 €	627.884,84 €	582.600,00 €	45.284,84 €

Beschreibung:

Hier sind insbesondere Zinsen aus gegebenen Darlehen, aber auch Dividenden oder andere Gewinnanteile als Erträge aus Beteiligungen sowie andere zinsähnliche Erträge als Finanzerträge zu erfassen. Hierunter fallen auch die Erträge aus Wertpapieren des Umlaufvermögens, z.B. Tages- und Festgeldzinsen und Erträge aus Beteiligungen.

Auswertung:

Zinserträge aus Fest- bzw. Tagesgeldern konnten trotz der kurzfristig notwendigen Aufnahme von Kassenkrediten noch in Höhe von 23.929 EUR erzielt werden. Steuernachveranlagungen der Vorjahre erbrachten Zinsen in Höhe von rd. 126.540 EUR. Gewinnausschüttungen der Sparkasse (rd. 182.926 EUR), der Aurea GmbH (rd. 275.008 EUR) und der KEG GmbH (rd. 10.040 EUR) konnten im Jahr 2012 verbucht werden.

3.4.2 Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen

Bezeichnung	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Plan 2012	Differenz 2012
Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	1.696.144,68 €	1.606.355,62 €	2.159.630,00 €	-553.274,38 €

Beschreibung:

Hier sind Zinsaufwendungen und Kreditbeschaffungskosten aus der Inanspruchnahme von Fremdkapital, aber auch sonstige Finanzaufwendungen wie z.B. Zinsen für Steuererstattungen aus Vorjahren auszuweisen.

Auswertung:

Die Zinsen für die laufenden Investitionskredite betragen rd. 1.586.605 EUR. Die Einsparung gegenüber der Planung von rd. 553.275 EUR konnte dadurch erreicht werden, dass die für 2012 geplante Kreditaufnahme in Höhe von 5.564.030 EUR nicht in Anspruch genommen wurde.

Des Weiteren waren Zinsen für Darlehen der WBO GmbH eingeplant für den Fall, dass die Verschmelzung der WBO auf die Stadt Oelde in 2012 zum Tragen gekommen wäre.

Weitere Zinsaufwendungen für Kassenkredite betragen 237,41 EUR. Stellt man diese Zinsaufwendungen den Zinserträgen aus Tages- und Festgeldern gegenüber, verbleibt im Jahr 2012 noch ein positiver Ertrag von rd. 31.000 EUR.

Die Erstattungs zinsen für Steuerrückzahlungen betragen rd. 16.500 EUR.

3.5 Außerordentliches Ergebnis

3.5.1 Außerordentliche Erträge/Aufwendungen

Beschreibung:

Die Begriffe „Außerordentliche Erträge“ und „Außerordentliche Aufwendungen“ sind aus dem kaufmännischen Rechnungswesen abgeleitet und beinhalten Erträge und Aufwendungen, die „außerhalb der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit“ anfallen. Hierunter werden solche Vorfälle erfasst, die ungewöhnlich in der Art, selten vorkommen und von einiger materieller Bedeutung sind. Dabei ist auf die „Verhältnisse des Einzelfalls“ abzustellen.

Auswertung:

Im Berichtsjahr 2012 wurden keine außerordentlichen Erträge und Aufwendungen verbucht.

3.6 Ermächtigungsübertragungen

Aus dem Haushalt 2011 wurden gem. § 22 GemHVO Haushaltsmittel für Aufwendungen, die in 2011 bereits beauftragt waren, nach 2012 übertragen. Diese Haushaltsermächtigungen, die neben den Planzahlen aus dem Haushalt 2012 zusätzlich zur Verfügung standen bilden den "Fortgeschriebenen Ansatz 2012".

Die Entwicklung dieser übertragenen Haushaltsermächtigungen aus dem Jahr 2011, die das Ergebnis 2012 belasten, zeigt die nachstehende Tabelle.

Übertrag Haushaltsermächtigung von 2011					
Sachkonto		Bezeichnung	Übertrag aus 2011	Sollbuchung	Saldo
01.09.01	5413001	Aufwendungen für Fortbildung, Umschulung	12.971,00 €	0,00 €	12.971,00 €
01.09.01	5439001	Sonstige Geschäftsaufwendungen	27.342,54 €	13.333,95 €	14.008,59 €
01.10.01	5219001	Unterhaltungsaufwendungen aus dem Konjunkturpaket II	160.000,00 €	159.993,46 €	6,54 €
Summe:			200.313,54 €	173.327,41 €	26.986,13 €

Von den übertragenen Haushaltsermächtigungen wurden 173.327,41 EUR im Jahr 2012 ergebniswirksam in Anspruch genommen.

4. Liquidität, Investitionen und Finanzierung

Die Finanzrechnung weist folgende Ergebnisse im Plan / Ist – Vergleich aus

Bezeichnung	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Plan 2012	fortgeschriebener Ansatz 2012	Differenz 2012
Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	71.012.321,35 €	73.801.354,25 €	58.061.144,00 €	58.061.144,00 €	15.740.210,25 €
Einzahlungen aus lfd. Investitionstätigkeit	5.989.439,45 €	6.206.755,35 €	5.829.900,00 €	5.829.900,00 €	376.855,35 €
Einzahlungen aus lfd. Finanzierungstätigkeit	4.809.352,08 €	705.270,10 €	5.619.030,00 €	5.619.030,00 €	-4.913.759,90 €
Summe der Einzahlungen	81.811.112,88 €	80.713.379,70 €	69.510.074,00 €	69.510.074,00 €	11.203.305,70 €
Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	68.707.782,21 €	68.472.181,10 €	55.602.524,00 €	55.602.524,00 €	12.869.657,10 €
Auszahlungen aus lfd. Investitionstätigkeit	7.058.845,20 €	7.558.025,00 €	13.907.550,00 €	14.087.550,00 €	-6.529.525,00 €
Auszahlungen aus lfd. Finanzierungstätigkeit	5.444.322,92 €	1.647.062,00 €	1.305.820,00 €	1.305.820,00 €	341.242,00 €
Summe der Auszahlungen	81.210.950,33 €	77.677.268,10 €	70.815.894,00 €	70.995.894,00 €	6.681.374,10 €
Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	2.304.539,14 €	5.329.173,15 €	2.458.620,00 €	2.458.620,00 €	2.870.553,15 €
Saldo aus lfd. Investitionstätigkeit	-1.069.405,75 €	-1.351.269,65 €	-8.077.650,00 €	-8.257.650,00 €	6.906.380,35 €
Saldo aus lfd. Finanzierungstätigkeit	-634.970,84 €	-941.791,90 €	4.313.210,00 €	4.313.210,00 €	-5.255.001,90 €
Änderung Finanzmittelbestand	600.162,55 €	3.036.111,60 €	-1.485.820,00 €	-1.485.820,00 €	
Liquide Mittel (Stand: 31.12.)	2.099.540,58 €	5.135.652,18 €		4.521.931,60 €	

4.1 Liquiditätslage

Der Anfangsbestand an liquiden Mitteln am 01.01.2012 in Höhe von 2.099.540,58 EUR hat sich im laufenden Jahr 2012 um 3.036.111,60 EUR erhöht. Die liquiden Mittel betragen am 31.12.2012, also zum Bilanzstichtag, 5.135.652,18 EUR.

Die Kassenliquidität der Stadtkasse im Jahr 2012 war jederzeit gewährleistet.

Kassenkredite wurden im Berichtsjahr nur kurzfristig und in geringem Umfang in Anspruch genommen.

Der Höchstbetrag der in Anspruch genommenen Kassenkredite betrug 2,78 Mio EUR über einen Zeitraum von 3 Tagen.

Der Zinssatz für aufgenommene Kassenkredite schwankte im Berichtsjahr zwischen 0,3 % und 0,5 %.

Für 1 Mio EUR Kassenkredit waren somit je Tag zwischen 8,33 EUR und 13,89 EUR an Zinsaufwand zu zahlen.

4.2 Investitionen

4.4.1 Einzahlungen für Investitionstätigkeit

Planung:..... 5.829.900 EUR; Rechnung:..... 6.206.755,35 EUR

Die Investitionen 2012 wurden wie folgt finanziert:

1. Durch Zuwendungen und Zuschüsse

- Pauschale Investitionszuwendungen 1.908.697 EUR
- Zuschuss Ü 3 Betreuung 174.341 EUR
- Zuschuss für Hochwasserschutzmaßnahmen..... 685.236 EUR
- Zuschüsse für Straßenbau..... 287.700 EUR

2. Einzahlungen aus dem Verkauf von Grundstücken 1.006.499 EUR

3. Beiträge

- Kanalanschlussbeiträge..... 1.267.469 EUR
- Erschließungsbeiträge 479.407 EUR
- Beiträge für Naturschutz 100.182 EUR
- KAG- Beiträge 170.775 EUR
- Stellplatzablösung 82.260 EUR

4.4.2 Auszahlungen für Investitionstätigkeit

Planung:..... 14.087.550 EUR; Rechnung:..... 7.558.025 EUR

Insgesamt wurden für Investitionstätigkeiten 7.558.025 EUR ausgezahlt. Gegenüber der Planung, die Auszahlungen in Höhe von 14.087.550 EUR vorsah, konnten somit Investitionen von rd. 6,350 Mio EUR nicht umgesetzt werden. Es wurden somit nur rd. 54 % der in 2012 geplanten Investitionsmaßnahmen realisiert.

Dieses ist zum einen damit begründet, dass der Haushaltsplan 2012 erst Mitte des Jahres 2012 rechtsverbindlich wurde und somit auf Grund der vorläufigen Haushaltsführung neue Investitionen erst sehr spät begonnen werden konnten.

Zum anderen ergaben sich bei den Schlussabrechnungen abgeschlossener Maßnahmen Einsparungen.

Nachfolgende größere Investitionsausgaben wurden getätigt:

1. Erwerb von Grundstücken und Gebäuden

Planung:..... 3.000.500 EUR; Rechnung:..... 906.694,03 EUR

Beim Grunderwerb konnten rd. 2,1 Mio EUR eingespart werden. Auf den gewerblichen Bereich entfallen hier rd. 930.000 EUR. Dieser Betrag wurde eingespart, da die Erweiterung eines Gewerbebetriebes an dem alten Standort nicht verwirklicht wurde. Vielmehr konnte eine Neuansiedlung im Gewerbegebiet erfolgreich abgeschlossen werden.

Im Bereich der Wohnbaugrundstücke wurden rd. 800.000 EUR aus vertraglichen Gründen nach 2013 verschoben. Zahlungswirksam wurden hier rd. 836.000 EUR.

Letztlich konnten 300.000 EUR, die für die Übertragung der WBO-Grundstücke an die Stadt Oelde vorgesehen waren, eingespart werden.

2. Auszahlungen für Baumaßnahmen

2.1 Hochbaumaßnahmen

Planung:..... 466.900 EUR; Rechnung: 226.335,44 EUR

Nicht verwirklicht wurde der Bau Überdachung vor Eingang zum Klassentrakt - Th.-Heuss-Schule und Windfang/Eingang Kläranlage; Einsparung 97.500 EUR.

Der Bau der Salzlagerhalle und die Anfinanzierung des Neubaus der Feuer- und Rettungswache erfolgten in 2012; die Fertigstellung und Restfinanzierung in den Folgejahren (Einsparung 2012 rd. 80.200 EUR).

2.2 Tiefbaumaßnahmen

Planung:..... 5.249.500 EUR; Rechnung: 2.497.990,83 EUR

Fertiggestellt wurde der Kunstrasenplatz im Jahnstadion (688.415 EUR), wobei die Schlussrechnung in 2013 erfolgt.

In die **städtische Kanalisation** wurden 1.095.878,73 EUR investiert.

Abgeschlossen wurden die Kanalsanierung Bultstraße (337.813 EUR), Ausbau "Goldbrink" (233.702 EUR) und Kanalerweiterung Innenstadt Nord (69.722 EUR). Die Kanalbaumaßnahmen Kanalerweiterung Fürstenbergstraße / Grüner Weg und im Gewerbegebiet A2-Sudbergweg-II. BA wurden in 2012 begonnen und werden in 2013 fortgeführt. Ausgegeben wurden hierfür in 2012 rd. 354.075 EUR; Einsparung, (845.924 EUR) die jedoch im nächsten Jahr zu finanzieren ist.

Nach 2013 verschoben wurde die Baumaßnahme Neubau Rückhaltebecken Mitte, einschl. Umbau d. Bauwerke RÜB-Mitte,-Südost,u. a. auf 2013. Hier sind Mittel in Höhe von rd. 536.600 EUR eingespart worden.

Für den **Straßenausbau** sind Mittel in Höhe von 713.696,76 EUR geflossen. Auch hier konnten Kosten in Höhe von 875.303 EUR gegenüber der Planung eingespart werden. Nicht begonnen wurden:

- Ausbau der Münsterstraße/Daudenstraße und Markt in Oelde Stromberg
- Ausbau Baugeb. Nr. 86 Lette südl. d Herzebrocker Str I. BA
- Sanierung Brücke Wiedenbrücker Str. über Axtbach; Verbindungsweg z. Rhedaer Str.
- Bau einer überdachten Bushaltestelle in Sünninghausen
- Straßenendausbau "Weitkampweg"
- Straßenerneuerung "Simmeris"

Einsparungen hierbei rd. 410.000 EUR

Begonnene Maßnahmen, die in 2013 fortgeführt bzw. endabgerechnet werden:

- Straßenausbau im Gewerbegebiet A2-Sudbergweg-II. BA
- Straßenerweiterung Innenstadt Nord
- Ausbau "Goldbrink"
- Deckenverstärkung "Am Landhagen"
- Endausbau der Straße "Habichthöhe III. BA mit 2 Stichstraßen

Bei diesen Maßnahmen wurden insgesamt rd. 647.200 EUR kassenwirksam, und Haushaltsmittel in Höhe von rd. 332.800 EUR werden auf das Folgejahr verschoben.

Die Abwicklung der Maßnahme zum vorbeugenden Hochwasserschutz im Einzugsgebiet des Axtbaches zieht sich über mehrere Jahre. In 2012 wurden von den geplanten Investitionen von 1.350.000 EUR nur 535.350 EUR ausgegeben. Der eingesparte Betrag in Höhe von 815.650 EUR wird in 2013/2014 zu finanzieren sein.

Die Erstellung der Frei- und Spielflächen im Außenbereich TMG wurde auf 2013 verschoben (50.000 EUR) und die Erstellung an der Overbergschule konnte durch Mithilfe einer Elterninitiative gestaltet werden (40.000 EUR Einsparung); es entstanden Aufwand für Sanierungen und Wiederherstellungen, die in der Ergebnisrechnung Niederschlag fanden.

3. Erwerb von beweglichem Anlagevermögen

Planung:..... 2.082.900 EUR; Rechnung: 1.108.476,15 EUR

Die größeren Anschaffungen die kassenwirksam wurde sind:

- Großgeräte Baubetriebshof..... 250.593 EUR
- Einrichtung Mensen TMG und Realschule 207.840 EUR
- Beschaffung Notarzteinsatzfahrzeug..... 115.727 EUR
- Beschaffung Einwohnermeldeprogramm..... 48.493 EUR

Nicht verwirklicht wurden von den geplanten größeren Anschaffungen:

- Beschaffung eines HLF 20/16 320.000 EUR
- Beschaffung eines LF 10/6..... 210.000 EUR
- Kauf eines Rettungstransportwagens..... 50.000 EUR
- Beschaffung eines Kommunalschleppers..... 100.000 EUR
- Beschaffung von Nachlaufstreuautomaten..... 60.000 EUR
- Beschaffung v. digitaler Alarmierungs- und Funktechnik 20.000 EUR

Die Gründe hierfür liegen im Bereich der Feuerwehren an den kartellrechtlichen Problemen. Die Geräte für den Baubetriebshof konnten auf Grund der späten Genehmigung des Haushaltes 2012 nicht mehr in dem Jahr erworben werden.

Bewegliche Sachen des Anlagevermögens wurden erworben für:

- EDV 122.782 EUR
- Schulen..... 120.300 EUR
- Feuerwehr..... 60.196 EUR
- Kläranlage..... 43.855 EUR
- Baubetriebshof..... 28.224 EUR
- Rathaus 16.286 EUR
- Kindergärten 13.826 EUR
- Gebäudemanagement 10.195 EUR
- Sporthallen/Sportplätze 8.486 EUR
- VHS 7.911 EUR
- Rettungswesen 5.710 EUR

Bei diesen Positionen konnten gegenüber der Planung 200.327 EUR eingespart werden.

4.3 Ermächtigungsübertragungen

Da die Haushaltssatzung 2012 erst im Mai 2013 rechtsverbindlich wurde, war die Übertragung von Haushaltsermächtigungen nur in einem sehr geringen Umfang notwendig. Für die Abwicklung bzw. Fortführung größerer Maßnahmen wurden entsprechende Haushaltsmittel im Haushaltsplan 2013 eingestellt.

Nachfolgende Haushaltsermächtigungen wurden von 2011 nach 2012 übertragen. Die nachstehende Tabelle zeigt die Inanspruchnahme dieser Mittel in 2012:

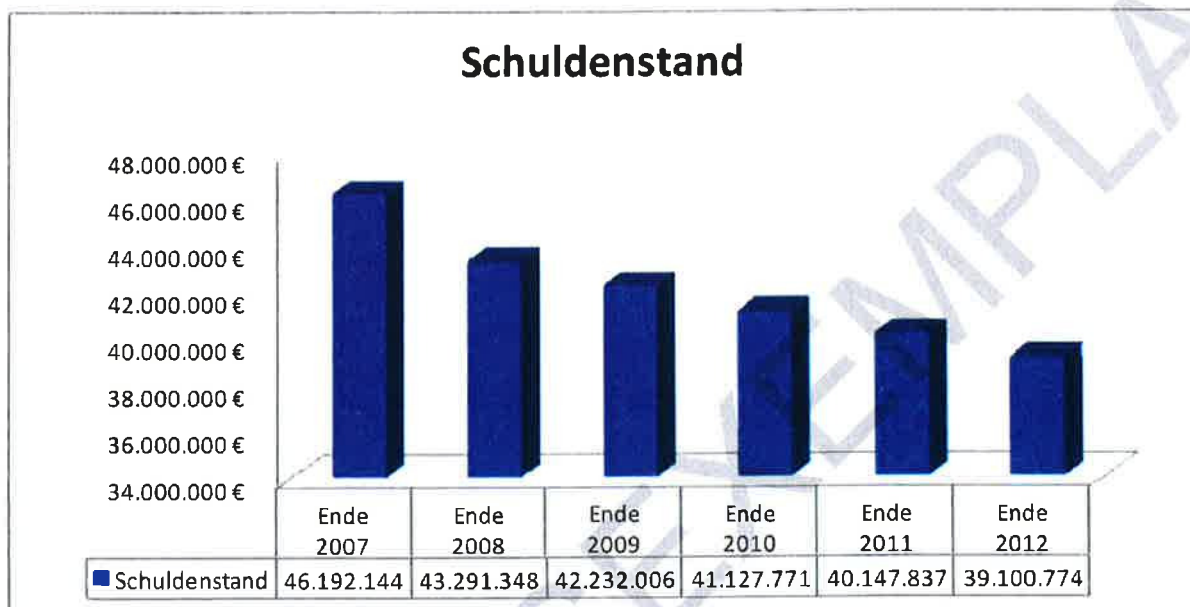
Übertrag Haushaltsermächtigung von 2011						
Sachkonto			Bezeichnung	Übertrag aus 2011	Sollbuchung	Saldo
11.01.2002	5029	7852001	Kanalsanierung Bultstraße	180.000,00 €	180.000,00 €	0,00 €
			Summe:	180.000,00 €	180.000,00 €	0,00 €

Die übertragenen Haushaltsermächtigungen wurden im Berichtsjahr nicht in voller Höhe in Anspruch genommen.

4.4 Schuldenentwicklung

Der Schuldenstand zum 31.12.2012 konnte durch ordentliche Tilgung von 40.147.837 EUR auf 39.100.774 EUR gesenkt werden.

Eine Neuaufnahme von Investitionskrediten war in 2012 nicht erforderlich.



5. Vermögens- und Kapitalstruktur

Die Bilanzsumme zum Stichtag 31.12.2012 beträgt 234.824.575,58 EUR und weist damit eine Verringerung gegenüber der Bilanz zum 31.12.2011 von 2.589.921,37 EUR (-1,09 %) aus.

Wesentliche Kennzahlen im Überblick:

Grad der finanziellen Unabhängigkeit

Eigenkapital	X 100	73.941.080,43 €	X 100	=	31,49%
Bilanzsumme		234.824.575,58 €			

Grad der Verschuldung

Fremdkapital*	X 100	75.844.993,18 €	X 100	=	32,30%
Bilanzsumme		234.824.575,58 €			

*Fremdkapital= Rückstellungen +
Verbindlichkeiten

Anlagenintensität

Anlagevermögen	X 100	221.443.498,64 €	X 100	=	94,30%
Bilanzsumme		234.824.575,58 €			

Anlagendeckung I

Eigenkapital	X 100	73.941.080,43 €	X 100	=	33,39%
Anlagevermögen		221.443.498,64 €			

6. Wirtschaftliche Lage

Eine ausgeglichene Bilanzstruktur ist ebenso als Grundvoraussetzung für die Zukunftsorientierung des gemeindlichen Handelns anzusehen wie die Entwicklung des Ergebnisses.

Für das Jahr 2012 konnte ein Jahresergebnis von rd. 1,153 Mio EUR erzielt werden. Wie vorab bereits dargelegt ist dieser positive Effekt zum Teil auf gesetzliche Änderungen der GemHVO zurückzuführen. Ohne die Verrechnung der Aufwendungen aus Verlusten bei Finanzanlagen, wie in der Gesamtergebnisrechnung nachrichtlich ausgewiesen, hätte die Ergebnisrechnung mit einem Ergebnis von -2,913 Mio EUR abgeschlossen.

Gleichwohl konnte ein deutlich positiveres Ergebnis erzielt werden als ursprünglich geplant war. Die Aufwärtsentwicklung, vor allem der heimischen Wirtschaft, wirkt sich im Berichtsjahr auch auf den städtischen Haushalt aus.

Das positive Rechnungsergebnis führt dazu, dass die Ausgleichsrücklage zum 01.01.2013 wieder einen Betrag von 1,211 Mio EUR ausweist. Für den Jahresabschluss 2013 hat das folgende Auswirkungen:

In der Planung waren zum Ausgleich des Haushaltes 2013 der Allgemeinen Rücklage 4,536 Mio EUR zu entnehmen. Der Schwellenwert von 5 % war damit überschritten.

Dadurch, dass nunmehr der Überschuss 2012 der Ausgleichsrücklage zuzuführen ist, wird zum Ausgleich 2013 zunächst die Ausgleichsrücklage mit 1,211 Mio EUR in Anspruch genommen. Der Allgemeinen Rücklage wird daher, bei dem angenommenen Planergebnis von -4.535.901 EUR, nur noch 3,325 Mio EUR entnommen. Dieser Betrag unterschreitet dann den Schwellenwert von 5 %. Für die Planung 2014 bedeutet diese Ergebnis, dass der Schwellenwert in 2014 überschritten werden kann, ohne dass eine Haushaltssicherung droht, wenn in den Folgejahren 2015 und 2017 die 5 %-Schwelle eingehalten wird.

7. Mitarbeiter

Die Zahl der Mitarbeiter der Stadt Oelde entwickelte sich im Berichtsjahr wie in der folgenden Tabelle dargestellt.

	01.01.2012	31.12.2012	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeiter insgesamt:	335	335	0	0,00%
davon Beamte	70	72	2	2,86%
davon tariflich Beschäftigte	250	252	2	0,80%
davon Auszubildene/AnwärterInnen	15	11	-4	-26,67%
Personen in Freistellungsphase (ATZ)	6	9	3	50,00%
Personen in Erziehungszeit	12	11	-1	-8,33%
Anzahl der Teilzeitbeschäftigten	119	118	-1	-0,84%

8. **Ergebnisentwicklung / Risiken und Chancen / Ausblick**

Wie bereits dargelegt, waren die Rahmenbedingungen für die Entwicklung des gemeindlichen Haushalts des Jahres 2012 schwierig. Gegenüber den Vorjahren ist jedoch eine positive Entwicklung zu verzeichnen, die auch für die nähere Zukunft hoffen lässt.

Die Gewerbesteuererinnahmen konnten auf hohem Niveau gehalten werden. Dieser positive Effekt ist nicht nur auf die in 2011 beschlossene Steuererhöhung zurückzuführen, sondern auch auf die Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für Gewerbe und Industrie.

Die sich langsam erholende Wirtschaft, und das damit verbundene steigende Steueraufkommen führen jedoch nicht zu der erhofften Ergebnisverbesserung bzw. zu ausgeglichenen Haushalten in den kommenden Jahren, da die Zahlungen aus dem kommunalen Finanzausgleich massiv rückgängig sind. Ab 2014 wird auf die Stadt Oelde eine zusätzliche Belastung aus dem Stärkungspaktgesetz von voraussichtlich jährlich 850.000 EUR bis 1 Mio EUR zukommen. Mit dieser Abundanz- bzw. Solidaritätsumlage sollen steuerstarke Kommunen, zu denen die Stadt Oelde gehört, besonders finanzschwache Kommunen finanziell unterstützen. Die genaue Berechnung dieser Umlage steht noch nicht fest. Weiterhin ist damit zu rechnen, dass das Stärkungspaktgesetz bzw. die Zahlung der Umlage verfassungsrechtlich überprüft wird.

Die jährlichen Betriebsverluste des Eigenbetriebes Forum Oelde in Höhe von rd. 1,1 Mio EUR sind zukünftig wieder als Aufwand, und nicht als Kapitalverrechnung zu buchen. Diese Zahlung stellt eine weitere Belastung des städtischen Haushalts dar.

Ein weiteres, von der Stadt Oelde nicht zu beeinflussendes Risiko des Ergebnishaushaltes ist die Entwicklung des kommunalen Finanzausgleiches. Durch Umstrukturierungen im Gemeindefinanzierungsgesetz 2012/2013 erfolgte eine erhebliche Umverteilung der Schlüsselzuweisungen vom ländlichen Raum in die Ballungsgebiete und kreisfreien Städte. Durch die Änderung der Berechnungsgrundlage der Schlüsselzuweisungen wird die Stadt Oelde keine Schlüsselzuweisungen erhalten. Der Wegfall dieser gemeindlichen Finanzierungssäule führt in den nächsten Jahren zu einer weiterhin sehr angespannten Finanzlage der Stadt Oelde. Zusammen mit mehreren Kommunen des Münsterlandes hat auch die Stadt Oelde Verfassungsbeschwerde gegen die Gemeindefinanzierungsgesetze 2011 und 2012 erhoben. Gleiches ist für das GFG 2013 vorgesehen.

Der Haushaltsausgleich für das Jahr 2013 kann nicht erreicht werden. Nur durch die weitere Verringerung der Allgemeinen Rücklage wird die Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes vermieden.

Auch in der mittelfristigen Finanzplanung kann nur durch die Inanspruchnahme und Verringerung der Allgemeinen Rücklage der Haushalt ausgeglichen werden. Erst zum Ende des Finanzplanungszeitraumes 2017 kann, wenn sich die allgemeine Wirtschaftslage nicht wieder verschlechtert, mit einem ausgeglichenen Haushalt gerechnet werden.

Insoweit steht der städtische Haushalt auch in den kommenden Jahren jeweils unter dem Genehmigungsvorbehalt der Kommunalaufsicht. Hierbei sind die vom Gesetzgeber vorgegebenen Schwellenwerte zu beachten, um auch in Zukunft einen genehmigungsfähigen Haushalt erstellen zu können.

Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Lageberichtes ist festzuhalten, dass im Jahr 2013 keine größeren Abweichungen bei den wichtigen Ertragspositionen zu erwarten sind. Einige Anzeichen deuten jedoch darauf hin, dass sich die finanzielle Situation der Stadt Oelde, bedingt durch die bundesweite wirtschaftliche Erholung, gegenüber der Planung verbessern könnte.

Bei einer strengen Haushaltsdisziplin und durch weitere Konsolidierungsbemühungen von Rat und Verwaltung, die schon in den letzten Jahren die Haushaltsberatungen prägten, kann auch zukünftig die Aufstellung eines Haushaltsicherungskonzeptes vermieden werden.

In der mittelfristigen Finanzplanung des Haushaltes 2013 wird deutlich, dass durch die weiterhin negativen Jahresergebnisse eine weitere Verringerung des Eigenkapitals bis 2017 nicht zu verhindern ist.

Aufgestellt:
Oelde, den 23.08.2013

Bestätigt:
Oelde, den 23.08.2013

gez.:
Jakob Schmid
Kämmerer

gez.:
Karl-Friedrich Knop
Bürgermeister

ANSICHTSEXEMPLAR

Organe und Mitgliedschaften & Kennzahlen

9. Organe und Mitgliedschaften

Vorname	Nachname	Beruf	Mitgliedschaft in Aufsichtsräten, anderen Kontrollgremien, Vereinsvorständen u.ä.
Karl-Friedrich	Knop	Bürgermeister Stadt Oelde Ludwig-Niedieck-Straße 5 59302 Oelde-Stromberg	Mitglied Zweckverbandsversammlung Sparkasse Münsterland Ost; Mitglied Mitgliederversammlung Nordrhein-Westfälischer Städte- u. Gemeindebund Mitglied Mitgliederversammlung Münsterland e.V. Mitglied Gesellschafterversammlung WBO GmbH; Vorsitzender und Mitglied Aufsichtsrat WBO GmbH Mitglied Gesellschafterversammlung EVO GmbH Vorsitzender und Mitglied Aufsichtsrat EVO GmbH; Mitglied Gesellschafterversammlung Wasserversorgung Beckum GmbH Mitglied Aufsichtsrat Wasserversorgung Beckum GmbH Mitglied Gesellschafterversammlung Radio WAF Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG; Mitglied Gesellschafterversammlung GfW Mitglied Aufsichtsrat GfW Mitglied Gesellschafterversammlung AUREA GmbH; Mitglied Aufsichtsrat AUREA GmbH; Mitglied Gesellschafterversammlung Krumtüngr Entsorgung GmbH Mitglied Verbandsversammlung Wasserverband Aabach-Talsperre Mitglied Regionalbeirat Münster der GVV Mitglied Mitgliederversammlung Münsterland e.V. Mitglied Initiativkreis Wirtschaft Oelde Ortsverbandvorsitzender Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. Kuratorium Marienhospital Oelde; Mitglied Kuratorium Gemeinschaftsstiftung DRK-Oelde Vorsitzender und Mitglied Sparkassenbeirat Kreis Warendorf Vorsitzender und Mitglied Kuratorium Kulturstiftung Sparkasse Münsterland Ost
Michael	Jathe	Erster Beigeordneter Stadt Oelde Von-Brachum-Straße 26 59302 Oelde	stellv. Mitglied Zweckverbandsversammlung Sparkasse Münsterland Ost; Geschäftsführer Wirtschafts- und Bäderbetrieb Oelde GmbH stellv. Mitglied Mitgliederversammlung Nordrhein-Westfälischer Städte- und Gemeindebund; stellv. Mitglied Gesellschafterversammlung EVO GmbH; Mitglied Aufsichtsrat EVO GmbH; Mitglied Gesellschafterversammlung Regionalverkehr Münsterland GmbH; stellv. Mitglied Gesellschafterversammlung AUREA GmbH; stellv. Mitglied Aufsichtsrat AUREA GmbH stellv. Mitglied Gesellschafterversammlung KEG GmbH stellv. Mitglied Gesellschafterversammlung Wasserversorgung Beckum GmbH
Matthias	Abel	Technischer Beigeordneter Stadt Oelde Normannenweg 42 59519 Möhnese	Mitglied Verbandsversammlung Wasser- und Bodenverband Oelde. stellv. Mitglied des Aufsichtsrats WBO. stellv. Mitglied der Gesellschafterversammlung WBO. Mitglied Aufsichtsrat des Bauvereins Oelde GmbH. stellv. Mitglied in der Gesellschafterversammlung der Wasserversorgung Beckum GmbH. Geschäftsführer Krumtüngr Entsorgung GmbH.
Schmid	Jakob	Kämmerer Stadt Oelde Großdornberger Straße 51b 33619 Bielefeld	Stellv. Mitglied Aufsichtsrat EVO GmbH
Oliver	Bäumker	Rechtsanwalt bei Rae Rumpenhorst pp., Beckum Branche: Rae, FAe, Notare Von-Manger-Straße 33 59302 Oelde	Mitglied Ältestenrat Mitglied Gesellschafterversammlung der WBO Mitglied Verwaltungsstrukturkommission Mitglied Gesellschafterversammlung EVO GmbH Vorsitzender des TV Jahn Oelde 1892 e.V.
Hubert	Bleiß	Techn. Angestellter in passiver Altersteilzeit bei GEA Westfallia Separator Branche: Maschinenbau Lortzingstraße 35 59302 Oelde	Stellv. Mitglied Zweckverbandsversammlung Sparkasse Münsterland Ost; Mitglied Gesellschafterversammlung WBO GmbH; stellv. Mitglied Aufsichtsrat WBO GmbH
Wolfgang	Bovekamp	Pfarrer Ev. Kirche von Westfalen Branche: Kirchlicher Beamter Helmut-Rahn-Straße 4 59302 Oelde	Mitglied Vergabekommission Mitglied Gesellschafterversammlung WBO GmbH Stellv. Mitglied Gesellschafterversammlung EVO GmbH Mitglied der Synode des Ev. Kirchenkreises Gütersloh u. Stellv. Vorsitzender des Presbyteriums der Ev. Kirchengemeinde Oelde

Vorname	Nachname	Beruf	Mitgliedschaft in Aufsichtsräten, anderen Kontrollgremien, Vereinsvorständen u.ä.
Marita	Bromann	Dipl.-Sozialarbeiterin SKFM Branche: Sozialer Dienst Ludwig-Niedick-Straße 10 59302 Oelde	Mitglied der Verbandsversammlung Wasser- und Bodenverband Oelde; Mitglied Aufsichtsrat WBO GmbH; Mitglied Aufsichtsrat EVO GmbH; Mitglied Aufsichtsrat Bauverein Oelde GmbH
André	Drinkuth	Koordinator Bereich Tochtergesellschaften Fa. Haver & Boecker Branche: Metall/Maschinenbau Bernhard-Klockenbusch-Straße 10 59302 Oelde	Mitglied Gesellschafterversammlung WBO GmbH Stellv. Mitglied Gesellschafterversammlung EVO GmbH
Ernst- Rainer	Fust	Pensionär Stellv. Vorsitzender der AWO Axthausener Weg 17a 59302 Oelde	Mitglied Zweckverbandsversammlung Sparkasse Münsterland Ost; Mitglied Mitgliederversammlung Musikschule Beckum-Warendorf e.V.; stellv. Mitglied Beirat der Musikschule Beckum-Warendorf e.V.; stellv. Mitglied Gesellschafterversammlung WBO GmbH; stellv. Mitglied Aufsichtsrat EVO GmbH stellv. Mitglied Gesellschafterversammlung WBO GmbH Stellv. Mitglied Gesellschafterversammlung EVO GmbH
Andrea	Geiger	selbständige Kosmetikerin Kosmetikstudio Geiger Von-Manger-Straße 5 59302 Oelde	Stellv. Mitglied Zweckverbandsversammlung Sparkasse Münsterland Ost Stellv. Mitglied Mitgliederversammlung Musikschule Beckum-Warendorf e.V. Mitglied Beirat der Musikschule Beckum-Warendorf e.V. Mitglied Gesellschafterversammlung WBO GmbH (Stimmführerin)
Eugen	Gette	Student Zum Kreuzweg 1B 59302 Oelde	
Johannes- Heinrich	Gresshoff	Landwirt, Hotelier Landhotel Meier Gresshoff Gresshoffweg 6 59302 Oelde	Mitglied Zweckverbandsversammlung Sparkasse Münsterland Ost; Mitglied der Verbandsversammlung Wasser- und Bodenverband Oelde; Mitglied Aufsichtsrat WBO GmbH; Mitglied Aufsichtsrat EVO GmbH; Mitglied Aufsichtsrat AUREA GmbH
Daniel	Hagemeier	AOK-Betriebswirt AOK Westfalen-Lippe RD Gütersloh Branche: Krankenversicherung Prozessionsweg 15 59302 Oelde	Mitglied Zweckverbandsversammlung Sparkasse Münsterland Ost Mitglied Gesellschafterversammlung WBO GmbH; ab 22.09.2008 vollwertiges Mitglied Stellv. Mitglied Aufsichtsrat WBO GmbH Stellv. Mitglied Aufsichtsrat EVO GmbH Stellv. Mitglied Gesellschafterversammlung Wasserversorgung Beckum GmbH
Peter	Hellweg	Raumausstatter selbständig Geistsstraße 42 59302 Oelde	Stellv. Mitglied Verbandsversammlung Wasser- und Bodenverband Oelde Mitglied Gesellschafterversammlung WBO GmbH
Franz- Josef	Helmers	Techn. Angestellter Friedrichsdorfer Möbelwerke Branche: Möbel Haberkamp 1 59302 Oelde-Stromberg	Stellv. Mitglied Zweckverbandsversammlung Sparkasse Münsterland Ost Mitglied Gesellschafterversammlung WBO GmbH Stellv. Mitglied Gesellschafterversammlung GfW Stellv. Mitglied Aufsichtsrat EVO GmbH
Hildegard	Hödl	Hausfrau Fritz-Reuter-Straße 12 59302 Oelde	Mitglied Mitgliederversammlung Nordrhein-Westfälischer Städte- und Gemeindebund; Stellv. Mitglied Aufsichtsrat EVO
Heinz	Junkerkalefeld	Kaufmann selbständig Provinzial-Geschäftsstelle Hausverwaltung Von-Nagel-Straße 21 59302 Oelde	Stellv. Mitglied Mitgliederversammlung Nordrhein-Westfälischer Städte- und Gemeindebund Mitglied Aufsichtsrat WBO GmbH Mitglied Aufsichtsrat EVO GmbH Mitglied Aufsichtsrat AUREA GmbH
Winfried	Kaup	Pensionär Habichthöhe 9 59302 Oelde-Stromberg	Mitglied Zweckverbandsversammlung Sparkasse Münsterland Ost Mitglied Mitgliederversammlung Nordrhein-Westfälischer Städte- und Gemeindebund Stellv. Mitglied Gesellschafterversammlung WBO GmbH stellv. Mitglied Gesellschafter-versammlung EVO GmbH Mitglied Gesellschaftervers. GfW

Vorname	Nachname	Beruf	Mitgliedschaft in Aufsichtsräten, anderen Kontrollgremien, Vereinsvorständen u.ä.
Hubert	Kobrink	Versicherungskaufmann selbständig Südstraße 36 59302 Oelde	Mitglied Gesellschafterversammlung WBO GmbH
Beatrix	Koch	Rechtsanwältin selbständig Ernstingweg 2 59302 Oelde	Mitglied Ältestenrat Stellv. Mitglied Zweckverbandsversammlung Sparkasse Münsterland Ost stellv. Mitglied der Verbandsversammlung Wasser- und Bodenverband Oelde stellv. Mitglied Gesellschafterversammlung WBO GmbH stellv. Mitglied Gesellschafterversammlung EVO GmbH stellv. Mitglied Hauptversammlung RWE AG stellv. Mitglied Gesellschafterversammlung KEG GmbH Mitglied Gesellschafterversammlung WBO GmbH
Barbara	Köß	Hausfrau Carl-von Ossietzky-Straße 11 59302 Oelde	Stellv. Mitglied der Verbandsversammlung Wasser- und Bodenverband Oelde Mitglied Gesellschafterversammlung WBO GmbH Stellv. Mitglied Aufsichtsrat WBO GmbH Mitglied Gesellschafterversammlung EVO GmbH stellv. Mitglied Aufsichtsrat EVO GmbH stellv. Mitglied Aufsichtsrat Bauverein Oelde GmbH
Hiltrud	Krause	Krankenschwester Fresenius Medical Care Deutschland GmbH Branche: Pharma Lange Wende 19 59302 Oelde	
Peter	Kwiotek	Haustechniker bei GEA Westfalia Separator Branche: Elektro Diestedderstraße 4 59302 Oelde-Sünninghausen	Stellv. Mitglied Gesellschafterversammlung WBO GmbH Mitglied Aufsichtsrat EVO GmbH; Mitglied Zweckverbandsversammlung Sparkasse Münsterland Ost Mitglied der Verbandsversammlung Wasser- und Bodenverband Oelde Mitglied Aufsichtsrat WBO GmbH Stellv. Vorsitzender des SPD-Ortsvereins
Elisabeth	Lesting	Hausfrau / Landwirtin selbständig Ernstingweg 7 59302 Oelde	Mitglied der Verbandsversammlung Wasser- und Bodenverband Oelde stellv. Mitglied Gesellschafterversammlung WBO GmbH Mitglied Gesellschafterversammlung EVO GmbH (Stimmführerin)
Hubert	Meyering	Baugewerbe (Bauuntern. Meyering GmbH) Selbständig Beteiligung an Stromberger Wohnbau GmbH, Lambertistr.9, Lambertstraße 9 59302 Oelde-Stromberg	Stellv. Mitglied Gesellschafterversammlung WBO GmbH Mitglied der Vertreterversammlung der Volksbank sowie
Ralf	Niebusch	Leiter Controlling bei Miele & Cie. KG, Oelde-Lette Branche: Hausgeräteherstellung Michael-Keller-Straße 17 59302 Oelde	Mitglied Zweckverbandsversammlung Sparkasse Münsterland Ost Mitglied Aufsichtsrat WBO GmbH Mitglied Aufsichtsrat AUREA GmbH stellv. Mitglied Gesellschafterversammlung EVO GmbH Stellv. Mitglied Vergabekommission
Dr. Claudia	Preckel	Wissenschaftl. Mitarb. (Islam- wissenschaft) Ruhr-Universität Bochum Branche: Universität Gesellschafterin bei Preckel, Wältermann u. Körkemeier GbR, Stromberger Straße 10 59302 Oelde	Stellv. Mitglied Gesellschafterversammlung WBO GmbH
Juan-Franc.	Rodriguez Ramos	Vertriebsingenieur bei Bastian Winder Technologies Branche: Sondermaschinenbau Ferdinand-Krüger-Straße 9a 59302 Oelde	Vorsitzender des Vereins Freunde & Förderer "Das Kinderhaus" e.V. stellv. Mitglied Zweckverbandsversammlung Sparkasse Münsterland Ost Mitglied Gesellschafterversammlung WBO GmbH (stv. Stimmführer) Mitglied Gesellschafterversammlung EVO GmbH (stv. Stimmführer) Mitglied Hauptversammlung RWE AG Mitglied Gesellschafterversammlung KEG GmbH Mitglied Aufsichtsrat WBO GmbH

Vorname	Nachname	Beruf	Mitgliedschaft in Aufsichtsräten, anderen Kontrollgremien, Vereinsvorständen u.ä.
Dr. Birgit	Schneider	Betriebsärztin selbständig Gustav-Freytag-Straße 4 59302 Oelde	stellv. Mitglied Zweckverbandsversammlung Sparkasse Münsterland Ost stellv. Mitglied Gesellschafterversammlung WBO GmbH Mitglied Gesellschafterversammlung EVO GmbH stellv. Mitglied Aufsichtsrat EVO GmbH
Wolf- Rüdiger	Soldat	Lehrer Lehramt Sek. I Land NRW Branche: Schuldienst Potts's Holte 20 59302 Oelde	Mitglied Zweckverbandsversammlung Sparkasse Münsterland Ost stellv. Mitglied Gesellschafterversammlung WBO GmbH stellv. Mitglied Aufsichtsrat EVO GmbH
Manuela	Steuer	Dienstleister CAD selbständig Paula-Schwichtenhövel-Str. 21 59302 Oelde	Stellv. Mitglied Zweckverbandsversammlung Sparkasse Münsterland Ost Mitglied Gesellschafterversammlung EVO GmbH Stellv. Mitglied Gesellschafterversammlung WBO GmbH
Paul	Tegelkämper	Rentner St. Josefstraße 30 59302 Oelde	Mitglied Zweckverbandsversammlung Sparkasse Münsterland Ost stellv. Mitglied der Verbandsversammlung Wasser- und Bodenverband Oelde stellv. Mitglied Gesellschafterversammlung WBO GmbH Mitglied Aufsichtsrat EVO GmbH Mitglied Gesellschafterversammlung Wasserversorgung Beckum GmbH
Hans- Gerhard	Voelker	Gymnasiallehrer OSTR Land NRW Branche: Schuldienst Im Kapellengarten 20 59302 Oelde	Mitglied Mitgliederversammlung Nordrhein-Westfälischer Städte- und Gemeindebund stellv. Mitglied Gesellschafterversammlung WBO GMBH Mitglied Aufsichtsrat WBO GmbH Mitglied Aufsichtsrat EVO GmbH Mitglied Aufsichtsrat AUREA GmbH
Florian	Westerwalbesloh	Mitarbeiter im Abgeordnetenbüro des Landtages NRW Brucknerstraße 16 59302 Oelde	Mitglied Aufsichtsrat AUREA GmbH Mitglied Gesellschafterversammlung WBO GmbH stellv. Mitglied Aufsichtsrat WBO GmbH Mitglied Gesellschafterversammlung EVO GmbH
Lena	Wickenkamp	Studentin Studiengang „Geoinformatics M.Sc.“ Nordring 19 59302 Oelde	stellv. Mitglied Gesellschafterversammlung WBO GmbH stellv. Mitglied Gesellschafterversammlung EVO GmbH
Anne	Wiemeyer	Unternehmensberaterin selbständig Orgaplus-Wiemeyer Organisationsberatung Geiststraße 44 59302 Oelde	Stellv. Mitglied Mitgliederversammlung Nordrhein-Westfälischer Städte- und Gemeindebund Mitglied Gesellschafterversammlung WBO GmbH Stellv. Mitglied Aufsichtsrat WBO GmbH

NKF-Kennzahlenset NRW Wertgrößen zur Ermittlung von Kennzahlen	Gemeinde (GV):		Stadt Oelde
	Einwohnerzahl:		29.382
	Sog. Optionskommune:		Nein
in TEUR			
Haushaltsjahr	2010	2011	2012
Bilanzdaten	Ergebnis 2010	Ergebnis 2011	Ergebnis 2012
Status der Bilanz	vom Rat festgestellt	vom Rat festgestellt	vom BM bestätigt
Infrastrukturvermögen	117.392	115.634	114.002
Anlagevermögen	230.001	225.759	221.443
Liquide Mittel	1.499	2.100	5.136
Allgemeine Rücklage	78.190	76.854	72.730
Ausgleichsrücklage	0	0	1.211
Eigenkapital gesamt	78.190	76.854	73.941
Sonderposten für Zuwendungen	49.086	48.389	48.562
Sonderposten für Beiträge	35.533	35.677	35.262
Pensionsrückstellungen	24.870	26.566	27.374
Rückstellungen für Deponien und Altlasten	0	0	0
Fremdkapital gesamt	47.199	46.538	46.516
Bilanzsumme	240.535	237.414	234.825
Daten aus der Ergebnisrechnung			
Erträge aus Steuern und ähnl. Abgaben (Umlageverbände: Allg.Umlagen)	27.539	34.659	37.756
Erträge aus Zuwendungen	6.955	7.043	6.161
Ordentliche Erträge	55.980	62.457	63.123
Personalaufwendungen	13.502	14.015	14.052
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	12.119	12.173	12.289
Bilanzielle Abschreibungen	9.296	9.861	7.522
Transferaufwendungen	24.027	23.160	23.058
Ordentliche Aufwendungen	62.680	62.373	60.991
Aufwendungen für Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	1.909	1.696	1.606
Finanzergebnis	-1.540	-1.419	-978
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0
Daten aus der Finanzrechnung			
Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-940	2.305	5.329
Sonstige Daten			
Anlagevermögen: Zugänge im Haushaltsjahr	5.766	6.362	7.241
Anlagevermögen: Zuschreibungen im Haushaltsjahr	0	0	0
Anlagevermögen: Abgänge im Haushaltsjahr	127	762	2.502
Anlagevermögen: Abschreibungen im Haushaltsjahr	9.296	9.861	10.187
Verbindlichkeiten mit Restlaufzeit bis zu 1 Jahr	9.670	10.196	8.482
Verbindlichkeiten mit Restlaufzeit mehr als 5 Jahren	27.742	24.266	27.883
Forderungen mit Restlaufzeit bis zu 1 Jahr	4.471	5.126	4.857
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	3.510	3.561	3.747
Steuerbeteiligungen (GewSt.-Umlage, Finanzierungsbet.Fonds Dt. Einheit)	2.172	2.856	3.119

NKF-Kennzahlenset NRW	
Eckdaten zur Gemeinde	
Gemeinde (GV):	Stadt Oelde
Körperschafts-Status:	Mittlere kreisangehörige Stadt
Einwohnerzahl am 31.12.2012:	29.382
Haushaltssituation:	Haushalt ausgeglichen
Sog. Optionskommune:	Nein
Bilanzsumme:	234.825 T €
Höhe der Allgemeinen Rücklage:	72.730 T €
Höhe der Ausgleichsrücklage:	58 T €
Jahresergebnis (2012)	1.153 T €

Kennzahlen 2012

Kennzahl	Ergebnis 2010	Ergebnis 2011	Ergebnis 2012
	2010	2011	2012
Aufwandsdeckungsgrad	89,3%	100,1%	103,5%
Eigenkapitalquote 1	32,5%	32,4%	31,5%
Eigenkapitalquote 2	67,7%	67,8%	67,2%
Fehlbetragsquote	10,5%	1,7%	-1,6%
Infrastrukturquote	48,8%	48,7%	48,5%
Abschreibungsintensität	14,8%	15,8%	16,7%
Drittfinanzierungsquote	37,8%	36,1%	36,8%
Investitionsquote	61,2%	59,9%	57,1%
Anlagendeckungsgrad 2	93,7%	93,8%	96,2%
Dynamischer Verschuldungsgrad	-43,9	17,1	6,9
Liquidität 2. Grades	61,7%	70,9%	117,8%
Kurzfristige Verbindlichkeitsquote	4,0%	4,3%	3,6%
Zinslastquote	3,0%	2,7%	2,6%
Netto-Steuerquote/ Allg. Umlagenquote	47,1%	53,4%	57,7%
Zuwendungsquote	12,4%	11,3%	9,8%
Personalintensität	21,5%	22,5%	23,0%
Sach- und Dienstleistungsintensität	19,3%	19,5%	20,1%
Transferaufwandsquote	38,3%	37,1%	37,8%

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

An die Stadt Oelde:

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Ergebnisrechnung, Finanzrechnung, Teilergebnisrechnungen, Teilfinanzrechnungen, sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung, der Inventur, des Inventars, der Übersicht über örtlich festgelegte Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände und den Lagebericht der Stadt Oelde für das Haushaltsjahr vom 01.01. bis 31.12.2012 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung dieser Unterlagen nach den gemeinderechtlichen Vorschriften von Nordrhein-Westfalen und den ergänzenden Bestimmungen der Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen liegen in der Verantwortung des Bürgermeisters der Stadt Oelde. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung, der Inventur, des Inventars und der Übersicht über örtlich festgelegte Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände sowie über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 101 Abs. 1 GO NRW und nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Tätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Stadt sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Inventar, Übersicht über örtlich festgelegte Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Bürgermeisters der Stadt Oelde sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt Oelde. Der Lagebericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt Oelde und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gütersloh, am 16. Oktober 2013

WRG
Audit GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Lüke
Wirtschaftsprüfer

Robbers
Wirtschaftsprüfer

Rechtliche und steuerliche GrundlagenA. Darstellung der rechtlichen Verhältnisse

<u>Name:</u>	Stadt Oelde
<u>Hauptsatzung:</u>	Die Hauptsatzung wurde durch den Rat der Stadt Oelde am 17.01.2005 beschlossen. Es gilt die Hauptsatzung in der aktuellen Fassung vom 01.11.2009.
<u>Haushaltsjahr:</u>	Haushaltsjahr ist das Kalenderjahr.
<u>Bürgermeister:</u>	Seit 30.08.2009: Herr Karl-Friedrich Knop
<u>Rechnungsprüfungsamt:</u>	Zuständig ist das Rechnungsprüfungsamt der Stadt Oelde.
<u>Rat:</u>	<p>Dem Rat der Stadt Oelde gehören in der Wahlperiode von 2009 bis 2014 insgesamt 34 Ratsmitglieder an.</p> <p>Es gilt die Geschäftsordnung für den Rat der Stadt Oelde vom 27.01.1997.</p> <p>Die Namen der gewählten Mitglieder des Rates sind in dem als Anlage 2 beigefügten Lagebericht unter Beachtung des § 95 Abs. 2 GO NRW benannt.</p>
<u>Ausschüsse der Stadt:</u>	<p>Der Rat der Stadt Oelde hat u.a. folgende Ausschüsse gebildet:</p> <ul style="list-style-type: none">– Hauptausschuss– Finanzausschuss– Ausschuss für Familien und Soziales– Ausschuss für Planung und Verkehr– Ausschuss für Schule, Kultur und Sport– Ausschuss für Umwelt, Energie und Mobilität– Rechnungsprüfungsausschuss

Satzungen und
ortsrechtliche Bestimmungen:

Für die wesentlichen Tätigkeiten der Gemeinde gelten die folgenden Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen:

- Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Oelde vom 24.06.1997
- Satzung über die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen der Stadt Oelde vom 11.12.2009
- Satzung für den Kommunalfriedhof Oelde-Lette vom 25.02.2004
- Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren der Stadt Oelde vom 20.02.1981
- Satzung über die Erhebung von Erschließungsbeiträgen nach dem Bundesbaugesetz der Stadt Oelde vom 06.10.1981
- Verwaltungsgebührensatzung der Stadt Oelde vom 13.04.2011
- Betriebssatzung der Stadt Oelde für die eigenbetriebsähnliche Einrichtung "Forum Oelde" vom 08.04.2008
- Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Einrichtungen des Rettungsdienstes der Stadt Oelde vom 18.02.1981

Sondervermögen:

Forum Oelde (eigenbetriebsähnliche Einrichtung der Stadt Oelde)

Verbundene Unternehmen:

Die Stadt Oelde ist als alleinige Gesellschafterin an der WBO Wirtschafts- und Bäderbetriebe Oelde GmbH, Oelde, beteiligt.

Die WBO Wirtschafts- und Bäderbetriebe Oelde GmbH hat auch die Funktion einer Zwischenholding. Die Stadt Oelde bedient sich dieser Gesellschaft zur Verwaltung ihrer weiteren Unternehmensbeteiligungen (mittelbare Beteiligungsverhältnisse).

Beteiligungen:

Es bestehen folgende Beteiligungen:

- 40,0 % Anteil am Stammkapital der AUREA DAS A2-WIRTSCHAFTSZENTRUM GmbH, Oelde
- 25,1 % Anteil am Stammkapital der Krumtünnger Entsorgung GmbH, Oelde

B. Darstellung der steuerlichen Verhältnisse

Die Stadt Oelde ist als juristische Person des öffentlichen Rechtes gemäß § 1 Abs. 1 KStG lediglich mit ihren Betrieben gewerblicher Art unbeschränkt steuerpflichtig.

Allgemeine Auftragsbedingungen

für

Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften

vom 1. Januar 2002

1. Geltungsbereich

(1) Die Auftragsbedingungen gelten für die Verträge zwischen Wirtschaftsprüfern oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (im nachstehenden zusammenfassend „Wirtschaftsprüfer“ genannt) und ihren Auftraggebern über Prüfungen, Beratungen und sonstige Aufträge, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich schriftlich vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.

(2) Werden im Einzelfall ausnahmsweise vertragliche Beziehungen auch zwischen dem Wirtschaftsprüfer und anderen Personen als dem Auftraggeber begründet, so gelten auch gegenüber solchen Dritten die Bestimmungen der nachstehenden Nr. 9.

2. Umfang und Ausführung des Auftrages

(1) Gegenstand des Auftrages ist die vereinbarte Leistung, nicht ein bestimmter wirtschaftlicher Erfolg. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berufsausübung ausgeführt. Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrages sachverständiger Personen zu bedienen.

(2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf – außer bei betriebswirtschaftlichen Prüfungen – der ausdrücklichen schriftlichen Vereinbarung.

(3) Der Auftrag erstreckt sich, soweit er nicht darauf gerichtet ist, nicht auf die Prüfung der Frage, ob die Vorschriften des Steuerrechts oder Sondervorschriften, wie z. B. die Vorschriften des Preis-, Wettbewerbsbeschränkungs- und Bewirtschaftungsrechts beachtet sind; das gleiche gilt für die Feststellung, ob Subventionen, Zulagen oder sonstige Vergünstigungen in Anspruch genommen werden können. Die Ausführung eines Auftrages umfaßt nur dann Prüfungshandlungen, die gezielt auf die Aufdeckung von Buchfälschungen und sonstigen Unregelmäßigkeiten gerichtet sind, wenn sich bei der Durchführung von Prüfungen dazu ein Anlaß ergibt oder dies ausdrücklich schriftlich vereinbart ist.

(4) Ändert sich die Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen Äußerung, so ist der Wirtschaftsprüfer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgerungen hinzuweisen.

3. Aufklärungspflicht des Auftraggebers

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, daß dem Wirtschaftsprüfer auch ohne dessen besondere Aufforderung alle für die Ausführung des Auftrages notwendigen Unterlagen rechtzeitig vorgelegt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrages von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers bekannt werden.

(2) Auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers hat der Auftraggeber die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen und der gegebenen Auskünfte und Erklärungen in einer vom Wirtschaftsprüfer formulierten schriftlichen Erklärung zu bestätigen.

4. Sicherung der Unabhängigkeit

Der Auftraggeber steht dafür ein, daß alles unterlassen wird, was die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Wirtschaftsprüfers gefährden könnte. Dies gilt insbesondere für Angebote auf Anstellung und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

5. Berichterstattung und mündliche Auskünfte

Hat der Wirtschaftsprüfer die Ergebnisse seiner Tätigkeit schriftlich darzustellen, so ist nur die schriftliche Darstellung maßgebend. Bei Prüfungsaufträgen wird der Bericht, soweit nichts anderes vereinbart ist, schriftlich erstattet. Mündliche Erklärungen und Auskünfte von Mitarbeitern des Wirtschaftsprüfers außerhalb des erteilten Auftrages sind stets unverbindlich.

6. Schutz des geistigen Eigentums des Wirtschaftsprüfers

Der Auftraggeber steht dafür ein, daß die im Rahmen des Auftrages vom Wirtschaftsprüfer gefertigten Gutachten, Organisationspläne, Entwürfe, Zeichnungen, Aufstellungen und Berechnungen, insbesondere Massen- und Kostenberechnungen, nur für seine eigenen Zwecke verwendet werden.

7. Weitergabe einer beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers

(1) Die Weitergabe beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers (Berichte, Gutachten und dgl.) an einen Dritten bedarf der schriftlichen Zustimmung des Wirtschaftsprüfers, soweit sich nicht bereits aus dem Auftragsinhalt die Einwilligung zur Weitergabe an einen bestimmten Dritten ergibt.

Gegenüber einem Dritten haftet der Wirtschaftsprüfer (im Rahmen von Nr. 9) nur, wenn die Voraussetzungen des Satzes 1 gegeben sind.

(2) Die Verwendung beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers zu Werbezwecken ist unzulässig; ein Verstoß berechtigt den Wirtschaftsprüfer zur fristlosen Kündigung aller noch nicht durchgeführten Aufträge des Auftraggebers.

8. Mängelbeseitigung

(1) Bei etwaigen Mängeln hat der Auftraggeber Anspruch auf Nacherfüllung durch den Wirtschaftsprüfer. Nur bei Fehlschlägen der Nacherfüllung kann er auch Herabsetzung der Vergütung oder Rückgängigmachung des Vertrages verlangen; ist der Auftrag von einem Kaufmann im Rahmen seines Handelsgewerbes, einer juristischen Person des öffentlichen Rechts oder von einem öffentlich-rechtlichen Sondervermögen erteilt worden, so kann der Auftraggeber die Rückgängigmachung des Vertrages nur verlangen, wenn die erbrachte Leistung wegen Fehlschlagens der Nacherfüllung für ihn ohne Interesse ist. Soweit darüber hinaus Schadensersatzansprüche bestehen, gilt Nr. 9.

(2) Der Anspruch auf Beseitigung von Mängeln muß vom Auftraggeber unverzüglich schriftlich geltend gemacht werden. Ansprüche nach Abs. 1, die nicht auf einer vorsätzlichen Handlung beruhen, verjähren nach Ablauf eines Jahres ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn.

(3) Offenbare Unrichtigkeiten, wie z. B. Schreibfehler, Rechenfehler und formelle Mängel, die in einer beruflichen Äußerung (Bericht, Gutachten und dgl.) des Wirtschaftsprüfers enthalten sind, können jederzeit vom Wirtschaftsprüfer auch Dritten gegenüber berichtigt werden. Unrichtigkeiten, die geeignet sind, in der beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers enthaltene Ergebnisse in Frage zu stellen, berechtigen diesen, die Äußerung auch Dritten gegenüber zurückzunehmen. In den vorgenannten Fällen ist der Auftraggeber vom Wirtschaftsprüfer tunlichst vorher zu hören.

9. Haftung

(1) Für gesetzlich vorgeschriebene Prüfungen gilt die Haftungsbeschränkung des § 323 Abs. 2 HGB.

(2) Haftung bei Fahrlässigkeit; Einzelner Schadensfall

Falls weder Abs. 1 eingreift noch eine Regelung im Einzelfall besteht, ist die Haftung des Wirtschaftsprüfers für Schadensersatzansprüche jeder Art, mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit, bei einem fahrlässig verursachten einzelnen Schadensfall gem. § 54a Abs. 1 Nr. 2 WPO auf 4 Mio. € beschränkt; dies gilt auch dann, wenn eine Haftung gegenüber einer anderen Person als dem Auftraggeber begründet sein sollte. Ein einzelner Schadensfall ist auch bezüglich eines aus mehreren Pflichtverletzungen stammenden einheitlichen Schadens gegeben. Der einzelne Schadensfall umfaßt sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. In diesem Fall kann der Wirtschaftsprüfer nur bis zur Höhe von 5 Mio. € in Anspruch genommen werden. Die Begrenzung auf das Fünffache der Mindestversicherungssumme gilt nicht bei gesetzlich vorgeschriebenen Pflichtprüfungen.

(3) Ausschußfristen

Ein Schadensersatzanspruch kann nur innerhalb einer Ausschußfrist von einem Jahr geltend gemacht werden, nachdem der Anspruchsberechtigte von dem Schaden und von dem anspruchsbegründenden Ereignis Kenntnis erlangt hat, spätestens aber innerhalb von 5 Jahren nach dem anspruchsbegründenden Ereignis. Der Anspruch erlischt, wenn nicht innerhalb einer Frist von sechs Monaten seit der schriftlichen Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird und der Auftraggeber auf diese Folge hingewiesen wurde. Das Recht, die Einrede der Verjährung geltend zu machen, bleibt unberührt. Die Sätze 1 bis 3 gelten auch bei gesetzlich vorgeschriebenen Prüfungen mit gesetzlicher Haftungsbeschränkung.

10. Ergänzende Bestimmungen für Prüfungsaufträge

(1) Eine nachträgliche Änderung oder Kürzung des durch den Wirtschaftsprüfer geprüften und mit einem Bestätigungsvermerk versehenen Abschlusses oder Lageberichts bedarf, auch wenn eine Veröffentlichung nicht stattfindet, der schriftlichen Einwilligung des Wirtschaftsprüfers. Hat der Wirtschaftsprüfer einen Bestätigungsvermerk nicht erteilt, so ist ein Hinweis auf die durch den Wirtschaftsprüfer durchgeführte Prüfung im Lagebericht oder an anderer für die Öffentlichkeit bestimmter Stelle nur mit schriftlicher Einwilligung des Wirtschaftsprüfers und mit dem von ihm genehmigten Wortlaut zulässig.

(2) Widerruft der Wirtschaftsprüfer den Bestätigungsvermerk, so darf der Bestätigungsvermerk nicht weiterverwendet werden. Hat der Auftraggeber den Bestätigungsvermerk bereits verwendet, so hat er auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers den Widerruf bekanntzugeben.

(3) Der Auftraggeber hat Anspruch auf fünf Berichtsausfertigungen. Weitere Ausfertigungen werden besonders in Rechnung gestellt.

11. Ergänzende Bestimmungen für Hilfeleistung in Steuersachen

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sowohl bei der Beratung in steuerlichen Einzelfragen als auch im Falle der Dauerberatung die vom Auftraggeber genannten Tatsachen, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig zugrunde zu legen; dies gilt auch für Buchführungsaufträge. Er hat jedoch den Auftraggeber auf von ihm festgestellte Unrichtigkeiten hinzuweisen.

(2) Der Steuerberatungsauftrag umfaßt nicht die zur Wahrung von Fristen erforderlichen Handlungen, es sei denn, daß der Wirtschaftsprüfer hierzu ausdrücklich den Auftrag übernommen hat. In diesem Falle hat der Auftraggeber dem Wirtschaftsprüfer alle für die Wahrung von Fristen wesentlichen Unterlagen, insbesondere Steuerbescheide, so rechtzeitig vorzulegen, daß dem Wirtschaftsprüfer eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht.

(3) Mangels einer anderweitigen schriftlichen Vereinbarung umfaßt die laufende Steuerberatung folgende, in die Vertragsdauer fallenden Tätigkeiten:

- a) Ausarbeitung der Jahressteuererklärungen für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer sowie der Vermögensteuererklärungen, und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden Jahresabschlüsse und sonstiger, für die Besteuerung erforderlicher Aufstellungen und Nachweise
- b) Nachprüfung von Steuerbescheiden zu den unter a) genannten Steuern
- c) Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden
- d) Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern
- e) Mitwirkung in Einspruchs- und Beschwerdeverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Der Wirtschaftsprüfer berücksichtigt bei den vorgenannten Aufgaben die wesentliche veröffentlichte Rechtsprechung und Verwaltungsauffassung.

(4) Erhält der Wirtschaftsprüfer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarungen die unter Abs. 3 d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(5) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Einheitsbewertung und Vermögensteuer sowie aller Fragen der Umsatzsteuer, Lohnsteuer, sonstigen Steuern und Abgaben erfolgt auf Grund eines besonderen Auftrages. Dies gilt auch für

- a) die Bearbeitung einmalig anfallender Steuerangelegenheiten, z. B. auf dem Gebiet der Erbschaftsteuer, Kapitalverkehrsteuer, Grunderwerbsteuer,
- b) die Mitwirkung und Vertretung in Verfahren vor den Gerichten der Finanz- und der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie in Strafverfahren

c) die beratende und gutachtliche Tätigkeit im Zusammenhang mit Umwandlung, Verschmelzung, Kapitalerhöhung und -herabsetzung, Sanierung, Eintritt und Ausscheiden eines Gesellschafters, Betriebsveräußerung, Liquidation und dergleichen.

(6) Soweit auch die Ausarbeitung der Umsatzsteuerjahreserklärung als zusätzliche Tätigkeit übernommen wird, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Frage, ob alle in Betracht kommenden umsatzsteuerrechtlichen Vergünstigungen wahrgenommen worden sind. Eine Gewähr für die vollständige Erfassung der Unterlagen zur Geltendmachung des Vorsteuerabzuges wird nicht übernommen.

12. Schweigepflicht gegenüber Dritten, Datenschutz

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist nach Maßgabe der Gesetze verpflichtet, über alle Tatsachen, die ihm im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit für den Auftraggeber bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, gleichviel, ob es sich dabei um den Auftraggeber selbst oder dessen Geschäftsverbindungen handelt, es sei denn, daß der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet.

(2) Der Wirtschaftsprüfer darf Berichte, Gutachten und sonstige schriftliche Äußerungen über die Ergebnisse seiner Tätigkeit Dritten nur mit Einwilligung des Auftraggebers aushändigen.

(3) Der Wirtschaftsprüfer ist befugt, ihm anvertraute personenbezogene Daten im Rahmen der Zweckbestimmung des Auftraggebers zu verarbeiten oder durch Dritte verarbeiten zu lassen.

13. Annahmeverzug und unterlassene Mitwirkung des Auftraggebers

Kommt der Auftraggeber mit der Annahme der vom Wirtschaftsprüfer angebotenen Leistung in Verzug oder unterläßt der Auftraggeber eine ihm nach Nr. 3 oder sonstwie obliegende Mitwirkung, so ist der Wirtschaftsprüfer zur fristlosen Kündigung des Vertrages berechtigt. Unberührt bleibt der Anspruch des Wirtschaftsprüfers auf Ersatz der ihm durch den Verzug oder die unterlassene Mitwirkung des Auftraggebers entstandenen Mehraufwendungen sowie des verursachten Schadens, und zwar auch dann, wenn der Wirtschaftsprüfer von dem Kündigungsrecht keinen Gebrauch macht.

14. Vergütung

(1) Der Wirtschaftsprüfer hat neben seiner Gebühren- oder Honorarforderung Anspruch auf Erstattung seiner Auslagen; die Umsatzsteuer wird zusätzlich berechnet. Er kann angemessene Vorschüsse auf Vergütung und Auslagenersatz verlangen und die Auslieferung seiner Leistung von der vollen Befriedigung seiner Ansprüche abhängig machen. Mehrere Auftraggeber haften als Gesamtschuldner.

(2) Eine Aufrechnung gegen Forderungen des Wirtschaftsprüfers auf Vergütung und Auslagenersatz ist nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

15. Aufbewahrung und Herausgabe von Unterlagen

(1) Der Wirtschaftsprüfer bewahrt die im Zusammenhang mit der Erledigung eines Auftrages ihm übergebenen und von ihm selbst angefertigten Unterlagen sowie den über den Auftrag geführten Schriftwechsel sieben Jahre auf.

(2) Nach Befriedigung seiner Ansprüche aus dem Auftrag hat der Wirtschaftsprüfer auf Verlangen des Auftraggebers alle Unterlagen herauszugeben, die er aus Anlaß seiner Tätigkeit für den Auftrag von diesem oder für diesen erhalten hat. Dies gilt jedoch nicht für den Schriftwechsel zwischen dem Wirtschaftsprüfer und seinem Auftraggeber und für die Schriftstücke, die dieser bereits in Urschrift oder Abschrift besitzt. Der Wirtschaftsprüfer kann von Unterlagen, die er an den Auftraggeber zurückgibt, Abschriften oder Fotokopien anfertigen und zurückbehalten.

16. Anzuwendendes Recht

Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur deutsches Recht.